

---

# § 1 Tötungsdelikte

Geschütztes Rechtsgut ist das Leben, Tatobjekt ein anderer Mensch. Den Grundtatbestand des 16. Abschn. stellt der Totschlag (§ 212) dar. Soweit die übrigen Delikte die vorsätzliche Tötung eines Menschen voraussetzen, sind sie als spezielle Abwandlungen zu verstehen; hinzu kommen einige Tatbestände, die in bestimmter Weise ebenfalls dem Lebensschutz dienen. Im Einzelnen geht es um **1**

1. *Qualifizierung* (str.): Mord (§ 211)
2. *Privilegierung*: Tötung auf Verlangen (§ 216)
3. *Tatbestände eigener Art*:
  - Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung (§ 217)
  - Gefährdung durch Aussetzung (§ 221)
  - Abtötung des werdenden Lebens (§§ 218 ff.)

Strafbar ist schließlich auch die fahrlässige Tötung (§ 222). Der früher in diesem Abschnitt enthaltene Völkermord ist jetzt in § 6 VStGB geregelt. **2**

---

## I. Grundfragen des Lebensschutzes

### 1. Beginn und Ende des Lebens

Jedes Tötungsdelikt setzt voraus, dass der Täter einen Menschen tötet. Dieser muss schon geboren (sonst: § 218) und darf noch nicht gestorben sein (sonst: kein „tötet“ mehr). **3**

Das Menschsein i. S. der Tötungsdelikte beginnt **in der Geburt** (arg. aus der Kindstötung des § 217 a. F.);<sup>1</sup> dies gilt auch nach Aufhebung der Vorschrift weiterhin, **4**

---

<sup>1</sup>Zum Ganzen *Kaltenhäuser*, JuS 2015, 785.

da der Gesetzgeber insofern keine Änderung herbeiführen wollte.<sup>2</sup> Hier liegt die entscheidende Zäsur zwischen der rechtlichen Qualität als „Leibesfrucht“ (vgl. § 168) und „Mensch“, also auch für die Abgrenzung von Schwangerschaftsabbruch und Tötung. Die Leibesfrucht wird zum Menschen mit dem Einsetzen der Eröffnungswehen (BGHSt 32, 194). Maßgeblich für die strafrechtliche Beurteilung ist der Zeitpunkt der schädigenden *Einwirkung* auf das Tatobjekt. Denn bei den Straftatbeständen geht es stets um das Verbot der Verletzung eines bereits existierenden Rechtsguts, nicht aber um das Verbot der Schädigung eines künftigen Rechtsguts. Praktische Bedeutung erlangt dieser Unterschied insbesondere für sorgfaltswidrige Handlungen (z. B. durch einen Arzt), weil nur die fahrlässige *Tötung* strafbar ist. Daraus folgt, dass solche „pränatalen Einwirkungen mit postnatalen Folgen“ strafrechtlich nicht erfasst werden.<sup>3</sup>

- 5 Bei Vorsatztaten ist zu unterscheiden: Wird durch den Eingriff ein lebensunfähiges Kind geboren, das nach der Geburt stirbt, greift § 218 ein (BGHSt 10, 5).<sup>4</sup> Wird jedoch infolge der Abtreibungshandlung ein lebendes Kind vorzeitig geboren und *danach* getötet, so liegt versuchte Abtreibung in Tatmehrheit mit einem vollendeten Tötungsverbrechen vor, wenn das Kind lebensfähig war, ohne die Tötungshandlung weitergelebt hätte und der Täter dies auch erkannt hat (BGHSt 13, 21). Gleiches gilt für eine Tötung durch Unterlassen. Hat der Handelnde irrtümlich eine erfolglose Abtreibung und damit ein taugliches Objekt der §§ 211, 212 angenommen, handelt es sich um Versuch. Geht er indessen irrtümlich von einer erfolgreichen Abtreibung aus, kommt § 222 (ggf. i.V.m. § 13) in Betracht (s. auch Rn. 119).
- 6 Das Ende des menschlichen Lebens wurde früher anhand des Stillstands von Kreislauf und Atmung bestimmt. Dieser Todesbegriff ist dann aber durch die Entwicklung der Intensivmedizin fragwürdig geworden. Im Einklang mit der medizinischen Wissenschaft wird heute deshalb allgemein auf den **Hirntod** abgestellt,<sup>5</sup> worunter das endgültige Erlöschen aller Hirnfunktionen zu verstehen ist.
- 7 Der Todeszeitpunkt spielt auch für die Frage der *Organtransplantation* eine Rolle. Eine gesetzliche Regelung hat sie durch das Transplantationsgesetz (TPG 1997) gefunden.<sup>6</sup> Danach muss vor der Entnahme von Organen bei dem Organspender der endgültige, nicht behebbare Ausfall der Gesamtfunktion des Großhirns, des Kleinhirns und des Hirnstamms festgestellt worden sein (§ 3 II Nr. 2 TPG). Im Übrigen normiert das Gesetz eine erweiterte Zustimmungslösung: Die Organentnahme ist

<sup>2</sup>Ebenso BGH NStZ 2008, 393 m. Anm. F.-C. Schroeder, JR 2008, 252 und Bespr. Jäger, Jura 2009, 53; Hirsch, in: FS Eser (2005), S. 309/322; Küper, GA 2001, 515/537; Otto, Jura 2003, 612/614; a.A. Herzberg/Herzberg, JZ 2001, 1106/1112: Vollendung der Geburt (§ 1 BGB).

<sup>3</sup>Vgl. BGH NStZ 2008, 393; BGHSt 31, 348 mit Anm. Hirsch, JR 1985, 336; OLG Karlsruhe NStZ 1985, 314 mit Anm. Jung; eingehend Lüttger, NStZ 1983, 481; krit. Gropp, GA 2000, 1. Zur Vereinbarkeit mit Art. 2 EMRK s. EGMR NJW 2005, 727.

<sup>4</sup>S. auch BGH NStZ 2008, 393.

<sup>5</sup>Dazu Sternberg-Lieben, JA 1997, 80; Merkel, Jura 1999, 113.

<sup>6</sup>Näher Deutsch, NJW 1998, 777; Taupitz, JuS 1997, 203; krit. Schreiber, in: FS Amelung (2009), S. 487; ders., in: FS Maiwald (2010), S. 785; zu Neuregelungen Dannecker/A. F. Streng, in: FS Schiller (2014), S. 127.

nur zulässig, wenn der Spender in die Entnahme eingewilligt hatte oder – bei fehlender Erklärung – dessen nächster Angehöriger zustimmt. Problematisch ist das Verhältnis der Straf- und Bußgeldvorschriften in §§ 18 ff. TPG<sup>7</sup> zum Anwendungsbereich von §§ 211 ff. StGB im Hinblick auf denjenigen, der bei der Vergabe eines Spenderorgans benachteiligt worden ist. Feststellungsprobleme auf der Ebene der Kausalität von Listenmanipulationen<sup>8</sup> müssten konsequent angesichts des nahe liegenden Tatentschlusses durch die Versuchsstrafbarkeit eines Tötungsdelikts aufgefangen werden.<sup>9</sup> Problematisch erscheint jedoch in erster Linie, inwiefern die Sonderregelungen der §§ 18 ff. TPG auf die gesetzliche Beurteilung des Unwertes Einfluss nehmen, denn jeder Eingriff in die Zuteilungsreihenfolge berührt originär das Leben übergangener Patienten.<sup>10</sup> Als methodisches Mittel für ein solches Ergebnis erscheint die Sperrwirkung wegen größerer Klarheit gegenüber der Ebene des Pflichtwidrigkeitszusammenhangs vorzugswürdig.

## 2. Fremd- und Selbsttötung<sup>11</sup>

Die §§ 211 ff. erfassen nur die Tötung eines **anderen** Menschen. Wer sich selbst tötet oder zu töten versucht, handelt tatbestandslos (RGSt 70, 313, 315). Daraus folgt, dass mangels Haupttat auch die „Anstiftung“ oder „Beihilfe“ zum Selbstmord strafflos bleiben (Grundsatz der Akzessorietät). Allerdings kommt eine täterschaftliche Fremdtötung in Betracht, wenn ein Dritter das Geschehen beherrscht; es handelt sich dann um eine *mittelbare Täterschaft*, begangen durch das Opfer als Werkzeug gegen sich selbst. Dementsprechend ist zwischen dem freiverantwortlichen und dem unfreien Suizid zu unterscheiden.

Keine Straftat begeht, wer die **eigenverantwortlich** gewollte und verwirklichte Selbsttötung eines anderen veranlasst, ermöglicht oder fördert. Ebenso wenig macht sich ein Garant, der die freiverantwortliche Selbsttötung nicht verhindert, wegen eines Tötungsdelikts durch *Unterlassen* strafbar. Die Verwirklichung des Sterbewillens hat nämlich eine „Entlassung“ des Obhutspflichtigen aus seiner Beschützerstellung zur Folge.<sup>12</sup> In der – uneinheitlichen – Rechtsprechung ist diese Konsequenz bisher so nicht gezogen worden. Der BGH hatte den Garanten zunächst ohne Einschränkung zur Erfolgsabwendung verpflichtet (BGHSt 2, 150). Später hat er auf den Zeitpunkt abgestellt, zu dem das Opfer handlungs- und

<sup>7</sup>Vgl. zunächst *Schroth*, JZ 1997, 1149.

<sup>8</sup>Dazu LG Göttingen, medstra 2016, 249 m. krit. Bespr. *Haas*, HRRS 2016, 384.

<sup>9</sup>OLG Braunschweig StV 2013, 749 m. krit. Anm. *Bülte*.

<sup>10</sup>Zum Ganzen *Beck*, ZJS 2013, 156/158 f.; *Böse*, ZJS 2014, 117; *Kudlich*, NJW 2013, 917; *Rising-von Saan*, NStZ 2014, 233; *Rosenau*, in: FS Schünemann (2014), S. 689; *Schroth*, NStZ 2013, 437; *Schroth/Hoffmann*, NStZ 2014, 486; *dies.*, in: FS Kargl (2015), S. 523; als Klausur *Braun*, JA 2015, 753.

<sup>11</sup>Zum Ganzen *Bechtel*, JuS 2016, 882; *Eisele*, JuS 2012, 577; *Kühl*, Jura 2010, 81.

<sup>12</sup>OLG München NJW 1987, 2940/2943 f.; *Kühl*, in: Lackner/Kühl, Vor § 211 Rn. 15.

willensunfähig geworden ist: Da hiermit die volle und alleinige Tatherrschaft auf den Täter übergegangen sei, könne der „Tatherrschaftswechsel“ dessen Strafbarkeit begründen.<sup>13</sup>

### Beispiel

Die 76jährige Witwe W („Wittig“) litt an verschiedenen Beschwerden und sah nach dem Tod des Ehemannes in ihrem Leben keinen Sinn mehr. Sie nahm eine Überdosis Morphium und Schlafmittel in Selbsttötungsabsicht zu sich. In einer schriftlichen Erklärung hatte W verfügt, dass sie keine Behandlung wünsche. Der eintreffende Hausarzt respektierte diesen Willen und unternahm nichts zu ihrer Rettung. Der BGH sieht zwar die „ärztliche Gewissensentscheidung nicht von Rechts wegen als unvertretbar“ an (BGHSt 32, 367, 381). Grundsätzlich geht er aber davon aus, dass sich wegen eines Tötungsdelikts durch Unterlassen strafbar mache, wer einen Bewusstlosen in einer lebensbedrohlichen Lage antrifft und ihm die erforderliche und zumutbare Hilfe zur Lebensrettung nicht leistet. Der Übergang der Tatherrschaft verpflichtete ihn zum Einschreiten.

- 10** Dieser Gesichtspunkt vermag indessen die fehlende Garantenstellung nicht zu ersetzen. Eine solche folgt auch nicht aus vorangegangenen Tun in Form einer Hilfeleistung zum Selbstmord. Denn dagegen ist in der Literatur seit jeher eingewandt worden, dass dann derjenige, der dem Opfer straflos das Tötungsmittel zur Verfügung stellen dürfe, einschreiten müsse, wenn es gewirkt habe. Wer also dem Suizidenten den Strick reicht, müsste ihn nach Anwendung wieder abschneiden.<sup>14</sup> Zutreffend hält auch das OLG München (NJW 1987, 2944) es für „rechtslogisch zwingend“, dass die vom Gesetz gewollte Strafflosigkeit der Beteiligung an der Selbsttötung unmöglich sogleich wieder als Strafbarkeit zufolge der in dieser Beteiligung liegenden Ingerenz in Erscheinung treten kann.<sup>15</sup> Dennoch hat das OLG Hamburg (NStZ 2016, 530) trotz eines freien und wohlüberlegten Entschlusses eine Garantenpflicht des (geschäftsmäßigen) Sterbebegleiters angenommen und dazu auf den Fall „Wittig“ verwiesen. Das verletzt neben § 13 das verfassungs- und menschenrechtlich verankerte Selbstbestimmungsrecht, das bereits für § 217 eine sehr problematische Hürde darstellt.<sup>16</sup>
- 11** Voraussetzung des Ausschlusses der Garantenpflicht ist jedoch, dass die Entscheidung zum Freitod tatsächlich eigenverantwortlich und im Bewusstsein der vollen Tragweite des Tuns wohl überlegt getroffen wird, was auch im Falle eines an Alzheimer-Demenz Erkrankten der Fall sein kann.<sup>17</sup> Erfolgt hingegen nur die

<sup>13</sup>BGHSt 32, 367/373 ff.; hierzu *Eser*, MedR 1985, 6; *Gropp*, NStZ 1985, 97; *R. Schmitt*, JZ 1984, 866; *Sowada*, Jura 1985, 75.

<sup>14</sup>Vgl. *Heinitz*, JR 1954, 403/405; *Gallas*, JZ 1960, 686/689; *Roxin*, Täterschaft, S. 474.

<sup>15</sup>Zum Ganzen *Dölling*, in: FS Maiwald (2010), S. 119/130; *Duttge*, MedR 2014, 621; *Kubiciel*, JZ 2009, 600; *Kutzer*, in: FS Schöch (2010), S. 481; *Roxin*, GA 2013, 313/317 f.

<sup>16</sup>Ablehnend auch *Miebach*, NStZ 2016, 536 (lesen!).

<sup>17</sup>StA München I NStZ 2011, 345 sowie LG Gießen NStZ 2013, 43.

Selbstgefährdung bewusst, besteht eine Garantenpflicht, wenn sich das allein auf Selbstgefährdung angelegte Geschehen erwartungswidrig in Richtung auf den Verlust des Rechtsguts entwickelt (BGHSt 61, 21 ff.).<sup>18</sup>

### Beispiel

Studentin S war trotz einer Trennung von dem dominanten sowie teils aggressiven A diesem noch immer demütig „in Hörigkeit und Liebe“ und als „Liebe ihres Lebens“ zugetan. Trotz anderweitiger Verlobung des A traf sich dieser mit S für einige sehr intim verlebte Tage. An deren Ende erklärte A, dass er dennoch an seiner Verlobten festhalte. Aus spontanem Entschluss und ohne jemals zuvor Selbsttötungsgedanken geäußert zu haben, griff S nach der Flasche „Cleanmagic“ auf dem Wohnzimmertisch, ein von A als gefährlicher Drogenersatz mitgebrachtes Reinigungsmittel, und trank vor dessen Augen eine – wie beide wussten – tödliche Dosis. Den rettenden Notarzt rief A nicht. S verstarb wenig später. Der BGH (NStZ 2012, 319) nimmt in Bezug auf das Reinigungsmittel bzw. dessen zweckentfremdenden Gebrauch eine Garantenpflicht für A an (sehr str.), was bei einem geladenen Revolver weitaus klarer gewesen wäre. Hier interessiert aber im zweiten Schritt, ob diese Pflicht in dem Entschluss der S eine Grenze findet. Insofern habe es an einer ernst gemeinten und freiverantwortlichen Entscheidung gefehlt. Das ist mit Blick auf die Diskussion um die Kriterien eines unfreien Suizids ein problematischer strafbarkeitserweiternder Maßstab, der § 216 und somit einer völlig anderen Tatherrschaftskonstellation entlehnt ist. Immerhin manifestiert sich aber in der Frage als solcher eine gewisse Distanz des BGH zu einer bedingungslos fortwirkenden Garantenpflicht. In dem – wie hier – geschilderten Fall wäre A aus § 323c StGB zu bestrafen gewesen.<sup>19</sup>

Der **unfreie** Suizid begründet eine Fremdtötung in mittelbarer Täterschaft. Eine solche kommt in Betracht, wenn der Hintermann den Tatmittler (hier: das Opfer selbst) aufgrund Täuschung, Nötigung, mangelnder Einsicht oder Willenskraft in der Hand hat. Ferner vermag ein unfreier Suizid eine bestehende Garantenpflicht nicht zu suspendieren, weshalb auch §§ 212/211, 13 in Betracht kommen. Fraglich ist allerdings, wo die Grenze dieser Freiverantwortlichkeit liegt.

Eine Auffassung will die gesetzlichen *Exkulpationsregeln* (§§ 19, 20, 35 StGB; § 3 JGG) heranziehen.<sup>20</sup> Freilich kann es nur um eine analoge Anwendung gehen, weil diese Vorschriften an sich auf den Täter abstellen. Das Gesetz bringt in ihnen aber zum Ausdruck, wann es die Verantwortlichkeit des Handelnden ausschließt. Nach diesen Grundsätzen bemisst sich auch die Relevanz einer Täuschung: Sie

12

13

<sup>18</sup>M. Anm. Herbertz, JR 2016, 545 ff.

<sup>19</sup>Zum Ganzen Hecker, JuS 2012, 755; Kudlich, JA 2012, 470; Murmann, NStZ 2012, 387; Puppe, ZIS 2013, 46; Rengier, FS Kühl (2014), S. 383.

<sup>20</sup>Botke, Suizid, S. 250; Hirsch, JR 1979, 429, 432; Roxin, NStZ 1984, 71.

soll dann zur mittelbaren Täterschaft führen, wenn der Täuschende das Opfer in eine den Voraussetzungen des § 20 oder § 35 entsprechende seelische Situation versetzt.

### Beispiel

Dem Opfer wird qualvoller Tod oder Folterung in Aussicht gestellt; in seiner Verzweiflung bringt es sich um. Unter dem Gesichtspunkt des § 35 liegt eine unfreie Selbsttötung vor. Entsprechendes soll für den Fall gelten, dass der Täter durch die Vorspiegelung, er habe das Opfer mit einem tödlichen und sehr schmerzhaft wirkenden Mittel vergiftet, es dazu veranlasst, sich umzubringen, um den erwarteten Qualen zu entgehen.

- 14** Demgegenüber orientiert sich die *Einwilligungslehre* an den Regeln, die für die Wirksamkeit einer rechtfertigenden Einwilligung gelten.<sup>21</sup> Als Kriterien für die Eigenverantwortlichkeit des Selbsttötungsentschlusses werden die Einsichtsfähigkeit des Lebensmüden, sein Urteils- und Hemmungsvermögen sowie die Ernstlichkeit seiner Entscheidung und die Mangelfreiheit seiner Willensbildung genannt. Für diese Meinung soll sprechen, dass bei einer Verfügung über das eigene Leben keine geringeren Anforderungen gestellt werden dürften als bei der Einwilligung in eine Körperverletzung. Dagegen lässt sich einwenden, dass in eine Lebensvernichtung überhaupt nicht „eingewilligt“ werden kann (arg. § 216). Vor allem geht es im hiesigen Zusammenhang um eine ganz andere Situation, nämlich die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme.
- 15** Besondere Probleme treten im **Irrtumsbereich** auf. Unstreitig liegt eine Tötung in mittelbarer Täterschaft zumindest dann vor, wenn sich das gutgläubige Opfer über den „Erfolg“ seines Handelns irrt, beispielsweise arglos ein tödliches Gift einnimmt. Von diesem rechtsgutsbezogenen Irrtum ist der umstrittene Fall des bloßen *Motivirrtums* zu unterscheiden. Hier weiß das Opfer zwar, was es tut, irrt aber über den Grund seines Tuns. Als Beispiel kommt namentlich das Vortäuschen eines geplanten Doppelselbstmordes in Betracht. Diesbezüglich wird wohl überwiegend mittelbare Täterschaft angenommen.<sup>22</sup> Insbesondere die Einwilligungstheorie müsste hier einen wesentlichen Willensmangel bejahen, während für die Exkulpationslehre eine solche Fehlvorstellung die selbstverantwortliche Entscheidung des Opfers nicht ausschließt. Zwar hat zunächst auch *Roxin* diese Fälle als „Irrtum über den konkreten Handlungssinn“ beurteilt, der zur Willensherrschaft des Hintermannes in Form einer sinngestaltenden Überdetermination führe. Inzwischen nimmt er aber nur einen rechtlich nicht objektivierbaren Motivirrtum an, der zur Begründung einer mittelbaren Täterschaft nicht ausreiche.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Jähnke, in: LK, Vor § 211 Rn. 26; Kühl, in: Lackner/Kühl, Vor § 211 Rn. 13a; Wessels/Hettinger, Rn. 49.

<sup>22</sup> So etwa Jescheck/Weigend, § 62 II 1; Neumann, JA 1987, 244/254; Wessels/Hettinger, Rn. 51.

<sup>23</sup> Vgl. Roxin, AT II, § 25 Rn. 71; ders., Täterschaft, S. 599 f. in Abweichung von S. 225 ff.

Der BGH hat bisher offen gelassen, welcher Irrtum eine mittelbare Täterschaft begründet; diese Frage könne nicht abstrakt beantwortet werden, sondern hänge von Art und Tragweite des Irrtums ab. Im „Sirius-Fall“ hat er daneben berücksichtigt, dass der Hintermann das eigentliche Tatgeschehen durch stundenlang erteilte Anweisungen maßgeblich steuerte.<sup>24</sup> In einem Fall des „vorgetäuschten Doppelselbstmordes“ stellt er darauf ab, dass die Angeklagte ihren Ehemann nicht nur durch Täuschung in den Tod treiben, sondern zugleich auch die Herrschaft über den von ihr geplanten Geschehensablauf fest in der Hand behalten wollte und behalten hat.<sup>25</sup> Der BGH lässt also – kurz gesagt – den Gesichtspunkt der Irrtumsherrschaft gegenüber dem der Handlungsherrschaft in den Hintergrund treten. Diesem Ansatz ist mit der Maßgabe zu folgen, dass der Motivirrtum *allein* noch keine täterschaftsbegründende Wirkung entfaltet. Er ist aber jedenfalls als mitgestaltendes Moment bei der Durchführung des Tatplans zu berücksichtigen.

Eine weitere Frage ist, ob bei Nichthindern eines Selbstmordes eine Strafbarkeit wegen **unterlassener Hilfeleistung** (§ 323c) in Betracht kommt. Erste Voraussetzung wäre, dass der Suizidversuch einen *Unglücksfall* darstellt. Versteht man hierunter ein plötzlich eintretendes, von außen kommendes Ereignis, dann könnte man dazu neigen, einen solchen Unglücksfall zu verneinen. Für die frei getroffene Entscheidung des Opfers verweist die h. L. zudem auf den Widerspruch, der sich daraus ergibt, dass die Teilnahme am Selbstmord zwar straflos bleibe, aber dann doch wieder unter dem Aspekt des § 323c sanktioniert werde.<sup>26</sup> Fraglich kann außerdem sein, ob die hier eher aufgedrängte Hilfeleistung denn überhaupt erforderlich ist. Letztendlich dürfte es an der *Zumutbarkeit* von Rettungsbemühungen fehlen, die gegen den erkennbaren Willen des – eigenverantwortlich – Lebensmüden erfolgen.<sup>27</sup>

Die Rechtsprechung lässt eine klare Linie vermissen: Zunächst hatte der BGH angenommen, ein Unglücksfall sei begrifflich ausgeschlossen, solange das verantwortliche Handeln des Selbstmörders die Lebensgefahr im Wesentlichen so gestaltet, wie er es sich vorgestellt hat, und solange sein Selbsttötungswille fortbesteht (BGHSt 2, 150). Wenig später hat jedoch der Große Senat eine Hilfspflicht bejaht und den entgegenstehenden Willen des Selbstmörders für grundsätzlich unbeachtlich erklärt, da niemand „selbstherrlich“ über sein Leben verfügen dürfe (BGHSt 6, 147). Zudem habe der Dritte nicht erst langwierige und in der Regel fruchtlose Überlegungen darüber anzustellen, ob die Tat kraft freier Entschliebung erfolgt sei, sondern dort zu helfen, wo er eine schwere Notlage vorfindet. Jedenfalls an dieser Begründung will der BGH bis heute festhalten: Die jedermann treffende

<sup>24</sup>BGHSt 32, 38 mit Anm. Roxin, NStZ 1984, 71; Schmidhäuser, JZ 1984, 195 und Bespr. Neumann, JuS 1985, 677.

<sup>25</sup>BGH GA 1986, 508; dazu Charalambakis, GA 1986, 485; Brandts/Schlehofer, JZ 1987, 442; Neumann, JA 1987, 244.

<sup>26</sup>Vgl. Sternberg-Lieben/Hecker, in: Schönke/Schröder, § 323c Rn. 8; Stein, in: SK, § 323c Rn. 19; dagegen aber Geilen, Jura 1979, 201/208 f.

<sup>27</sup>Ebenso Dölling, NJW 1986, 1011; Wessels/Hettinger, Rn. 61; im Erg. auch BGHSt 32, 367/381.



allgemeine Hilfespflicht könne nicht davon abhängig gemacht werden, ob im konkreten Einzelfall der Selbstmörder aufgrund eines freiverantwortlich gefassten oder eines auf Willensmängeln beruhenden Tatentschlusses handelt oder gehandelt hat (BGHSt 32, 367).

### 3. Euthanasie und Sterbehilfe

- 19** Mit der Entwicklung der Intensivmedizin sind auch die Möglichkeiten der Erhaltung des Lebens von Schwerkranken gewachsen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Arzt zu allen lebensverlängernden Maßnahmen verpflichtet oder gar zu lebensverkürzenden Eingriffen berechtigt ist. Anhand der Stichworte Euthanasie und Sterbehilfe wird dieser Problemkreis seit längerer Zeit eingehend diskutiert.<sup>28</sup> Unter **Euthanasie** („guter Tod“) lässt sich die – meist durch Mitleid motivierte – Lebensverkürzung bei unheilbarem Leiden in Todesnähe verstehen. Für die strafrechtliche Beurteilung ist es von besonderer Bedeutung, die verschiedenen Fallgruppen<sup>29</sup> genau zu unterscheiden.
- 20** Eine **passive Sterbehilfe** liegt vor, wenn der Arzt die weitere Behandlung unterlässt und dadurch der Tod früher eintritt. Hier ist zunächst das Selbstbestimmungsrecht des Patienten zu beachten, denn es gibt keinen „Kurierzwang“. Falls also ein Schwerkranker die Behandlung ablehnt, ist der Arzt daran gebunden. Der prinzipielle Vorrang des Patientenwillens hat in der Rechtsprechung deutlichen Ausdruck gefunden (BGHSt 11, 111/114).<sup>30</sup>
- 21** „Niemand darf sich zum Richter in der Frage aufwerfen, unter welchen Umständen ein anderer vernünftigerweise bereit sein sollte, seine körperliche Unversehrtheit zu opfern, um dadurch wieder gesund zu werden. Diese Richtlinie ist auch für den Arzt verbindlich. Zwar ist es sein vornehmstes Recht und seine wesentlichste Pflicht, den kranken Menschen von seinem Leiden zu heilen. Dieses Recht und diese Pflicht finden aber in dem grundsätzlichen freien Selbstbestimmungsrecht des Menschen über seinen Körper ihre Grenze. Es wäre ein rechtswidriger Eingriff in die Freiheit und Würde der menschlichen Persönlichkeit, wenn ein Arzt – und sei es auch aus medizinisch berechtigten Gründen – eigenmächtig und selbstherrlich eine folgenschwere Operation bei einem Kranken, dessen Meinung rechtzeitig eingeholt werden kann, ohne dessen vorherige Billigung vornähme. Denn ein selbst lebensgefährlich Kranker kann triftige und sowohl menschlich wie sittlich achtenswerte Gründe haben, eine Operation abzulehnen, auch wenn er durch sie und nur durch sie von seinen Leiden befreit werden könnte.“

<sup>28</sup>Zu den Grundlagen der Sterbehilfediskussion *Brunhöber*, JuS 2011, 401; *Kubicieł*, JA 2011, 86; *Neumann*, in: FS Paeffgen (2015), S. 317; *Weißer*, ZStW 128 (2016), 106; eindringlich für eine gesetzliche Regelung *Kahlo*, in: FS Frisch (2013), S. 711.

<sup>29</sup>Zum Ganzen *Achenbach*, Jura 2002, 542; *M. Bartsch*, in: FS Achenbach (2011), S. 13; *Fischer*, in: FS Roxin II (2011), S. 557; *Hirsch*, in: FS Lackner (1987), S. 597/599 ff.; *Kühl*, Jura 2009, 881/884 ff.; *Neumann*, JA 1987, 244; *Otto*, Jura 1999, 434; *Pawlik*, in: FS Wolter (2013), S. 627; *Rosenau*, in: FS Roxin II (2011), S. 577; *Schreiber*, NStZ 1986, 337/338 ff.

<sup>30</sup>Sehr deutlich auch GenStA Nürnberg NStZ 2008, 343.



Ist der Patient *entscheidungsunfähig* (z. B. im Koma), so darf der Arzt bei therapeutischer Aussichtslosigkeit die weitere Behandlung unterlassen. Es besteht jedenfalls dann keine Verpflichtung mehr zur Lebenserhaltung „um jeden Preis“, wenn sie nur die künstliche Verlängerung eines verlöschenden Lebens bedeuten würde.<sup>31</sup> Abgestellt wird darauf, dass das Grundleiden einen irreversiblen Verlauf genommen hat und der Erkrankte kein bewusstes und umweltbezogenes Leben mit eigener Persönlichkeitsgestaltung führen können. Hat der Sterbevorgang noch nicht eingesetzt, hält der BGH den *mutmaßlichen Willen* des Patienten im Tatzeitpunkt für entscheidend.<sup>32</sup> Um diesen zu ermitteln, seien frühere mündliche oder schriftliche Äußerungen des Kranken ebenso zu berücksichtigen wie seine persönlichen Überzeugungen und Wertvorstellungen, seine altersbedingte Lebenserwartung oder das Erleiden von Schmerzen.

22

### Beispiel

Zum Pfleger der 70 – jährigen, nicht mehr ansprechbaren Frau F wurde deren Sohn S bestellt. Mit seiner Zustimmung erteilte der behandelnde Arzt aufgrund des Zustandes der F, bei dem keine Besserung zu erwarten war, die Anweisung, die künstliche Ernährung zu beenden und lediglich Tee zu verabreichen. Bei seiner Entscheidung spielt eine Rolle, dass F ihm gegenüber vor längerer Zeit nach einer Fernsehsendung mit einem Pflegefall geäußert hatte, so wolle sie nicht enden. Der BGH zieht einen versuchten Totschlag durch Unterlassen der gebotenen Handlung (Ernährung) in Betracht: Da der Sterbevorgang noch nicht eingesetzt habe, liege kein Fall der passiven Sterbehilfe vor. Die acht oder zehn Jahre vor dem maßgebenden Zeitpunkt erfolgte Äußerung der F biete keine tragfähige Grundlage für eine mutmaßliche Einwilligung zum Behandlungsabbruch. Schließlich sei die Zustimmung des S schon mangels der – entspr. § 1904 BGB – notwendigen Genehmigung des Vormundschaftsgerichts unwirksam (BGHSt 40, 257).<sup>33</sup>

Zwischenzeitlich hat der Gesetzgeber eine Regelung des Bereichs insb. anhand der sog. **Patientenverfügung** vorgenommen (§ 1901a BGB). Hier geht es neben Fragen nach Reichweite, Mängeln und Aktualität des dokumentierten Willens auch um die Relevanz prozeduraler Fehler bei der Bestimmung und Durchsetzung des Patientenwillens. Die Einzelheiten sind grundsätzlich Gegenstand des Medizinstrafrechts,<sup>34</sup> doch festzuhalten gilt: Eine betreuungsgerichtliche Genehmigungsbedürftigkeit für

23

<sup>31</sup>Vgl. Geilen, Euthanasie, S. 20; s. auch Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung, DÄBl 2004, A-1298.

<sup>32</sup>BGHSt 40, 257 mit Anm. Helgerth, JR 1995, 338 und Bespr. Merkel, ZStW 107 (1995), 545; Schöch, NSZ 1995, 153; Vogel, MDR 1995, 337; Bernsmann, ZRP 1996, 87; Rönna, JA 1996, 108.

<sup>33</sup>Zur vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung s. auch OLG (Z) Frankfurt NJW 1998, 2747 mit Bespr. Saliger, JuS 1999, 16; BGH (Z) NJW 2003, 1588 mit Bespr. Heyers, JuS 2004, 100.

<sup>34</sup>Vgl. nur Coeppecus, NJW 2011, 2085; Dölling, in: FS Puppe (2011), S. 1365; Sternberg-Lieben, in: FS Roxin II (2011), S. 537; zum Widerruf der Patientenverfügung Lindner/Huber, NJW 2017, 6; schon vor Einfügung des § 1901a BGB: Jäger, in: FS Küper (2007), S. 209; Saliger, MedR 2004, 237; Sternberg-Lieben, in: FS Seebode (2008), S. 401.

Entscheidungen über die Vornahme, das Unterlassen oder den Abbruch medizinischer Maßnahmen ist gem. § 1904 Abs. 2 und 4 BGB auf Fälle von Meinungsdivergenzen zwischen *Arzt* und *Betreuer* oder *Bevollmächtigtem* über den Willen des nicht selbst äußerungsfähigen Patienten oder über die medizinische Indikation von Maßnahmen beschränkt; die Regelungen der §§ 1901 a ff. BGB enthalten die betreuungsrechtlichen Verfahrensregeln zur Ermittlung des wirklichen oder mutmaßlichen Willens des Betreuten (BGHSt 55 191/199).

24 Auf Seiten des Arztes geht es in erster Linie um den *Abbruch* bereits eingeleiteter Maßnahmen, wie etwa das Abschalten einer Herz-Lungen-Maschine (Reanimator). Über das Ergebnis herrscht Einigkeit, unabhängig von der zugrunde gelegten Verhaltensform: Erblickt man den „sozialen Handlungssinn“ in einem Unterlassen der Weiterbehandlung, so ergeben sich keine Besonderheiten. Nach Kausalitätsgrundsätzen ist der tätige Behandlungsabbruch jedoch als positives Tun anzusehen. Seine Zulässigkeit wird dann z. T. aus der Begrenzung des Tötungsverbots entsprechend dem Schutzzweck der Norm abgeleitet. Andere sprechen sich für eine Lösung über den rechtfertigenden Notstand (§ 34 StGB) aus.<sup>35</sup> Tragfähiger erscheint die Begründung, dass sich aus dem Erlöschen der Garantenpflicht zugleich die Erlaubnis ergibt, den Bemühungen ein Ende zu setzen.<sup>36</sup>

25 Die auftretenden Konstellationen sind jedoch komplexer. Jede Behandlung darf nur soweit reichen, wie es der Patientenwille gestattet. Wer die Behandlung fortsetzt, macht sich strafbar, und daher muss für ihn der Abbruch straflos sein, gleichgültig, ob es sich bei dem Abbruch um aktives Tun oder Unterlassen handelt. Wenn indes ein Dritter den Abbruch vornimmt, also gleichsam den Stecker zieht, ist dieser Eingriff in fremde Rettungshandlungen dogmatisch ein aktives Tun und der Gedanke der Beschränkung der Garantenpflicht hilft in seiner Ausgangsform nicht weiter. Der BGH (BGHSt 55, 191) erkennt darin einen Wertungswiderspruch und nimmt in der als **Behandlungsabbruch** bezeichneten, eigenen Fallgruppe nunmehr eine Gleichbehandlung vor. Danach ist Sterbehilfe durch Unterlassen, Begrenzen oder Beenden einer begonnenen medizinischen Behandlung gerechtfertigt, wenn dies dem tatsächlichen oder mutmaßlichen Patientenwillen entspricht (§ 1901a BGB) und dazu dient, einem ohne Behandlung zum Tode führenden Krankheitsprozess seinen Lauf zu lassen. Diese auf §§ 1901a, 1901b BGB gestützte Gleichbehandlung ist in ihrer dogmatischen Einordnung auf der Ebene des Allgemeinen Teils problematisch. Unter der gebotenen Beibehaltung der Kriterien zur Abgrenzung von Tun und Unterlassen führen unterschiedliche Wege zur Straflosigkeit. Für § 13 scheidet der Tatbestand mangels Garantenpflicht aus und bei aktivem Tun führt der Gesichtspunkt der Einheit der Rechtsordnung zur Rechtfertigung.<sup>37</sup> Schwierigkeiten treten bei der praktischen Umsetzung auf.

<sup>35</sup>Merkel, ZStW 107 (1995), 545/568 ff.

<sup>36</sup>Vgl. Hirsch, in: FS Lackner (1987), S. 597/605 f.; zust. Dölling, MedR 1987, 10; Küpper, Strafrechtsdogmatik, S. 81 f.; im Erg. auch LG Ravensburg NStZ 1987, 229; Brammsen, GA 2002, 193/210; Kargl, GA 1999, 459/478 ff.; Czerner, JR 2005, 94.

<sup>37</sup>Zum Ganzen Duttge, MedR 2011, 36; Engländer, JZ 2011, 513; Gaede, NJW 2010, 2925; Joerden, in: FS Roxin II (2011), S. 593; Kubiciel, ZJS 2010, 656; Mandla, NStZ 2010, 698; Rissing-van Saan, ZIS 2011, 544; Rosenau, FS Rissing-van Saan (2011), 547; Streng, in: FS Frisch (2013), S. 739; Verrel, NStZ 2010, 671; Walter, ZIS 2011, 102.

### Beispiel

(1) Im Ausgangsfall (BGHSt 55, 191) waren sich der behandelnde Arzt und die zu Betreuern bestellten Kinder über den Patientenwillen einig. Jedoch die Lebenserhaltung wurde in einem Pflegeheim durchgeführt, dessen Geschäftsleitung sich gegen die Entfernung der Magensonde sträubte und den Betreuern Hausverbot androhte. Der Angeklagte RA riet wegen kurzfristig nicht zu erlangendem effektiven Rechtsschutz – so die Behauptung – zum Durchtrennen des Schlauches, was wegen Entdeckung ohne Erfolg blieb. Allgemeine Rechtfertigungsgründe griffen nicht, weshalb der BGH mit Blick auf §§ 1901a ff. BGB zur Strafflosigkeit gelangte. Auf die Frage des (einstweiligen) gerichtlichen Rechtsschutzes gegen die Pflegeeinrichtung ging der *Senat* nicht ein, was mit Blick auf die emotionale Eskalationsgefahr, die gegenüber der Pflegeeinrichtung bestehende Notwehrlage (BGH aaO., 197) und die Schärfe des § 32 erhebliche Sprengkraft birgt.

(2) Die 82 – jährige Schwiegermutter S des A wurde ins künstliche Koma versetzt und an medizinische Geräte angeschlossen (Adrenalin, Antibiotika, Blutpuffer, 100 % Beatmung mit Sauerstoff). A verlangte die sofortige Abschaltung. Die Ärzte hatten wegen des unklaren Patientenwillens Einwände. In Rage schaltete A zwischenzeitlich selbst ab, wurde aber von dem unerschrockenen Pfleger gewaltlos gestoppt. Die Revision des A gegen §§ 212, 22 StGB hat der BGH (NStZ 2011, 274 m. krit. Anm. *Verrel*) als unbegründet verworfen, da u.a. schon das Einvernehmen zwischen Arzt und Betreuer gefehlt hat. Wenn A zudem ein Interesse am Tod der A gehabt hätte, weil er nicht weiter im Krankenhaus rum-sitzen wollte und die Besorgnis hegte, die nach Entlassung etwa pflegebedürftige S könne ihm und seiner Familie zur Last fallen – was im Raume stand –, dann käme je nach Schwerpunkt des Motivbündels auch § 211 (niedrige Beweggründe bzw. Habgier) in Betracht. Gerade auch deshalb betont der BGH die strengen Beweisanforderungen der §§ 1901a, 1901b BGB, um menschliches Leben zu schützen und nicht unlauteren Motiven einen Deckmantel zu reichen. Die exakte Einbindung der prozeduralen Vorgaben in die materiell-rechtliche Bewertung ist dennoch problematisch (*Verrel*, a.a.O.).<sup>38</sup>

Als aktives Handeln zulässig ist ferner die **indirekte Sterbehilfe**. Dabei geht es um die Verabreichung schmerzstillender Medikamente, deren Nebeneffekt in einer Lebensverkürzung bestehen kann. Im Ergebnis wird einhellig Strafflosigkeit angenommen, uneinheitlich ist noch die konstruktive Begründung. Ein – bedingter – Tötungsvorsatz lässt sich schwerlich verneinen, weil der Täter die Nebenfolge um des erstrebten Zieles (Schmerzlinderung) willen in Kauf nimmt. Nach überwiegender Ansicht greifen die Grundsätze des rechtfertigenden Notstandes ein.<sup>39</sup>

26

<sup>38</sup>Instruktiv dazu *Rissing-van Saan*, ZIS 2011, 544/548; *Sternberg-Lieben*, in: FS Roxin II (2011), 537.

<sup>39</sup>Vgl. *Hirsch*, in: FS Lackner (1987), S. 597/609; *Kutzer*, NStZ 1994, 110/115; *Merkel*, in: FS Schroeder (2006), S. 297/308 ff.; *Neumann*, in: FS Herzberg (2008), S. 575; *Schreiber*, NStZ 1986, 337/340 f.; jetzt auch BGHSt 42, 301/305 mit Anm. *Dölling*, JR 1998, 160 und Bespr. *Schöch*, NStZ 1997, 409; BGHSt 46, 279/285 sowie umfassender zum Notfallpatienten *Hilgendorf*, in: FS Kühl (2014), S. 509.

Zwar kann § 34 bei Eingriffen in fremdes Leben regelmäßig keine Anwendung finden, hier ist aber zu beachten, dass die Kollisionslage denselben Rechtsgutsträger betrifft. Ferner setzt die Vorschrift nicht bloße Güterabwägung, sondern weitergehend eine Abwägung der widerstreitenden *Interessen* voraus. Diese Überlegungen führen dazu, dass das Interesse an der Linderung unerträglicher Schmerzen dem Risiko der (geringen) Lebensverkürzung vorgeht. Die Meinung des BGH, auch die indirekte Sterbehilfe sei über die Grundsätze des Behandlungsabbruchs zu lösen,<sup>40</sup> kann dagegen nicht überzeugen, denn hierbei wird nicht bloß einer Krankheit ihr freier Lauf gelassen, sondern es wird eine weitere Behandlung vorgenommen (Gabe des Medikaments), die dann zum Tod führt.<sup>41</sup>

- 27 Straffbar ist demgegenüber die **direkte Sterbehilfe**. Das Verbot soll die Unantastbarkeit fremden Menschenlebens, die Aufrechterhaltung des Tötungstabus gewährleisten.<sup>42</sup> Zudem wird auf die Gefahr des Missbrauchs hingewiesen; die Freigabe der – einverständlichen – Fremdtötung könne einen „Dammbruch“ zur Folge haben. Unberührt davon bleibt die Strafflosigkeit der bloßen Teilnahme an der Selbsttötung eines anderen. Der Grund für diese Differenzierung liegt darin, dass es gerade den entscheidenden Unterschied ausmacht, ob jemand selbst Hand an sich legt oder von fremder Hand getötet wird. Es mögen zwar seltene Fälle denkbar sein, in denen ein Todkranker seinen Todeswunsch nicht selbst durchführen kann und ein Dritter (Arzt oder Angehöriger) aus Mitleid den unerträglichen Leidenszustand beendet. Für solche Extremsituationen kann aber ein übergesetzlicher entschuldigender Notstand in Betracht gezogen werden. In einer besonderen Konstellation der Tötung auf Verlangen, kann zudem § 60 Abhilfe schaffen.<sup>43</sup>

### Kontrollfragen

1. Wie sind Beginn und Ende des Lebens zu bestimmen? (Rn. 4, 6)
2. Woraus folgt die Strafflosigkeit der Beteiligung am Selbstmord? (Rn. 8)
3. Wo liegt die Grenze der Freiverantwortlichkeit einer Selbsttötung? (Rn. 12–14)
4. Wie ist der Motivirrtum des Opfers zu beurteilen? (Rn. 15, 16)
5. Welche Arten der Sterbehilfe unterscheidet man? (Rn. 20–27)
6. Worin liegen Problem und Lösung des sog. Behandlungsabbruchs? (Rn. 25)

<sup>40</sup>BGHSt 55, 191/204.

<sup>41</sup>Engländer, JZ 2011, 513/519 f.; Wessels/Hettinger, Rn. 30d.

<sup>42</sup>So Engisch, in: FS H. Mayer (1966), S. 399/412; Hirsch, in: FS Welzel (1974), S. 775/779; Dölling, GA 1984, 86; Herzberg, NJW 1996, 3043/3047 sowie allg. zum Tötungsverbot Dreier, JZ 2007, 261 u. 317; nicht zuletzt deswegen für eine ausnahmsweise Rechtfertigungsmöglichkeit Merkel, in: FS Schroeder (2006), S. 297/320 f.

<sup>43</sup>AG Tiergarten, Urt. v. 13.9.2005 – (237) 1 Kap Js 2655/04 Ls (19/05) –, juris

## II. Mord und Totschlag<sup>44</sup>

Den Grundtatbestand jeder vorsätzlichen Tötung bildet der Totschlag (§ 212), während der Mord (§ 211) als dessen Qualifizierung anzusehen ist. Dieses – allerdings umstrittene – Verhältnis wird in Sonderheit bei der Frage von Täterschaft und Teilnahme bedeutsam (näher dazu Rn. 69 ff). 28

### 1. Totschlag

Objektiv muss ein Mensch getötet werden.<sup>45</sup> Als reines Erfolgsdelikt verlangt der Tatbestand nicht mehr als die zurechenbare Herbeiführung des Todes; die Wendung „ohne Mörder zu sein“ hat keine Funktion. Subjektiv ist Vorsatz erforderlich. Bedingter Vorsatz reicht aus, wobei die st. Rspr. strenge Anforderungen an die Feststellung des *dolus eventualis* stellt, da vor dem Tötungsvorsatz eine viel höhere Hemmschwelle stehe als vor dem Gefährdungs- oder Verletzungsvorsatz.<sup>46</sup> Hervorzuheben ist aber, dass es sich hier nicht um eine Theorie im materiell-rechtlich dogmatischen Sinne handelt, sondern um eine Besonderheit der Darlegungspflichten des Tatgerichts im Urteil, die das Revisionsgericht auf die Sachrüge hin prüft (BGHSt 57, 183/191).<sup>47</sup> Dem Tatgericht wird eine dem Einzelfall angemessene Gesamtbetrachtung abverlangt (BGH NStZ 2017, 22 u. 25). Die näheren Einzelheiten sind eine Frage des Allgemeinen Teils. An dieser Stelle ist noch auf die Besonderheiten der Strafzumessung einzugehen. 29

In **besonders schweren Fällen** tritt lebenslange Freiheitsstrafe ein (§ 212 II).<sup>48</sup> 30  
Eine am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientierte Auslegung gebietet den Gerichten, diese Strafe nur dann zu verhängen, wenn sie tat- und schuldangemessen ist.<sup>49</sup> Mit anderen Worten: Das „Minus“, das sich im Zurückbleiben der Tat hinter den Mordmerkmalen zeigt, muss durch ein „Plus“ an Verwerflichkeit ausgeglichen werden. Als Anwendungsfälle kommen in Betracht: Tötung mehrerer Menschen;

<sup>44</sup>Zum Ganzen Kargl, StraFo 2001, 365; Kaspar/Broichmann, ZJS 2013, 249 u. 346; Otto, Jura 2003, 612; zur Rechtfertigung von Tötungen Kühl, Jura 2009, 881; Ladiges, JuS 2011, 879.

<sup>45</sup>Zum Ganzen Kühl, JA 2009, 321.

<sup>46</sup>Vgl. BGHSt 36, 1/15 und die Angaben bei Kühl, in: Lackner/Kühl, § 212 Rn. 3. Zur Vorsatzfeststellung s. Hermanns/Hülsmann, JA 2002, 140; krit. Edlbauer, JA 2008, 725; Trüch, NStZ 2005, 233; Puppe, NStZ 2016, 575.

<sup>47</sup>Dazu Fahl, JuS 2013, 499; Jahn, JuS 2012, 757; Puppe, JR 2012, 477; s. ferner BGH NStZ 2014, 35 m. Anm. Schiemann sowie grundlegend zum Eventualvorsatz bei Tötungsdelikten Puppe, ZIS 2014, 666 mit Replik Fischer, ZIS 2014, 97; erneut Puppe, NStZ 2014, 183; Rissing-van Saan, in: FS Geppert (2011), S. 497; Schroth, in: FS Widmaier (2008), S. 779; Steinberg, NStZ 2011, 177; Streng, in: FS Kühne (2013), S. 47.

<sup>48</sup>Zum Ganzen Köhne, Jura 2011, 741.

<sup>49</sup>BVerfG JR 1979, 28 mit Anm. Bruns; zur Konkretisierung vgl. BGH NStZ-RR 2004, 205; Momsen, NStZ 1998, 487.

Handeln zur Verdeckung eines Geschehens, das keine Straftat darstellt (BGH NStZ 1991, 431). Trotz allem erscheint die Regelung unter dem Gesichtspunkt der Tatbestandsbestimmtheit problematisch. Wenn nämlich schon die konkret benannten Mordmerkmale restriktiver Auslegung bedürfen, dann lässt sich bei unbenannten schweren Fällen des Totschlags der Sprung zur lebenslangen Freiheitsstrafe kaum rechtfertigen.

- 31 Durch den **minder schweren** Fall des Totschlags (§ 213) soll die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Tötungshemmung des Täters infolge einer Provokation herabgesetzt sein kann. Er entspricht dem landläufigen Bild des „Totschlags im Affekt“ und hat erhebliche praktische Bedeutung. Die Vorschrift stellt eine *Strafzumessungsregel* dar, die nach h. M. der Überschrift und dem Gesetzeswortlaut entsprechend nur auf § 212 Anwendung findet.<sup>50</sup> Liegen ihre Voraussetzungen vor, so *ist* der mildere Strafrahmen heranzuziehen, den das 6. StrRG allerdings verdoppelt hat.
- 32 Die Provokationslage setzt zunächst eine Misshandlung oder schwere Beleidigung voraus. Als Misshandlung kommen Beeinträchtigungen körperlicher wie seelischer Art in Betracht. Die Beleidigung ist nicht im technischen Sinne (§§ 185 ff.) zu verstehen, sondern umfasst jede erhebliche Kränkung oder Herabsetzung. Ihre Schwere bemisst sich nach dem objektiven Erklärungswert der Äußerung. Dabei ist auch das Gesamtverhalten des Opfers zu berücksichtigen; von mehreren – an sich nicht schweren – Kränkungen kann schließlich die letzte der Tropfen sein, der „das Fass zum Überlaufen“ bringt (BGH NStZ 1984, 507). Beleidigung oder Misshandlung müssen dem Täter oder einem Angehörigen (§ 11 I Nr. 1) zugefügt worden sein. Eigene Schuld trifft den Totschläger, wenn er dem Opfer in vorwerfbarer Weise genügende Veranlassung zu dessen provozierendem Verhalten gegeben hat.
- 33 Der Täter muss durch die Provokation zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden sein. Für die Reizung zum Zorn reichen auch Wut, Empörung oder sonstige Erregungszustände aus. Weitere Antriebe können mitwirken (Motivbündel), falls sie den provokationsbedingten Affekt nicht völlig überlagern. Der Täter ist auf der Stelle zur Tat hingerissen, solange er noch unter dem Einfluss der vom Opfer ausgelösten Gemütsbewegung steht; ein gewisser zeitlicher Abstand schließt diesen Zusammenhang nicht aus. Zwischen Reizung und Tatbegehung muss aber jedenfalls eine kausale Verknüpfung („hierdurch“) bestehen; daran fehlt es etwa, wenn der Täter ohnehin zur Tat entschlossen war (BGHSt 21, 14). Andererseits kann ein über den Erregungszustand des § 213 Alt. 1 hinausgehender Affekt gem. § 21 StGB zu einer weiteren Strafrahmenverschiebung führen (BGH NStZ 2011, 339, 340).
- 34 Als sonstiger minder schwerer Fall ist auch die Kindestötung (§ 217 a.F.) in Betracht zu ziehen, soweit die für Tötungen in oder unmittelbar nach der Geburt prägende psychische Ausnahmesituation der Frau gegeben ist. Das 6. StrRG hat diese Vorschrift als „nicht mehr zeitgemäß“ gestrichen: Die psychische Ausnahmesituation einer Mutter, die ihr Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, könne durch

<sup>50</sup>Vgl. BGHSt 30, 105/118; Jähnke, in: LK, § 213 Rn. 2; abw. Bernsmann, JZ 1983, 45; Rengier, MDR 1980, 1; dazu auch Küpper, in: FS Kriele (1997), S. 777/792 ff.



die Anwendung des § 213 Berücksichtigung finden (BT-Drucks. 13/8587, S. 34). Damit ist zwar die Sperrwirkung der früheren Privilegierung gegenüber § 211 entfallen. Nach Ansicht der Bundesregierung wird aber regelmäßig kein Mordmerkmal erfüllt sein. So scheide etwa Heimtücke aus, weil dem Neugeborenen die Fähigkeit zum Argwohn fehle (BT-Drucks. 13/8587, S. 82). Die neuere Rspr. betont, dass die Annahme eines minder schweren Falls aber nicht zwingend sei, sondern einer Gesamtwürdigung bedürfe (BGH NStZ-RR 2004, 80). Insbesondere kommt darüber hinaus auch § 211 in Betracht. Zwar komme die Annahme von Mord bei solcher Kindstötung nur ausnahmsweise in Betracht, wenn die Tat aber von besonders krasser Selbstsucht geprägt sei komme ein niedriger Beweggrund in Betracht (BGH NStZ 2009, 210).<sup>51</sup> Neben der aktiven Tötung kommt auch ein Unterlassen in Betracht, nicht nur für das Verhalten nach der Geburt, sondern auch bereits von dem Einsetzen der Geburtswehen an, indem der BGH (NStZ 2010, 214) der Frau eine Pflicht auferlegt, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um das Leben des Kindes zu erhalten. Dabei werde die Inanspruchnahme (ggf. ärztlicher) Hilfe immer dann erforderlich sein, wenn es für die Schwangere im Hinblick auf bekannte Vorerkrankungen oder sonstige Risiken absehbar ist, dass bei der Geburt Gefahren für Leib oder Leben des Kindes entstehen können.

## 2. Probleme des Mordtatbestandes

Die Unterscheidung von Mord und Totschlag beruht auf einer langen Tradition, dennoch ist der maßgebliche Gesichtspunkt bis heute umstritten.<sup>52</sup> Ursprünglich nannte das StGB (1871) die *Überlegung* als alleiniges Mordmerkmal. Die jetzige Fassung des § 211 geht zurück auf einen Schweizerischen Vorentwurf und ist im Jahre 1941 Gesetz geworden; die Bezeichnungen als „Mörder“ und „Totschläger“ lassen noch den damaligen Gedanken einer Tätertypenlehre anklingen. Die Mordmerkmale bringen eine besondere **Verwerflichkeit** der Tat zum Ausdruck. Heute werden als Grundprinzipien auch die Gefährlichkeit oder das Missverhältnis von Mittel und Zweck angesehen; beide Kriterien vermögen jedoch nicht alle Merkmale abschließend zu erklären.<sup>53</sup> Ausgangspunkt der Diskussion ist die absolute Strafandrohung des § 211.<sup>54</sup>

Fraglich ist, ob der jeweilige Grundgedanke auf die Interpretation der einzelnen Mordmerkmale Einfluss nehmen kann. In der Literatur<sup>55</sup> wird verschiedentlich eine Gesamtwürdigung von Tat und Täter befürwortet; diese sog. Typenkorrektur könnte in zweierlei Hinsicht erfolgen: Entweder ist die besondere Verwerflichkeit im Einzelfall zusätzlich festzustellen (positive Typenkorrektur) oder ausnahmsweise zu verneinen

<sup>51</sup>Dazu Zabel, HRRS 2010, 403.

<sup>52</sup>Vgl. Grünwald, JA 2012, 401.

<sup>53</sup>Einzelheiten bei Albrecht, JZ 1982, 697; Schroeder, JuS 1984, 275.

<sup>54</sup>Küpper, in: FS Kriele (1997), S. 777.

<sup>55</sup>Vgl. etwa Geilen, JR 1980, 309; Lange, in: Schröder-GedS (1978), S. 217; Welzel, § 38 II 2.

35

36



(negative Typenkorrektur). Dagegen erheben sich jedoch Bedenken aus dem Gesichtspunkt der Tatbestandsbestimmtheit. Zudem käme es zu einem „Superlativ der Verwerflichkeit“, <sup>56</sup> der sich aus dem Einzelmerkmal plus Gesamtbetrachtung ergeben würde.

- 37 Der BGH hat sich in st. Rspr. gegen eine richterliche Wertung des Gesamtbildes der Tat ausgesprochen. Das Gesetz umschreibe abschließend die Fälle, die es als besonders verwerflich und deshalb als Mord beurteilt. <sup>57</sup> Stattdessen hat der Große Senat eine zweifelhafte „**Rechtsfolgenlösung**“ entwickelt. Danach kann bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, auf Grund welcher die Verhängung lebenslanger Freiheitsstrafe als unverhältnismäßig erscheint, der Strafraum des § 49 I Nr. 1 Anwendung finden. <sup>58</sup> Dieser Lösungsweg ist jedoch überwiegend auf Kritik gestoßen, die insbesondere geltend macht, dass die Entscheidung *contra legem* erfolgt sei und die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung missachtet habe. <sup>59</sup> Zudem wird darauf hingewiesen, dass damit sogar der Regelstrafrahmen des Totschlags unterschritten werde. In Konsequenz seiner Entscheidung musste der BGH die Instanzgerichte ermahnen, nicht voreilig auf diese Strafzumessungslösung auszuweichen: Zunächst seien die tatbestandlichen Voraussetzungen besonders sorgfältig zu prüfen, sodann alle in Betracht kommenden Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe erschöpfend abzuhandeln, schließlich die gesetzlichen Schuldminderungsgründe eingehend zu erörtern. <sup>60</sup> Sodann hat der BGH eine analoge Anwendung des § 49 in Fällen des Mordes wegen Tötung aus Habgier gänzlich ausgeschlossen (BGHSt 42, 301) und nunmehr grundsätzlich auf die Heimtücke beschränkt (BGH NStZ 2016, 469). <sup>61</sup>

- 38 Nach alledem erscheint weder die Lehre von der Typenkorrektur noch die Rechtsfolgenlösung geeignet, die Probleme des Mordtatbestandes sachgerecht zu bewältigen. Es bleibt deshalb (nur) die Möglichkeit, die einzelnen Mordmerkmale restriktiv zu handhaben. Das Bundesverfassungsgericht hatte verschiedene Wege zu einer dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Straftatbestand und absoluter Strafandrohung entsprechenden Interpretation aufgezeigt; <sup>62</sup> darüber zu entscheiden, sei aber Aufgabe des für die Auslegung der Strafrechtsnormen letztlich zuständigen Bundesgerichtshofs. Dieser wiederum sucht bisher lediglich die innere Tatseite einzuschränken, etwa durch das Erfordernis der „feindlichen Willensrichtung“ bei Heimtücke oder der „unbarmherzigen Gesinnung“ bei Grausamkeit. Dennoch wird teils die Verfassungswidrigkeit des § 211 angenommen. <sup>63</sup>

<sup>56</sup>Eser, Gutachten für den 53. DJT (1980), S. 160.

<sup>57</sup>BGHSt 3, 330/332 f.; 9, 385/389; 30, 105/114 ff.; ebenso Jähnke, in: LK, Vor § 211 Rn. 37; Krey/Hellmann/Heinrich, Rn. 56; Maurach/Schroeder/Maiwald, BT 1, § 2 Rn. 25.

<sup>58</sup>BGHSt 30, 105; zust. Gössel/Dölling, § 4 Rn. 13 ff.; Reichenbach, Jura 2009, 176; Rengier, NStZ 1982, 225; dazu auch Hauf, JA 1996, 546. Die erforderlichen „Entlastungsfaktoren“ umschreibt BGH NStZ-RR 2004, 294.

<sup>59</sup>Vgl. Bruns, JR 1981, 358/362; Günther, NJW 1982, 353; Hirsch, in: FS Tröndle (1989), S. 19/28 f.

<sup>60</sup>BGH JZ 1983, 967 mit Anm. Hassemer; ebenso BGHSt 48, 255 („Familiencyrann“) mit Bespr. Kargl, Jura 2004, 189 und Rotsch, JuS 2005, 12.

<sup>61</sup>Dazu krit. Anm. Drees, a.a.O.; Jäger, JA 2016, 629.

<sup>62</sup>BVerfGE 45, 187/267; zu dieser Grundsatzentscheidung s. Walther, JA 1996, 755.

<sup>63</sup>Mit guten Gründen Misch, JZ 2008, 336.

Der Gesetzgeber<sup>64</sup> hat die Problematik der lebenslangen Freiheitsstrafe immerhin dadurch entschärft, dass er eine Aussetzung des Strafrestes auch dort ermöglicht (§ 57a). Fragwürdig ist allerdings das Merkmal der „besonderen Schwere der Schuld“. Eine verfassungskonforme Auslegung soll gebieten, dass die für die Bewertung dieser Schuld erheblichen Tatsachen schon im Erkenntnisverfahren vom Schwurgericht – und nicht erst später vom Vollstreckungsgericht (vgl. § 462a StPO) – festgestellt und im Urteil dargestellt werden.<sup>65</sup> Für die Zukunft wird sich die Frage ergeben, ob die absolute Androhung der lebenslangen Freiheitsstrafe überhaupt beizubehalten ist. Vor diesem Hintergrund sind in den vergangenen Jahren vermehrt Vorschläge vorgebracht und diskutiert worden,<sup>66</sup> bis nun schließlich auch der Bundesjustizminister eine **Expertenkommission** eingesetzt hat, deren Abschlussbericht seit 2015 vorliegt.<sup>67</sup> Die Meinungen gehen indessen auf Tatbestands- und Rechtsfolgenebene weit auseinander, weshalb abzuwarten bleibt, ob und was erfolgreich zum Gegenstand eines Gesetzesvorhabens gemacht werden wird.

39

### III. Die einzelnen Mordmerkmale<sup>68</sup>

Der Mord hat zunächst objektiv und subjektiv dieselben Voraussetzungen wie § 212. Hinzu kommen einzelne *de lege lata* höchststrafwürdige Merkmale. Diese werden je nach ihrer Natur in dem objektiven bzw. subjektiven Tatbestand geprüft, wobei die Aufzählung im Gesetz auf die Prüfungsabfolge keine Rücksicht nimmt. Fehlt aber bereits klar der Tötungsvorsatz, ist im Gutachten jedes vertiefende Wort zu Mordmerkmalen überflüssig, gleich aus welcher Gruppe.<sup>69</sup>

40

#### 1. Gruppe: Verwerflichkeit des Beweggrundes<sup>70</sup>

Der Täter handelt aus einem bestimmten Motiv heraus, das als besonders verwerflich angesehen wird. Die drei benannten Merkmale bilden hervorgehobene Beispielsfälle der niedrigen Beweggründe („sonst“). Indessen ist bei ihnen die Niedrigkeit nicht noch eigens zu prüfen, sondern wird durch die tatbestandliche Fassung bereits vorausgesetzt.

41

Die **Mordlust** wurde früher als unnatürliche Freude an der Vernichtung eines Menschenlebens gekennzeichnet (BGH NJW 1953, 1440). Diese Formulierung ist

42

<sup>64</sup>Durch 20. StÄG (1981); näher dazu *Müller-Dietz*, Jura 1983, 628; *Laubenthal*, JA 1984, 471.

<sup>65</sup>BVerfGE 86, 288 mit krit. Bespr. *Meurer*, JR 1992, 441 und *Stree*, NSTZ 1992, 464.

<sup>66</sup>S. insb. AE-Leben, GA 2008, 193; *Deckers/Fischer/König/Bernsmann*, NSTZ 2014, 9 m. krit. Bespr. *Mitsch*, StV 2014, 366 und *Walter*, NSTZ 2014, 368; ebenfalls kritisch *Eser*, in: FS Kargl (2015), S. 91/103 ff.; krit. zur Mehrfachötung als Mord *Mitsch*, ZStW 2016 (128), 629 ff.

<sup>67</sup>[www.bmjv.de](http://www.bmjv.de); m. Bespr. *Eser*, in: GedS Heine (2016), S. 69; *Haas*, ZStW 128 (2016), 316.

<sup>68</sup>Zum Ganzen *Otto*, Jura 1994, 141; *Schroeder*, JuS 1984, 275

<sup>69</sup>„... kann auf sich beruhen, wenn jedenfalls kein Tötungsvorsatz gegeben ist ...“

<sup>70</sup>Zum Ganzen *Köhne*, Jura 2008, 100, 805; *Kühl*, JA 2009, 566.

jedoch missdeutig, weil sie auf eine krankhafte psychische Störung des Täters hinzuweisen scheint. Zudem könnte man sich fragen, ob es denn auch eine „natürliche“ Freude am Töten gibt. Inzwischen sieht der BGH den entscheidenden Gesichtspunkt darin, dass der Tod des Opfers als solcher der einzige Zweck der Tat ist. Danach tötet aus Mordlust, wem es allein darauf ankommt, einen Menschen sterben zu sehen, wer aus Mutwillen oder Angeberei tötet, wer die Tötung als nervliche Stimulans oder „sportliches Vergnügen“ betrachtet, wer einen anderen zum Zeitvertreib tötet.<sup>71</sup> Demgemäß ist mit dem Merkmal vor allem die mutwillige Tötung gemeint, die mit direktem Vorsatz erfolgt. Es sollen Fälle erfasst werden, bei denen weder ein in der Person des Opfers oder in der besonderen Tatsituation liegender Anlass noch ein über den Tötungsakt selbst hinausgehender Zweck die Tat bestimmt. Mit dieser Zweckbestimmung ist es nicht vereinbar, neben der Mordlust weitere subjektive Mordmerkmale anzunehmen, wie es aber die Rspr. mitunter für niedrige Beweggründe anzunehmen bereit ist (vgl. BGH, Beschl.v. 14.1.2010 – 5 StR 435/09 – juris).

- 43** Der Täter tötet zur **Befriedigung des Geschlechtstriebes**, wenn er schon im Tötungsakt selbst sexuelle Erfüllung sucht („Lustmord“) oder sich an der Leiche vergehen will (BGHSt 7, 353). Ebenso bejaht der BGH das Merkmal, falls der Tod des Opfers als Folge einer Vergewaltigung zumindest billigend in Kauf genommen wird (BGHSt 19, 101/105). Schließlich soll es auch dann vorliegen, wenn der Täter die Befriedigung des Geschlechtstriebes erst bei späterer Betrachtung eines Videos vom Tötungsakt und dem Umgang mit der Leiche finden will (BGHSt 50, 80): Zur Verwirklichung dieses Mordmerkmals reiche die im Gesetz enthaltene Zweck-Mittel-Relation aus, während ein zeitlich-räumlicher Zusammenhang zwischen der Tötung eines Menschen und dem Ziel der Triebbefriedigung nicht vorausgesetzt werde. Die weitere Besonderheit lag hier in der Einvernehmlichkeit.<sup>72</sup>
- 44** **Habgier** bedeutet ein Gewinnstreben „um jeden Preis“, also auch um den Preis eines Menschenlebens. Es geht um ein Streben nach materiellen Gütern oder Vorteilen, das in seiner Hemmungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit das erträgliche Maß weit übersteigt.<sup>73</sup> Dies ist etwa der Fall, wenn der Täter durch den Tod des Opfers eine Wegnahme ermöglichen will („Raubmord“), er dessen Erbe oder Begünstigter einer Lebensversicherung ist; schließlich handelt aus Habgier auch der für Geld gedungene „Killer“.
- 45** Fraglich kann sein, ob der Täter eine *Vermögensmehrung* erstreben muss. Nach der Rechtsprechung reicht aus, dass er sich von einer Schuld oder Unterhaltungspflicht befreien, also eine *Vermögensminderung* abwenden will. Auch in diesem Falle gehe

<sup>71</sup>BGHSt 34, 59/61; BGH StV 1995, 636 mit Anm. *Fabricius*; vertiefend *Grotendiek/Göbel*, NStZ 2003, 118.

<sup>72</sup>Sog. „Kannibalen-Fall“, dazu krit. *Kudlich*, JR 2005, 342; *Mitsch*, ZIS 2007, 197; *Momsen/Jung*, ZIS 2007, 162; *Otto*, JZ 2005, 799; indes gehalten von BVerfG, NJW 2009, 1061; zum sog. „LKA-Beamten-Fall“ BGH NStZ 2016, 469 m. Anm. *Drees*; *Eisele*, JuS 2016, 947; *Jäger*, JA 2016, 629; *Hinz*, JR 2016, 576.

<sup>73</sup>Vgl. im einzelnen BGHSt 10, 399; 29, 317; BGH NJW 2001, 194; *Paeffgen*, GA 1982, 255; *Küper*, in: GedS Meurer (2002), S. 191.

er in der gleichen rücksichts- und gewissenlosen Weise darauf aus, seine Vermögenslage zu verbessern (BGHSt 10, 399). Daran fehlt es allerdings bei Tötung eines Schuldners, der weitere Zahlungen verweigert. Denn jedenfalls setzt die Annahme von Habgier voraus, dass sich das Vermögen des Täters – objektiv oder zumindest nach seiner Vorstellung – durch den Tod des Opfers unmittelbar vermehrt oder dass durch die Tat eine sonst nicht vorhandene Aussicht auf eine unmittelbare Vermögensmehrung entsteht (BGH MDR 1993, 561). Problematisch ist, nach welchen Maßstäben sich die Beurteilung als Vermögensgegenstand richtet, wobei eine Bindung an die Begriffe der §§ 263, 253 StGB nicht zwingend erscheint; als Minus kommen jedoch niedrige Beweggründe in Betracht.

Sonstige **niedrige Beweggründe**<sup>74</sup> sind solche, die nach allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe stehen, durch hemmungslose Eigensucht bestimmt und deshalb besonders verachtenswert sind.<sup>75</sup> In Betracht kommen Rassen- oder Ausländerhass, Rach- oder Eifersucht,<sup>76</sup> Zorn und Wut, überhaupt alle ungehemmt selbstsüchtigen Motive, die ein erhebliches Maß an Menschenverachtung offenbaren. Beispiele bilden die Tötung des Ehegatten als Hindernis eines Liebesverhältnisses; Tötung eines unbekannten Menschen, um an seiner Stelle als tot zu gelten und damit ein „neues Leben“ beginnen zu können;<sup>77</sup> Abreagieren von frustrationsbedingten Aggressionen an einem unbeteiligten Opfer.<sup>78</sup> Bei politisch motivierten Taten dürfte danach zu differenzieren sein, ob der Täter eigensüchtige Zwecke verfolgt oder im – vermeintlichen – Allgemeininteresse handelt;<sup>79</sup> als „niedrig“ sind jedenfalls terroristische Motive einzustufen (BGH NStZ 2005, 35). Problematisch kann Schließlich die Beurteilung fremdländischer soziokultureller Anschauungen und Wertvorstellungen sein, bspw. sog. Ehrenmord.<sup>80</sup> Dabei ist grundsätzlich von den Maßstäben der bundesdeutschen Rechtsgemeinschaft auszugehen, jedoch im Einzelfall zu prüfen, ob der Täter die sozialetische Einschätzung hätte erkennen und nachvollziehen können.<sup>81</sup> Etwas anders gelagert ist die Frage, ob das Tatgericht aus dem äußeren Tatbild auf das Vorliegen eines niedrigen Beweggrundes schließen darf, was der BGH (BGHSt 60, 52<sup>82</sup>) bei einem außergewöhnlich brutalen, eklatant menschenverachtenden (und kaum noch steigerbar entsetzlichen) Geschehen zutreffend angenommen hat.

46

<sup>74</sup>Zum Ganzen *Bosch*, Jura 2015, 803; *Helmers*, HRRS 2016, 90; *Kühl*, JuS 2010, 1041.

<sup>75</sup>BGHSt 3, 132; BGH NStZ-RR 2001, 14; NStZ 2006, 97; *Küper/Zopfs*, Rn. 154.

<sup>76</sup>Ausführlich dazu *Schütz*, JA 2007, 23.

<sup>77</sup>Vgl. BGH NStZ 1985, 454; 1998, 352; ferner die Beurteilung in BGH NStZ 1995, 79 (Blutrache); StV 1998, 130 (Selbstjustiz); NStZ 1999, 129 (Imponiergehabe); NStZ-RR 2003, 78 (Vernichtungswille).

<sup>78</sup>BGHSt 47, 128 mit Anm. *Neumann*, JR 2002, 471 und *Otto*, JZ 2002, 567.

<sup>79</sup>Siehe dazu BGH NStZ 1993, 341; 2004, 89; v. *Selle*, NJW 2000, 992.

<sup>80</sup>Vertieft dazu *Grünwald*, NStZ 2010, 1; *Valerius*, JZ 2008, 912; im größeren Kontext der Relevanz von Beweggründen bei Tötungsdelikten *Hörnle*, in: FS Frisch (2013), S. 653.

<sup>81</sup>Vgl. BGH NStZ 2002, 369; NJW 2004, 1466; NStZ-RR 2004, 361; NJW 2006, 1008; NStZ 2006, 284; näher *Momsen*, NStZ 2003, 237; *Nehm*, in: FS Eser (2005), S. 419.

<sup>82</sup>Krit. dazu *T. Bartsch*, StV 2015, 718.

- 47 Liegen der Tat noch andere Beweggründe zugrunde („Motivbündel“), so ist im Wege einer Gesamtwürdigung zu ermitteln, ob das Mordmerkmal das maßgebliche Motiv darstellt. Subjektiv ist erforderlich, dass der Täter sich bei der Tat der Umstände bewusst war, welche die Niedrigkeit des Beweggrundes ausmachen; die rechtliche Bewertung braucht er allerdings nicht vorzunehmen. Soweit gefühlsmäßige oder triebhafte Regungen wie Gereiztheit, Wut und Zorn sein Handeln angetrieben haben, muss es ihm möglich gewesen sein, sie gedanklich zu beherrschen und willensmäßig zu steuern (BGH NStZ 1993, 281).

## 2. Gruppe: Art und Weise der Tatausführung<sup>83</sup>

- 48 Die tatbezogenen Merkmale des § 211 II betreffen eine besonders gefährliche Begehungsweise. Dies kommt am deutlichsten in der Tötung mit „gemeingefährlichen“ Mitteln zum Ausdruck. Aber auch das Heimtückemerkmal betrachtet der BGH unter diesem Aspekt: Der Grund dafür, dass das Gesetz den heimtückisch Tötenden als Mörder bestraft, liege in der Gefährlichkeit seines Vorgehens. Er überrascht das Opfer und hindert es dadurch, sich zu verteidigen, zu fliehen, Hilfe herbeizuholen, den Angreifer umzustimmen, in sonstiger Weise dem Anschlag auf sein Leben zu begegnen oder die Ausführung durch solche Bemühungen wenigstens zu erschweren (BGHSt 11, 139/143). Schließlich kann für die grausame Tötung die besonders gefährliche Einstellung des Täters gegenüber Leib und Leben als maßgeblich angesehen werden.
- 49 Die **Heimtücke**<sup>84</sup> stellt das problematischste und umstrittenste Mordmerkmal dar, was vor allem mit der extensiven Auslegung durch die st. Rspr. zusammenhängt. Danach handelt der Täter heimtückisch, wenn er die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers bewusst zur Tötung ausnutzt.<sup>85</sup> Dabei ist arglos, wer sich keines Angriffs auf Leben oder körperliche Unversehrtheit versieht; wehrlos, wer *infolge* der Arglosigkeit zur Verteidigung außerstande oder in seiner Verteidigungsfähigkeit eingeschränkt ist.
- 50 Das somit zunächst erforderliche Element der *Arglosigkeit* erfordert das Bewusstsein des Opfers, dass ihm „nichts Arges“ geschieht, was einem Bewusstlosen in der Regel fehlt,<sup>86</sup> nicht aber einem Schlafenden, da er die Arglosigkeit mit in den Schlaf nimmt.<sup>87</sup> Anders liegt es aber, wenn erst der zweite Ausführungsakt gegen ein wegen des ersten mit Tötungsvorsatz geführten Aktes der insgesamt einheitlichen

<sup>83</sup>Zum Ganzen *Köhne*, Jura 2009, 265.

<sup>84</sup>Zum Ganzen *Geppert*, Jura 2007, 270; *Kaspar*, JA 2007, 699; *Kett-Straub*, JuS 2007, 515; *Köhne*, Jura 2009, 748; *Küper*, JuS 2000, 740; *Rengier*, in: FS Küper (2007), S. 473.

<sup>85</sup>BGHSt 7, 218/221; 19, 321 f.; 23, 119/120 f.; 32, 382/384; BGH NStZ-RR 2005, 309; *ausf. Küper*, JuS 2000, 740.

<sup>86</sup>Jedoch ist der schutzbereite Dritte zu beachten BGH NStZ 2008, 93.

<sup>87</sup>So BGHSt 23, 119/121; 48, 255 mit insoweit krit. Bespr. *Rengier*, NStZ 2004, 233/235 ff.; zur subjektiven Tatseite s. BGH StV 2004, 596 mit Anm. *Seebode*; zu den Grenzen BGH NStZ 2007, 523.

Handlung nunmehr bewusstloses Opfer geführt wird.<sup>88</sup> Bei Kleinkindern kann sie zu bejahren sein, wenn der natürliche Abwehrinstinkt *oder* ein schutzbereiter Dritter ausgeschaltet wird (BGHSt 8, 217).<sup>89</sup> Maßgeblicher Zeitpunkt ist der Beginn des ersten mit Tötungsvorsatz geführten Angriffs. Vorangegangene Feindseligkeiten können die Arglosigkeit entfallen lassen, wofür allerdings eine bloß verbale Auseinandersetzung nicht notwendig ausreicht (BGHSt 33, 363); ebensowenig genügt ein allgemeines Misstrauen (BGHSt 39, 354/368) oder eine auf früheren Aggressionen und einer feindlichen Atmosphäre beruhende latente Angst des Opfers (BGH NStZ 2013, 337/339). Das Opfer kann jedoch dann arglos sein, wenn der Täter ihm zwar offen feindselig entgegentritt, die Zeitspanne zwischen dem Erkennen der Gefahr und dem unmittelbaren Angriff aber so kurz ist, dass keine Möglichkeit zur Abwehr bleibt. Auch ein nachfolgender Fortfall der Arglosigkeit des sich wehrenden, ursprünglich überraschten Opfers steht der Annahme von Heimtücke nicht entgegen (BGH NStZ 2006, 96), was auch bei dem unmittelbaren Übergang von einer überraschenden Körperverletzung zur Tötung gelten soll (BGH NStZ-RR 2016, 43). Eine Ausnahme vom Erfordernis der Arglosigkeit bei Beginn der Tötungshandlung gilt, wenn der Täter das Opfer mit Tötungsvorsatz planmäßig in einen Hinterhalt lockt, um eine günstige Gelegenheit zur Tötung zu schaffen, und die entsprechenden Vorkehrungen und Maßnahmen bei Ausführung der Tat noch fortwirken (BGHSt 22, 77/79 f).<sup>90</sup>

Im Fall der tödlichen Notwehr gegen einen Erpresser hat der BGH das Mordmerkmal einer normativ orientierten Einschränkung zugeführt. Sie findet ihre Begründung darin, dass der Gegenwehr nicht das Tückische in einem Maße inne- wohne, welches den gesteigerten Unwert dieses Merkmals kennzeichne. Zudem soll damit ein Wertungsgleichklang mit dem Notwehrrecht gewährleistet werden. Im Ergebnis gelangt der BGH deshalb zur Verneinung von Heimtücke: Mit der erpresserischen Handlung habe das spätere Opfer des Gegenangriffs in aller Regel seine Arglosigkeit bereits zuvor verloren.<sup>91</sup> Ob dieser Auslegung über den Einzelfall hinaus Bedeutung zukommt, erscheint fraglich. So hat der BGH im „Haustyrannen-Fall“ (BGHSt 48, 255) eine mögliche Restriktion nicht in Erwägung gezogen. Außerdem heißt es in einer späteren Entscheidung, Arg- und Wehrlosigkeit seien faktische, aber keine normativen Begriffe (BGH NStZ 2005, 688).

Die *Wehrlosigkeit* muss auf der Arglosigkeit beruhen; die Ausnutzung nur der Wehrlosigkeit führt nicht zur Annahme von Heimtücke (BGHSt 32, 382/388).<sup>92</sup> Der Zusammenhang kann auch dann entfallen, wenn das Opfer aufgrund seiner gesundheitlichen Konstitution oder eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit nicht in der Lage ist, die Absicht des Täters zu erkennen und dem Angriff wirksam entgegenzutreten.

<sup>88</sup>BGH NStZ 2008, 569 m. krit. Anm. *Schroeder*, JR 2008, 392.

<sup>89</sup>BGH NStZ 2015, 215; zum Ganzen auch *Mitsch*, JuS 2013, 783.

<sup>90</sup>Ferner BGH NStZ 2008, 569 m. krit. Anm. *Schroeder*, JR 2008, 392; BGH NStZ 2010, 450.

<sup>91</sup>BGHSt 48, 207 mit Anm. *Roxin*, JZ 2003, 966 und *Schneider*, NStZ 2003, 428; Bespr. *Quentin*, NStZ 2005, 128 und *Zaczyk*, JuS 2004, 750; erneut *Roxin*, in: FS Widmaier (2008), S. 741.

<sup>92</sup>Zum Ganzen *Küper*, in: FS Beulke (2015), S. 467.

51

52



- 53 Erforderlich ist schließlich ein *bewusstes* Ausnutzen der Arg- und Wehrlosigkeit, d. h. das Bewusstsein des Täters, einen durch seine Ahnungslosigkeit gegenüber einem Angriff schutzlosen Menschen zu überraschen.<sup>93</sup> Einer über die Erkenntnis der Überraschung hinausgehende Instrumentalisierung der Tatsituation in Form eines spezifischen Ausnutzungswillens bedürfe es hingegen nicht (BGH NStZ 2013, 470). Zudem verlangt der BGH eine feindliche Willensrichtung (feindselige Haltung) gegenüber dem Opfer. Daran kann es etwa fehlen, wenn der Täter glaubt, zum Besten des Opfers zu handeln (BGHSt 9, 385). Entsprechendes gilt für die „Mitleidstötung“, die der Täter begeht, um dem Todkranken schwerstes Leid zu ersparen<sup>94</sup> sowie beim sog. Mitnahmesuizid.

### Beispiel

Auf der Intensivstation verabreicht die Krankenschwester K mehreren Patienten heimlich tödliche Injektionen. Sie will damit deren von ihr als sinnlos angesehenes Leiden beenden. Ein Ausnutzen der Arg- und Wehrlosigkeit liegt zweifellos vor. Subjektiv fehlt es jedoch an einer feindseligen Einstellung, weil K aus Mitleid im vermeintlichen Interesse der Patienten gehandelt hat. Mit dem – in aller Regel als Restriktion verstandenen – Kriterium des Vertrauensmissbrauchs (vgl. Rn. 54) müsste hier wohl Heimtücke anzunehmen sein. Geht es dem Täter indessen nur oberflächlich um Mitleid, aber tatsächlich darum, nach eigenen Wertmaßstäben zu selektieren, indem allein er bestimmt, wen er wann durch eine von niemandem erbetene Tötung „erlösen“ will, soll Heimtücke gegeben sein (BGHSt 37, 376/377 f.). Geht es ihm andererseits darum, sich die Arbeit zu ersparen, sind sowohl die Feindseligkeit als auch ein niedriger Beweggrund gegeben.

- 54 Ein Teil der Lehre will das Heimtückemerkmal mit dem Erfordernis eines *verwerflichen Vertrauensbruchs* einschränken. Hierunter versteht sie vor allem den Missbrauch familiärer oder freundschaftlicher Beziehungen, darüber hinaus auch sonstiger sozial-positiver Verhaltensmuster.<sup>95</sup> Nach Meinung des BGH würde diese Ansicht jedoch wegen der Vieldeutigkeit des Vertrauensbegriffs zu einer unsicheren und ungleichmäßigen Rechtsprechung führen und gerade in Grenzfällen keinen Fortschritt erbringen.<sup>96</sup>

<sup>93</sup>BGH NStZ 1984, 506; 1997, 491; NStZ-RR 1997, 294; 2001, 296; probl. BGH NStZ 2005, 688 mit Anm. Mosbacher.

<sup>94</sup>BGHSt 37, 376 mit Anm. Roxin, NStZ 1992, 35; krit. dazu Geilen, in: FS Spendel (1992), S. 519; Langer, JR 1993, 133.

<sup>95</sup>Vgl. Eser/Sternberg-Lieben, in: Schönke/Schröder, § 211 Rn. 26 f.; M.-K. Meyer, JR 1979, 485; diff. Otto, § 4 Rn. 25.

<sup>96</sup>BGHSt 30, 105/116; gegen Vertrauensbruch auch Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf, § 2 Rn. 50; Jähnke, in: LK, § 211 Rn. 50; Schneider, in: MK, § 211 Rn. 197 f.; Krey/Hellmann/Heinrich, Rn. 65.



Der Rspr. ist darin zu folgen, dass der Begriff des verwerflichen Vertrauensbruchs Unschärfen aufweist, die schon dem allgemeinen Kriterium der besonderen Verwerflichkeit anhaften. Außerdem würde dadurch das Mordmerkmal wohl zu sehr eingeschränkt. Auf der anderen Seite geht die Definition des BGH erheblich zu weit; danach müsste schon jeder nicht offen geführte Angriff den Mordtatbestand erfüllen. Im Merkmal der Heimtücke steckt aber mehr als bloße Heimlichkeit, nämlich der Gesichtspunkt der *Tücke*.<sup>97</sup> Gemeint ist damit ein verschlagenes, hinterhältiges Vorgehen, die gleichsam „unehrliche“ Tat. Dieser sachliche Gehalt hat seit jeher zur Kennzeichnung einer im Unwert gesteigerten Tötung (Meuchelmord) gedient und kann dem in Rede stehenden Merkmal deutlichere Konturen verleihen.

Die Tötung ist **grausam**, wenn sie unter Zufügung besonderer Schmerzen oder Qualen körperlicher oder seelischer Art erfolgt, die über das zur Tötung erforderliche Maß hinausgehen. Das grausame Verhalten muss Bestandteil des Tatgeschehens sein und vor Abschluss der den tödlichen Erfolg herbeiführenden Handlung auftreten (BGHSt 37, 40).<sup>98</sup> Auf subjektiver Seite wird eine gefühllose und unbarmherzige Gesinnung verlangt, die den Täter bei der Tat beherrscht hat (BGHSt 49, 189/196). Die Tat kann auch durch Unterlassen begangen werden, namentlich beim Verhungern- oder Verdurstenlassen eines Kleinkindes (BGH NStZ 2007, 402, 403 f.).<sup>99</sup>

Der Täter tötet **mit gemeingefährlichen Mitteln**,<sup>100</sup> wenn er deren Wirkungsweise in der konkreten Tatsituation nicht in seiner Gewalt hat und sie deshalb geeignet sind, eine Mehrzahl von Menschen an Leib und Leben zu gefährden. Beispiele bilden Handgranate, Maschinengewehr oder Brandflaschen sowie Gift im Kessel einer Gemeinschaftsküche.<sup>101</sup> Der Schuss aus einer Pistole auf einen bestimmten Menschen genügt demgegenüber nicht, auch wenn der Schütze in Kauf nimmt, einen unbeteiligten Dritten aus einer Vielzahl von Personen zu treffen (BGHSt 38, 353). Erforderlich ist ferner, dass der Täter das Mittel zur Tötung *einsetzt*; daran fehle es, wenn er eine bereits vorhandene gemeingefährliche Situation – wie das Brennen eines Hauses – nur zur Tat *ausnutzt* (BGHSt 34, 13).

### Beispiel

- (1) Die Gemeingefährlichkeit des Mitteleinsatzes ist (noch) zu bejahen, wenn der Täter ein Kraftfahrzeug mit zügigem Tempo durch Caféterrassen und über Gehwege lenkt und dabei nicht abzusehen vermag, welche und wie viele Personen gefährdet, verletzt und getötet werden können (BGH NStZ 2006, 167).
- (2) Nach einem Beziehungsstreit mit F lässt A, der zu diesem Zeitpunkt allein ist, 10 bis 15 Minuten Erdgas in seine Wohnung strömen. Unerwartet erscheint F,

<sup>97</sup>Daran anknüpfend Lackner, NStZ 1981, 348/349; Spendel, JR 1983, 269/272 f.; Welzel, § 38 II 1b; Wessels/Hettinger, Rn. 108.

<sup>98</sup>Ausführlich Küper, in: FS Seebode (2008), S. 197.

<sup>99</sup>Dazu BGH MDR 1974, 14; NStZ 1982, 379; Grünewald, Jura 2005, 519/521 ff.

<sup>100</sup>Zum Ganzen Zieschang, in: FS Puppe (2011), S. 1301.

<sup>101</sup>Vgl. BGH NJW 1985, 1477 mit Anm. Horn, JR 1986, 32; Bespr. Brandts, JA 1985, 491 u. Rengier, StV 1986, 405; eingehend v. Danwitz, Jura 1997, 569.

um ihre Sachen zu holen, und A lässt mit Tötungsvorsatz zu, dass sich diese ahnungslos eine Zigarette ansteckt. Beide werden schwer verletzt. Der BGH (NSTZ 2010, 87) hat §§ 211, 22 mit gemeingefährlichen Mitteln abgelehnt, denn es komme darauf an, dass der Täter bereits bei der Gefahrsetzung mit Tötungsvorsatz gehandelt habe, ein Ausnutzen genüge nach wie vor nicht.<sup>102</sup> Diese Beschränkung kann sich weder auf § 211 noch auf die Entsprechensklausel des § 13 stützen, zu beachten ist aber die fakultative Strafmilderung aus § 13 Abs. 2.

- 58 Ein (untauglicher) *Versuch* kommt in Betracht, wenn der Täter das Vorliegen eines objektiven Mordmerkmals irrig annimmt, z. B. das in Wirklichkeit misstrauische Opfer für arglos hält. Tritt der Todeserfolg ein, so ist vollendeter Totschlag in Tateinheit mit versuchtem Mord gegeben (BGH NSTZ 1994, 583).

### 3. Gruppe: Verwerfliche (deliktische) Zielsetzung<sup>103</sup>

- 59 Die Strafbarkeit wegen Mordes resultiert hier aus der besonderen Absicht („um ... zu“) des Täters, der eine andere Straftat ermöglichen oder verdecken will. In der 1. Alt. dient die Tötung zur Begehung weiteren kriminellen Unrechts. Problematischer erscheint die Verdeckungsabsicht (2. Alt.) wegen des darin liegenden Selbstbegünstigungsmotivs. Zu ihrer Berechtigung lässt sich anführen, dass es den Täter nicht entlasten kann, wenn er fremdes Leben für eigensüchtige Zwecke instrumentalisiert. Auf der anderen Seite erfordert dieses Merkmal in besonderem Maße eine restriktive Auslegung.
- 60 Zur **Ermöglichung** einer anderen Straftat handelt der Täter, falls er die Tötung zielgerichtet als Mittel dazu einsetzt. Zwischen dem Handeln und dem verfolgten Zweck muss also eine finale Verknüpfung bestehen; das erstrebte Ziel braucht allerdings nicht realisiert zu werden. Die Absicht richtet sich auf eine *Straftat*, wozu eine Ordnungswidrigkeit nicht genügt (BGHSt 28, 93). Häufig wird es bei der geplanten Tat um einen Raub gehen („Raubmord“), wobei dann das Merkmal der Habgier hinzutritt.
- 61 Die Tötung zur **Verdeckung** einer anderen Straftat wird oftmals dazu dienen, das Opfer der Vortat als Zeugen auszuschalten. Die zu verdeckende „andere“ Straftat kann auch die einer anderen Person sein (BGHSt 9, 180). In Verdeckungsabsicht handelt ferner, wer einen Verfolger tötet, um unerkannt zu entkommen und dadurch der Strafverfolgung zu entgehen (BGHSt 15, 291). Der Tatbestand kann sogar dann erfüllt sein, wenn von dem Getöteten selbst Entdeckung nicht zu befürchten war; denn es reicht aus, dass lediglich die *Tötungshandlung* und nicht der – dabei in Kauf genommene – Tötungserfolg das Mittel der Verdeckung ist.<sup>104</sup>

<sup>102</sup>A.A. Fischer, § 211 Rn. 61 sowie Bachmann/Goeck, NSTZ 2010, 510.

<sup>103</sup>Zum Ganzen Geppert, Jura 2004, 242; Köhne, Die Mordmerkmale der dritten Gruppe, Jura 2011, 650; Saliger, ZStW 109 (1997), 302.

<sup>104</sup>BGHSt 41, 358 mit Anm. Schroeder, JZ 1996, 688 und Saliger, StV 1998, 22; Bespr. Fischer, NSTZ 1996, 416 und Mitsch, JuS 1997, 788.

**Beispiel**

Nachdem A seinen Bekannten B erstochen hatte, beschloss er, die Tat Spuren dadurch zu verdecken, dass er das Haus in Brand setzte, wobei er wusste, dass in den oberen Stockwerken zwei Frauen wohnten und zu dieser Nachtzeit vermutlich schliefen, die durch den Brand getötet werden könnten. Die Tat ist als (versuchter) Mord zu beurteilen, weil jedenfalls die Handlung des A in Verdeckungsabsicht erfolgte.

Selbst nach Bekanntwerden einer Straftat kann der Täter noch in Verdeckungsabsicht handeln, wenn er zwar weiß, dass er dieser Straftat verdächtigt wird, die genaue Kenntnis über den strafrechtlich bedeutsamen Sachverhalt jedoch allein er und das Opfer haben, die Tatumstände deshalb noch nicht in einem die Strafverfolgung sicherstellenden Umfang aufgedeckt sind (BGHSt 56, 239/244 f.). Darüber hinaus lässt es der BGH genügen, dass es dem Täter um die Vermeidung „außerstrafrechtlicher“ Konsequenzen (z. B. Verlust der Tatbeute o. Furcht vor Rache) geht.<sup>105</sup> Denn Mord sei kein gegen die Belange der Rechtspflege gerichtetes Delikt; Qualifikationsgrund der Verdeckungsmodalität sei vielmehr die Verknüpfung von Unrecht mit weiterem Unrecht durch den Täter. Dem Leitbild der Verdeckungsabsicht dürfte jedoch eher ein Handeln entsprechen, das zur Abwehr der Strafverfolgung dient. Ferner ist fraglich, ob der Täter reflektiert haben muss, dass es sich bei dem vorgestellten und zu verdeckenden Sachverhalt um eine Straftat handelt, wofür der Wortlaut spricht, weshalb es auf § 17 StGB nicht mehr ankäme; umgekehrt greift für ein in Bezug genommenes Wahndelikt ggf. der allgemeinere niedrige Beweggrund.

Schließlich kann das Merkmal fraglich sein, wenn der Täter flieht und das – durch die Vortat verletzte – Opfer nicht rettet. Der BGH verlangte früher ein Zudecken der Tat, also ein Unkenntlichmachen von Tat Spuren oder ein Unschädlichmachen von Menschen durch aktives Handeln; dafür sollte es nicht genügen, dass der Betreffende seine Täterschaft nicht *aufdecken* will (BGHSt 7, 287/290). Diese Rspr. wird indes nicht aufrecht erhalten.<sup>106</sup> Gegen einen Verdeckungsmord durch *Unterlassen* lässt sich jedoch die Entsprechensklausel (§ 13) anführen: Da die Tötung durch aktives Tun in solchem Falle schwerer wiegt als bloß dem Geschehen seinen Lauf zu lassen, fehlt es an der Gleichwertigkeit der Verhaltensmodalitäten.<sup>107</sup> Ansonsten würde dem Unterlassungstäter eine Mitwirkungspflicht an der eigenen Strafverfolgung auferlegt und ihm damit mehr abverlangt als dem Begehungstäter. Zur Verneinung gelangt der BGH zumindest für den Fall, dass der Täter bereits von Anfang

<sup>105</sup>BGHSt 41, 8; ebenso BGH NStZ 1999, 243 u. 615; abl. *Brocker*, MDR 1996, 228; krit. *Küper*, JZ 1995, 1158; *Saliger*, ZStW 109 (1997), 302/305 ff.

<sup>106</sup>Vgl. BGH NStZ 1992, 125; dem zust. *Schneider*, in: MK, § 211 Rn. 243; *Fischer*, § 211 Rn. 72; *Geppert*, Jura 2004, 242/246.

<sup>107</sup>Im Erg. ebenso *Hellmann*, JuS 1990, L 61/L 63; *Mitsch*, JuS 1996, 213/218 f.; *Roxin*, in: FS Lüderssen (2002), S. 577/585; *Theile*, JuS 2006, 110/111 f.; eingehend *Haas*, in: FS Weber (2004), S. 235 ff.; a. A. BGH NJW 2000, 1730/1732.

62

63

an mit (bedingtem) Tötungsvorsatz gegen das Opfer gehandelt hat und nunmehr den Tötungserfolg deshalb herbeiführen will, um seine vorherigen Tathandlungen zu verdecken: Allein das Hinzutreten der Verdeckungsabsicht mache die zuvor begangenen Einzelakte nicht zu einer „anderen“ Straftat; dies soll auch dann gelten, wenn zwischen dem Handlungs- und Unterlassensteil eine zeitliche Zäsur liegt.<sup>108</sup> Ob der BGH hieran dauerhaft festhalten wird, bleibt aber abzuwarten.<sup>109</sup>

**64** Die Verdeckungsabsicht ist – neben der Heimtücke – dasjenige Mordmerkmal, das zu verschiedenen Einschränkungsversuchen am meisten Anlass gegeben hat. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Möglichkeit aufgezeigt, Verdeckungsabsicht nur dann anzunehmen, wenn die Mordtat im Voraus geplant war (BVerfGE 45, 187, 267); diese Frage der Gesetzesauslegung obliege aber den zuständigen Strafgerichten. Bisher wurde indes noch keine einheitliche Linie gefunden. Der Bundesgerichtshof hat zunächst den Tatbestand für eine bestimmte Fallgruppe eingengt (BGHSt 27, 346). Kein Verdeckungsmord sollte danach vorliegen, wenn auch die Vortat sich gegen das Rechtsgut von Leib und Leben richtet (Gleichheit der Angriffsrichtung); beide Taten einer unvorhergesehenen Konfliktlage entspringen („Doppelspontaneität“) und unmittelbar ineinander übergehen (enges zeitliches und sachliches Zusammentreffen). Diese Ansicht ist jedoch später aufgegeben worden.

**65** Nunmehr geht der BGH<sup>110</sup> davon aus, die Verdeckungsabsicht sei in der Regel als niedriger Beweggrund zu werten. Diese Frage beurteile sich auf Grund einer Gesamtwürdigung, welche die Umstände der Tat, die Lebensverhältnisse des Täters und seine Persönlichkeit einschließt. Bei einer solchen Restriktion würde das Merkmal der Verdeckungsabsicht zu einem Regelbeispiel der niedrigen Beweggründe, dessen indizierende Wirkung gleichsam durch einen zweiten Prüfungsschritt zu verifizieren wäre, so dass in Ausnahmefällen der Mordtatbestand – trotz festgestellter Verdeckungsabsicht – verneint werden könnte.

### Beispiel

Der vorbestrafte Vertreter V gerät mit der unwilligen Kundin K in Streit. Nach einem Gerangel schlägt er mit der Faust zu, so dass K gegen die Tischkante stürzt und bewusstlos liegen bleibt. Um die Entdeckung der Tat und seine Bestrafung zu verhindern, tötet er die K. Legt man die ursprünglich vom BGH entwickelten Kriterien (vgl. Rn. 63) zugrunde, wäre ein Verdeckungsmord nicht anzunehmen. Nach der neueren Ansicht sollen keine Zweifel daran bestehen, dass die Verdeckungsabsicht des V die Voraussetzungen des niedrigen Beweggrundes erfüllen würde.

<sup>108</sup>Vgl. BGH StraFo 2007, 123/124; NStZ-RR 2009, 239 sowie bereits BGH NStZ 2002, 253 mit Bespr. Freund, JuS 2002, 640; BGH NJW 2003, 1060 mit Anm. Stein, JR 2004, 79 und Bespr. Wilhelm, NStZ 2005, 177; ausf. dazu Grünwald, GA 2005, 502 ff.

<sup>109</sup>S. Fischer, § 211 Rn. 72 f.

<sup>110</sup>BGHSt 35, 116; dazu Hohmann/Matt, JA 1989, 134; Laber, MDR 1989, 861; Schmidhäuser, NStZ 1989, 55; Wohlers, JuS 1990, 20.

Dieser Auffassung kann schon aus systematischen Gründen nicht gefolgt werden, weil sie die gesetzliche Gruppierung der Mordmerkmale außer Acht lässt. Entscheidend ist aber, dass sie von vornherein keine sachgemäße Einschränkung ermöglicht. Denn nach der Ansicht des BGH müsste die Verdeckungsabsicht ja ein *benannter* niedriger Beweggrund sein. In den dementsprechenden Fällen der 1. Gruppe (Mordlust etc.) wird indessen keine zusätzliche Bewertung mehr vorgenommen, sondern davon ausgegangen, dass mit Annahme des speziellen Beweggrundes das Urteil über dessen „Niedrigkeit“ bereits gesprochen ist. Es fällt auch auf, dass der BGH sich über die näheren Voraussetzungen der angeblichen Restriktion ausschweigt. Zudem hat er es im Nachhinein selbst für bedenklich erachtet, das nicht näher bestimmte Merkmal der niedrigen Beweggründe, das an andere, benannte Mordqualifikationen anknüpft, seinerseits zur Überprüfung einer benannten Qualifikation – noch dazu aus einer anderen Gruppe – zu benutzen (BGHSt 41, 358/361 f.). Letztlich bleibt die Problematik damit nach wie vor ungelöst. Am ehesten geeignet wäre wohl das Erfordernis eines vor der Straftat gefassten Entschlusses, die Tat – nötigenfalls – mittels Tötung zu verdecken (vgl. auch § 100 I Nr. 5 AE). Hiermit würde das in früheren Jahrhunderten dominierende Merkmal des „Vorbedachts“ reaktiviert und jedenfalls berücksichtigt, dass der Täter nach Begehung einer Straftat in Panik geraten kann. Diese zumindest nachvollziehbare Reaktion käme ihm aber bei vorheriger Planung oder Überlegung nicht zugute.

Im Übrigen gilt für das Verhältnis von niedrigen Beweggründen und Verdeckungsabsicht: Erschöpfen sich die Motive des Täters darin, denjenigen zu töten, der seine Flucht verhindern oder erschweren will, so ist neben der Verdeckungsabsicht für die Annahme niedriger Beweggründe kein Raum. Auf der anderen Seite liegt (nur) ein niedriger Beweggrund vor, wenn das Opfer zur Verdeckung einer Verhaltensweise des Täters getötet wird, die er zwar nicht für strafbar, jedoch für verwerflich oder seinem Ansehen abträglich hält (sexuelle Neigungen, außereheliche Beziehung).<sup>111</sup>

Ermöglichen oder Verdecken einer Straftat setzen jeweils die entsprechende **Absicht** als zielgerichtetes Handeln voraus. Diese ist mit bedingtem Tötungsvorsatz grundsätzlich vereinbar. Bei Ermöglichungsabsicht muss die Tat nicht notwendiges Mittel zur Begehung der anderen Straftat sein; vielmehr genügt es, dass sich der Täter deshalb für die zum Tode führende Handlung entscheidet, weil er glaubt, auf diese Weise die andere Straftat schneller oder leichter begehen zu können.<sup>112</sup> Auch der zur Verdeckung handelnde Täter mag dieses Ziel durch die bedingt gewollte Tötung zu erreichen suchen. Etwas anderes gilt allerdings für den Fall, dass die von ihm erstrebte Verdeckung einer Straftat nach seiner Vorstellung *nur* durch den Tod des Opfers erreicht werden kann.<sup>113</sup> Die Verwirklichung der Verdeckungsabsicht ist dann allein in Verbindung mit einem direkten Tötungsvorsatz möglich.

<sup>111</sup>Vgl. BGH NStZ 1997, 81 mit Anm. *Walter*, NStZ 1998, 36; BGH NStZ-RR 1999, 234 mit Bespr. *Bosch/Schindler*, Jura 2000, 77.

<sup>112</sup>BGHSt 39, 159 mit Anm. *Graul*, JR 1993, 510 und Bespr. *Schroeder*, JuS 1994, 294; BGH NStZ 1998, 352.

<sup>113</sup>BGHSt 21, 283; BGH NStZ 1984, 116; 1985, 166; eingehend *Geilen*, in: FS Lackner (1987), S. 571.

**Kontrollfragen**

68

1. Wie lässt sich der Grundgedanke der Mordmerkmale bestimmen? (Rn. 35)
2. Was besagen die Begriffe „Typenkorrektur“ und „Rechtsfolgenlösung“? (Rn. 36–38)
3. Wie werden die Merkmale der „Mordlust“ und „Habgier“ definiert? (Rn. 42, 44)
4. Was versteht man unter niedrigen Beweggründen? (Rn. 46)
5. Was bedeutet „Heimtücke“ und welche Einschränkungen werden vorgeschlagen? (Rn. 49, 54, 55)
6. Welche Möglichkeiten bestehen zur Eingrenzung der Verdeckungsabsicht? (Rn. 64–66)

**IV. Tötung auf Verlangen<sup>114</sup>**

- 69 Der Tatbestand des § 216 stellt ein privilegiertes Tötungsdelikt dar. Bei ihm wird überwiegend schon das Unrecht der Tat wegen des Rechtsgutsverzichts durch das Opfer als gemindert angesehen.<sup>115</sup> Hinzu kommt die schuld mindernde Konfliktlage, die das suizidähnliche Tötungsverlangen beim Adressaten hervorruft. Probleme ergeben sich im Verhältnis zu §§ 224, 226 (dazu § 2 Rn. 71).

**1. Tötungstäterschaft**

- 70 Der objektive Tatbestand erfordert die Tötung eines anderen Menschen. Dabei muss es sich um eine täterschaftliche **Fremdtötung** handeln, die ggf. von der strafflosen Beihilfe zum Selbstmord abzugrenzen ist; insoweit spielen vor allem die Fälle des „einseitig fehlgeschlagenen Doppelselbstmords“ eine Rolle. Nach Ansicht des BGH kann es allein darauf ankommen, wer das zum Tode führende Geschehen tatsächlich beherrscht hat (BGHSt 19, 135). Im Einzelfall sei dafür entscheidend die Art und Weise, wie der Tote über sein Schicksal verfügt hat: Gab er sich in die Hand des anderen, weil er duldend von ihm den Tod entgegennehmen wollte, dann hatte dieser die Tatherrschaft. Behielt er dagegen bis zuletzt die freie Entscheidung über sein Schicksal, dann tötete er sich selbst, wenn auch mit fremder Hilfe.

<sup>114</sup>Zum Ganzen *Roxin*, GA 2013, 313; *Kühl*, Jura 2010, 81/84 ff.; *Schroeder*, ZStW 106 (1994), 565; *Steinhilber*, JA 2010, 430.

<sup>115</sup>Vgl. *Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf*, § 3 Rn. 13; *Gössel/Dölling*, § 1 Rn. 21; *Hirsch*, in: FS Welzel (1974), S. 797.

**Beispiel**

A und seine Freundin F wollen gemeinsam aus dem Leben scheiden. A öffnet die Gashähne, während F die Türritzen verstopft. Dann legen sich beide auf das Sofa; A wird gerettet, F verstirbt. Nach dem Öffnen der Gashähne war der F immer noch die Entscheidung verblieben, sich dem in Gang gesetzten Geschehensablauf zu entziehen oder diesen zu beenden. A hat daher nicht den Tatbestand des § 216 verwirklicht, sondern strafflose Beihilfe zur Selbsttötung geleistet.

In ähnlicher Weise stellt die Literatur auf die „Herrschaft über den todbringenden Moment“ ab; ein Fall des § 216 liegt demnach vor, wenn das Opfer einem anderen den Vollzug des letzten, irreversiblen Geschehensaktes anvertraut und sich über die zum Tode führende Schwelle von fremder Hand hinüberstoßen lässt.<sup>116</sup> Generell ist entscheidend, ob dem Getöteten *nach* dem letzten Tatbeitrag des anderen noch die freie Entscheidung über Leben und Tod verbleiben soll. Konkret wäre die Grenze also beispielsweise danach zu ziehen, ob der Täter die tödliche Injektion vornimmt (§ 216) oder den Giftbecher verabreicht, den das Opfer selbst trinkt (vgl. auch OLG München NJW 1987, 2940).

Trotz dieser im Ausgangspunkt grundsätzlich bestehenden Übereinstimmung ist weiterhin streitig, ob § 216 auch durch **Unterlassen** verwirklicht werden kann. Der BGH bejaht diese Möglichkeit, wenn das Verlangen des Opfers dahin ging, seinen Tod nicht zu verhindern (BGHSt 13, 162). Demgegenüber nimmt die h. L. mit Recht an, die Einwilligungssperre des § 216<sup>117</sup> sei nur gegen *aktive* Fremdtötung gerichtet.<sup>118</sup> Diese Konsequenz folgt daraus, dass der bei freiverantwortlichem Tötungswunsch nicht eingreifende „Täter“ in Wahrheit nur strafflose Beihilfe zum Suizid leistet. Eine Unterlassungsstrafbarkeit kommt allein dann in Betracht, wenn ein Garant die auf Verlangen erfolgende Tötung durch einen Begehungstäter nicht verhindert (vgl. OLG Düsseldorf NJW 1973, 2215). Das löst freilich die dogmatisch komplexe Frage nach der Bestimmung der Beteiligung *durch* Unterlassen an einem aktiven Tun aus.<sup>119</sup>

## 2. Tatbestandsmerkmale

Die privilegierenden Umstände des § 216 bestehen in einem ausdrücklichen und ernsthaften Verlangen des Getöteten. Ein **Verlangen** bedeutet die unmissverständliche Kundgabe des Tötungsbegehrens; als qualifizierte Einwilligung setzt es mehr

<sup>116</sup>Namentlich Roxin, Täterschaft, S. 570 f.; s. auch Krey/Hellmann/Heinrich, Rn. 109; Otto, § 6 Rn. 4; Paehler, MDR 1964, 647, 648 f.

<sup>117</sup>Vertieft dazu Neumann, in: FS Kühl (2014), S. 569.

<sup>118</sup>Vgl. Eser/Sternberg-Lieben, in: Schönke/Schröder, § 216 Rn. 10; Sinn, in: SK, § 216 Rn. 17; Wessels/Hettinger, Rn. 161; ebenso jetzt Maurach/Schroeder/Maiwald, BT 1, § 2 Rn. 60.

<sup>119</sup>Instruktiv Sowada, Jura 1986, 399.



als bloßes „Einverstandensein“ voraus, nämlich eine Betätigung mit dem Ziel der Einwirkung auf den anderen (RGSt 68, 307). Es braucht nicht bedingungsfrei zu sein; erforderlich ist aber, dass es im Tatzeitpunkt noch vorliegt und die tatsächlichen Voraussetzungen, auf denen es beruhte oder an die es geknüpft war, fortbestehen.<sup>120</sup> Das Verlangen muss *ausdrücklich*, also durch Worte oder Gesten geäußert werden. Es ist *ernstlich*, wenn es auf einem freiverantwortlichen Willensentschluss beruht, der nicht unter dem Einfluss von Willensmängeln – Täuschung, Drohung oder Zwang – steht. Der seinen Tod verlangende Mensch muss dazu die Urteilskraft besitzen, um die Bedeutung und die Tragweite seines Entschlusses zu überblicken und abzuwägen; danach ist ein Tötungsverlangen in depressiver Augenblicksstimmung unbeachtlich, es sei denn, dass es gleichwohl von innerer Festigkeit und Zielstrebigkeit getragen wird (BGH NStZ 2012, 85).<sup>121</sup> Dieser gegenüber dem unfreien Suizid strengere Maßstab, lässt eher die Beachtlichkeit von Motivirrtümern zu. Selbstverständlich kann es immer nur um ein Verlangen des *Getöteten* gehen.

### Beispiel

Neffe N pflegte seinen 70jährigen bettlägerigen Onkel O. Dieser hegte Selbstmordabsichten und füllte ein starkes Betäubungsmittel in mehrere Spritzen. Den N fragte er: „Würdest Du mir helfen, die Spritze zu geben, wenn ich es nicht kann?“ Nachdem O sich einen Teil des Mittels bereits gespritzt hatte, fand N ihn schlafend auf und entschloss sich, das Leben seines Onkels zu beenden. Die Frage des O war Ausdruck eines ernsthaften Tötungswunsches, den N ggf. zum Abschluss bringen sollte. Die Umstände, unter denen an ein Eingreifen des N gedacht war, lagen vor. Somit sind die Anforderungen an ein Tötungsverlangen i. S. des § 216 erfüllt.

- 74** Der Täter muss durch das Verlangen zur Tötung **bestimmt** worden sein. Erfordert wird damit eine psychische Kausalität wie bei der Anstiftung (§ 26); dementsprechend scheidet ein Bestimmen aus, wenn der Täter schon fest zur Tat entschlossen war. Alleiniges Motiv braucht das Tötungsverlangen allerdings nicht zu sein, so dass etwaige „Nebenmotive“ – wie die Aussicht auf eine Erbschaft – mitschwingen können, sofern das Verlangen der beherrschende Tatantrieb bleibt. Es muss jedenfalls handlungsleitend sein, was der BGH im Kannibalen-Fall abgelehnt hat (BGHSt 50, 80/92).<sup>122</sup>
- 75** Der **Vorsatz** des Täters hat neben dem Tötungserfolg die besonderen Umstände des § 216 zu erfassen. Kennt er das Verlangen nicht, entfällt § 216 bereits in objektiver Hinsicht, weil er dann nicht davon „bestimmt“ worden ist. Bei irriger Annahme eines Tötungsverlangens kommt ihm die Privilegierung jedoch zugute (§ 16 II).<sup>123</sup>

<sup>120</sup>BGH NStZ 1987, 365 mit kontroversen Stellungnahmen von *Roxin*, NStZ 1987, 345; *Herzberg*, JuS 1988, 771; NStZ 1989, 559; *Hohmann/König*, NStZ 1989, 304.

<sup>121</sup>S. auch BGH NStZ 2011, 340; *Gierhake*, GA 2012, 291.

<sup>122</sup>Krit. *Scheinfeld*, GA 2007, 695.

<sup>123</sup>Näher *Küper*, Jura 2007, 260 sowie *Gierhake*, GA 2012, 291.

Wird der Täter vom sterbewilligen Opfer über dessen Tötungswunsch im Unklaren gelassen und führt den Tod ohne Vorsatz herbei, kommt eine Strafbarkeit wegen fahrlässiger Tötung (§ 222) in Betracht.<sup>124</sup> So liegt es etwa, wenn die Frau F von ihrem lebensmüden Ehemann E veranlasst wird, auf ihn zu schießen, wobei sie irrig annimmt, eine ungeladene Pistole zu verwenden. Die F ist nicht bloßes „Werkzeug“, i. S. einer mittelbaren Täterschaft, sondern hat die Handlungsherrschaft über das Geschehen inne, indem sie eigenhändig und zurechenbar den Erfolg verursacht.

Der Versuch ist strafbar (§ 216 II). Die Anstiftung durch das Opfer bleibt in diesem Falle nach den Grundsätzen der notwendigen Teilnahme straffrei.

## V. Täterschaft und Teilnahme

### 1. Qualifizierung<sup>125</sup>

Das Verhältnis von Mord und Totschlag ist seit jeher zwischen Rechtsprechung und Lehre umstritten. Der BGH betrachtet diese Delikte als zwei selbständige Tatbestände mit verschiedenem Unrechtsgehalt: Der Täter des § 211 werde „als Mörder“, derjenige des § 212 „als Totschläger“ bestraft.<sup>126</sup> Daraus zieht er den Schluss, dass die Mordmerkmale die Strafbarkeit nicht schärfen, sondern überhaupt erst *begründen*. Diese Auffassung beruht indes auf einer überholten historischen Betrachtungsweise und mitunter lässt auch der BGH Bedenken erkennen.<sup>127</sup> Ursprünglich stand zwar der Affekttotschlag neben dem Mord aus Überlegung; dieses Gegensatzpaar hatte zur Folge, dass sich die beiden Tatbestände grundsätzlich ausschlossen. Mit der Neuformulierung des Mordtatbestandes (vgl. Rn. 35) ist das Exklusivverhältnis aber hinfällig geworden.

Heute muss der Totschlag als Grunddelikt angesehen werden; der Tötung eines Menschen fügt § 211 (nur) weitere qualifizierende Merkmale hinzu. Nach einheitlicher und zutreffender Lehre stellen die Mordmerkmale deshalb *strafschärfende* Umstände dar. Ein gewisser Unterschied liegt noch darin, dass sie teilweise als spezielle Schuldmerkmale betrachtet werden; für die Strafbarkeit der Beteiligten würde dann § 29 gelten. Nach überwiegender Lehre handelt es sich jedoch um *Unrechtsmerkmale* mit der Folge, dass auf die täterbezogenen Merkmale § 28 II Anwendung

<sup>124</sup>Vgl. BGH NJW 2003, 2326 und OLG Nürnberg NJW 2003, 454; Herzberg, NStZ 2004, 1; Küpper, JuS 2004, 757; abw. Engländer, JZ 2003, 747; ders., Jura 2004, 234; Hecker/Witteck, JuS 2005, 397; Roxin, in: FS Otto (2007), S. 441; dagegen wiederum Herzberg, in: FS Puppe (2011), S. 497.

<sup>125</sup>Zu Problematik § 28 bei §§ 211, 212 vgl. Engländer, JA 2004, 410; Geppert/Schneider, Jura 1986, 106; Gropp, in: FS Seebode (2008), S. 125; Küpper, JuS 1991, 639 sowie BGHSt 50, 1/5 f. (!)

<sup>126</sup>BGHSt 1, 368/370 ff.; 22, 375/377; BGH NJW 2005, 997 mit Anm. Puppe, JZ 2005, 902; eingehende Analyse bei Küper, JZ 1991, 761, 862, 910; zum Grundtatbestand der Tötungsdelikte s. auch Kargl, JZ 2003, 1141.

<sup>127</sup>Dazu Gropp, in: FS Seebode (2008), S. 125.

findet.<sup>128</sup> Die didaktische Schwierigkeit besteht darin zu verdeutlichen, dass der tatbestandsverschiebende Effekt des § 28 II keine Besonderheit von §§ 211, 212 ist, sondern überall dort zum Zuge kommt, wo ein bpM Tatbestandsmerkmal eines Qualifikations- oder Privilegierungstatbestandes ist. Hier indessen geht es nicht um die Existenz dieses akzessorietätslockernden Effektes, sondern darum, ob § 28 II StGB tatbestandlich gegeben ist. Das ist nur der Fall, wenn § 211 die Qualifikation des § 212 ist (h.L.) und nicht etwa eine Norm mit eigenständigem Unwert (BGH). Im Einzelnen hat der Meinungsstreit zwischen BGH und h. L. folgende Auswirkungen auf die Beteiligungsfrage:

- 80 Übereinstimmend wird zunächst die Möglichkeit bejaht, dass Mord und Totschlag in **Mittäterschaft** begangen werden können. Für die h. L. ergibt sich hier kein besonderes Problem: Bei täterbezogenen Merkmalen ist § 28 II anzuwenden, so dass der eine Beteiligte Täter des Mordes, der andere des Totschlags sein kann. Der BGH hatte früher Bedenken geäußert, weil er meinte, von Mittäterschaft könne nur bei Verwirklichung desselben Grundtatbestandes gesprochen werden (BGHSt 6, 329). Inzwischen geht er davon aus, dass die vorsätzliche Tötung (§ 212) vollständig in § 211 enthalten sei; es handele sich somit auch bei angenommener rechtlicher Selbständigkeit nicht um zwei völlig verschiedene Taten.<sup>129</sup> Das Verhalten von Mörder und Totschläger betreffe demzufolge, soweit sie gemeinsam einen Menschen getötet haben, die gleiche Straftat i. S. des § 25 II. Dies ist immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung.

### Beispiel

Die Mutter M überredete ihren Sohn S, gemeinsam die Tante T, an deren Geld sie kommen wollte, zu töten. Unter Anleitung und Überwachung durch M erschlug S die schlafende Tante. Habgier und Heimtücke lagen bei S nicht vor, weil es ihm weder um das Geld ging noch ihm bewusst war, gerade den Schlaf des Opfers zur Tatbegehung auszunutzen. S ist eigenhändiger Täter eines Totschlags. Da M das Geschehen von Anfang bis Ende in Händen hielt, besaß auch sie Tatherrschaft. Sie ist demnach wegen mittäterschaftlich begangenen Mordes zu bestrafen.

- 81 Relevant bleibt die Streitfrage bei der **Teilnahme** im Hinblick auf § 28. Diese Vorschrift setzt insgesamt voraus, dass besondere *persönliche* Merkmale vorliegen. Diesbezüglich ist zu differenzieren: Die Mordmerkmale der 2. Gruppe betreffen die Art der Ausführung, sind also tatbezogen; dem Beteiligten fallen sie zur Last, wenn er sie in seinen Vorsatz aufgenommen hat. Die übrigen Merkmale (1. und 3.

<sup>128</sup>Vgl. Sinn, in: SK, § 211 Rn. 2 ff.; Jähnke, in: LK, Vor § 211 Rn. 46 ff.; Maurach/Schroeder/Maiwald, BT 1, § 2 Rn. 23; abw. Schmidhäuser, Kap. 2 Rn. 32.

<sup>129</sup>BGHSt 36, 231 mit Anm. Beulke, NStZ 1990, 278 und Bespr. Küpper, JuS 1991, 639.

Gruppe) sind täterbezogen; fraglich ist dann weiter, ob § 28 I oder § 28 II Anwendung findet. Hier kommen zwei Konstellationen in Betracht.

- (1) Der Täter A verwirklicht ein Mordmerkmal, das beim Teilnehmer B fehlt. Die Heranziehung des § 28 I führt nur zu einer Strafmilderung. Nach § 28 II gelten die Umstände jeweils für den Beteiligten, bei dem sie vorliegen; es tritt also eine Tatbestandsverschiebung ein.

–BGH: A → § 211; B → §§ 211, 26/27, 28 I

–Lehre: A → § 211; B → §§ 212, 26/27, 28 II

- (2) Der Täter begeht einen Totschlag, bei dem Teilnehmer liegt ein Mordmerkmal vor. Der BGH stößt hier auf das Problem, dass § 28 I lediglich das *Fehlen* von persönlichen Merkmalen beim Teilnehmer regelt, nicht deren Vorliegen; aus Akzessorietätsgründen kann er daher nur wegen Anstiftung oder Beihilfe zum Totschlag bestraft werden (BGHSt 1, 368; 50, 1/6). Demgegenüber erstreckt sich der Anwendungsbereich des § 28 II sowohl auf den Täter als auch den Teilnehmer.

–BGH: A → § 212; B → §§ 212, 26/27

–Lehre: A → § 212; B → §§ 211, 26/27, 28 II

Eine gewisse Übereinstimmung ergibt sich für den Fall, dass *beiden* Beteiligten ein Mordmerkmal zur Last fällt, sei es auch verschiedener Natur; man spricht insoweit von „gekreuzten“ Mordmerkmalen.<sup>130</sup> Der BGH versagt dem Teilnehmer jedenfalls dann die Strafmilderung gem. § 28 I, wenn bei ihm ein persönliches Mordmerkmal „gleicher Art“ wie bei dem Täter vorliegt (BGHSt 23, 39). Da er allerdings auch die Merkmale der 3. Gruppe als Anwendungsfälle der niedrigen Beweggründe ansieht, kommt dieses Ergebnis praktisch bei allen täterbezogenen Mordmerkmalen in Betracht. Für die h. L. lässt es sich wiederum zwanglos aus § 28 II herleiten.

–BGH: A → § 211; B → §§ 211, 26/27 [28 I (-)]

–Lehre: A → § 211; B → §§ 212, 26/27, 28 II

Unterschiede ergeben sich auf der Ebene der Kenntnis. Aus der Sicht des BGH handelt es sich bei dem täterbezogenen Mordmerkmal um einen Teil jener Haupttat, die der Vorsatz des Teilnehmers gem. § 16 Abs. 1 S. 1 vollständig umfassen muss (BGHSt 50, 1/5). Für die h.L. kommt es für die Bestimmung der maßgeblichen Haupttat indessen auf eine solche Kenntnis deshalb nicht an, weil es gem. § 28 Abs. 2 auf das Vorhandensein eines täterbezogenen Mordmerkmals des anderen nicht ankommt. Haben also beide ein solches Mordmerkmal, hat der Hintermann von demjenigen des Vordermannes aber keine Kenntnis,<sup>131</sup> dann gilt:

–BGH: A → § 211; B → §§ 212, 26/27, 16 I S. 1

–Lehre: A → § 211; B → §§ 211, 26/27, 28 II

<sup>130</sup>Näher dazu Arzt, JZ 1973, 681; Schünemann, in: LK, § 28 Rn. 65; Vietze, Jura 2003, 394.

<sup>131</sup>Zu Folgen hieraus für die Rspr. auf der Ebene des § 30 vgl. BGHSt 50, 1 (LS 3) u. S. 10 sowie die Kritik von Jäger, JR 2005, 477 u. Puppe, JZ 2005, 902.

## 2. Privilegierung

**86** Während die Rechtsprechung § 216 als selbständigen Tatbestand beurteilt (BGHSt 13, 162/165), wird in der Literatur überwiegend von einer unselbständigen Abwandlung des Totschlags ausgegangen.<sup>132</sup> Die Privilegierung kommt jedenfalls nur dem gesetzlich umschriebenen Personenkreis zugute, namentlich dem Adressaten des Tötungsverlangens. Die Sondereigenschaft kann als strafmilderndes täterbezogenes Merkmal (§ 28 II) angesehen werden und gilt demgemäß nur für denjenigen, bei dem sie vorliegt; betrachtet man sie lediglich als Schuldmerkmal, so führt § 29 zum selben Ergebnis. Daraus ergibt sich Folgendes:<sup>133</sup>

**87** Bei der Tötung auf Verlangen sind grundsätzlich alle Beteiligungsformen möglich. Eine Mittäterschaft kann vorliegen, wenn sich das Tötungsverlangen an mehrere Personen richtet. Auch Anstiftung ist denkbar; als Beispiel dient der Fall, dass ein Arzt durch Angehörige des Opfers veranlasst wird, dem Sterbewunsch nachzukommen. Zugunsten des Gehilfen greift § 216 (nur) ein, falls auch er durch das Verlangen bestimmt wurde; ansonsten ist er nach § 212 strafbar.

Eine Verurteilung aus § 211 kann bei täterbezogenen Merkmalen im Wege des § 28 II erfolgen, bei tatbezogenen Umständen, wenn diese vom Täter – für den die Sperrwirkung der Privilegierung eingreift – verwirklicht und vom Gehilfenvorsatz umfasst werden.

### Kontrollfragen

1. Wie wird das systematische Verhältnis von Mord und Totschlag beurteilt? (Rn. 78, 79)
2. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Täterschaft und Teilnahme? (Rn. 83–85)
3. Wie lassen sich Grundgedanke und Tatbestandsnatur der privilegierten Tötungsdelikte bestimmen? (Rn. 69, 86)
4. Wonach richtet sich die Beteiligung Außenstehender? (Rn. 87)

## VI. Fahrlässige Tötung

**88** Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird nach § 222 bestraft. Die hier auftretenden Fragen der Erfolgszurechnung (insb. Pflichtwidrigkeitszusammenhang, Schutzzweck der Norm und Vorhersehbarkeit)<sup>134</sup> sind dem Allgemeinen Teil zuzuordnen. Insoweit kann auf das diesbezügliche Lehrbuch verwiesen werden. Auf der vorgelagerten Ebene der kausalen Handlung, in welcher

<sup>132</sup>Vgl. Gössel/Dölling, § 1 Rn. 7; Maurach/Schroeder/Maiwald, BT 1, § 2 Rn. 5; Welzel, § 38 IV.

<sup>133</sup>Zum Ganzen Engländer, in: FS Krey (2010), S. 71.

<sup>134</sup>BGH NStZ 2012, 2453 [Brechmitteleinsatz]; BGHSt 51, 18 [Tod eines Kindes durch Speisesalz].

dann der Sorgfaltsverstoß zu verorten ist, muss zunächst aktives Tun vom Unterlassen abgegrenzt werden.

### Beispiel

Der A war in einer LKW-Werkstatt für die Wartung, insbesondere die Prüfung der Funktionstüchtigkeit der Bremsen verantwortlich. Weil er bei einem LKW keine Sichtprüfung der nahezu völlig abgefahrenen Bremsbeläge vornahm, blieb dies unbemerkt, der LKW verunfallte, wobei der Fahrer und zwei unbeteiligte Personen starben. Der BGH (BGHSt 52, 159) hat zutreffend ein Unterlassen bei einer Garantenpflicht aus tatsächlicher Gewährübernahme angenommen. Wenn der Defekt indes auf einer unsachgemäßen Montage beruht hätte, würde es sich um aktives Tun handeln, wobei die Nichtvornahme der ordnungsgemäßen Montage die in der aktiven Handlung liegende Sorgfaltspflichtverletzung wäre.

Erhebliche Bedeutung hat bei § 222 das Problem der **Selbstschädigung** bzw. Selbstgefährdung des Opfers.<sup>135</sup> Die Beurteilung der Verantwortungsverteilung zwischen dem Rechtsgutsträger und einem anderen vollzieht sich in mehreren Schritten. Im Ausgangspunkt unstrittig ist, dass sich nicht strafbar macht, wer fahrlässig den Tod eines Suizidenten mitverursacht (BGHSt 24, 342). Denn sonst käme es zu dem Wertungswiderspruch, dass der bloß fahrlässig Handelnde strenger beurteilt würde als der Vorsatztäter. Entsprechendes gilt für den gemeinschaftlichen Rauschgiftkonsum: Eigenverantwortlich gewollte und verwirklichte Selbstgefährdungen unterfallen nicht dem Tatbestand eines (fahrlässigen) Tötungsdelikts.<sup>136</sup> Die Abgrenzung verläuft im Grunde ebenso wie bei § 216 StGB anhand der Herrschaft über den Geschehensablauf, jedoch mit dem Unterschied, dass keiner der Beteiligten Tötungsvorsatz hat (BGHSt 53, 55/59 ff.). Hier wie dort ist die gemeinsame Gefährdung problematisch.

89

### Beispiel

Zwei Pkw mit je einem Fahrer (F1/2) und einem Beifahrer (B1/2) führen unter Bruch zahlreicher Verkehrsregeln in einem Geschehen verschiedene Beschleunigungstests bzw. ein Autorennen durch. Die B1/2 filmen, feuern an und geben Startzeichen. F2 gerät dabei ins Schleudern und B2 stirbt. Der BGH (BGHSt 53, 55)<sup>137</sup> nimmt zutreffend Fremdgefährdung der Beifahrer durch F1 und F2 an, die für B2 zum Tod führte, ohne dass eine wirksame Einwilligung vorliegt (dazu sogleich). Wenn hingegen nicht B2, sondern F2 verstorben wäre, würde dieser

<sup>135</sup>Ausführlich *Beulke*, in: FS Otto (2007), S. 207; *Duttge*, in: FS Otto (2007), S. 227.

<sup>136</sup>BGHSt 32, 262 mit Anm. *Horn*, JR 1984, 513; *Kienapfel*, JZ 1984, 751; *Roxin*, NStZ 1984, 411 und Bespr. *Otto*, Jura 1984, 536.

<sup>137</sup>S. dazu *Dölling*, in: FS Geppert (2011), S. 53; *Duttge*, NStZ 2009, 690; *Puppe*, GA 2009, 486; *Renzikowski*, HRRS 2009, 347; *Roxin*, JZ 2009, 399; *ders.*, GA 2012, 655 sowie als Übungsklausur *Hinderer/Brutscher*, JA 2011, 907.

sich selbst gefährdet haben und F1 wäre – wie bei einem gemeinschaftlich unternehmenen Doppelselbstmord auch (Rn. 71) – straflos (tendenziell wohl auch BGHSt 53, 55/62).<sup>138</sup>

**90** Wenn es sich um eine Selbstgefährdung handelt, ist fraglich, weshalb es zu dieser gekommen ist. Die Strafbarkeit des anderen beginnt grundsätzlich erst dort, wo der sich Beteiligende kraft überlegenen Sachwissens das Risiko besser erfasst als der sich selbst Gefährdende. Die Grenze ist also nach den Grundsätzen der mittelbaren Täterschaft zu bestimmen. Die Einzelheiten sind Gegenstand des Allgemeinen Teils, wogegen hier einige Besonderheiten hervorzuheben sind.

**91** In den „Heroinfällen“ hat der BGH gleichwohl eine Strafbarkeit in Betracht gezogen:<sup>139</sup> Nach Eintritt der Gefahrenlage treffe den Täter eine Pflicht zum Handeln, deren *Unterlassen* unter dem Gesichtspunkt eines Tötungsdelikts zu prüfen sei, wenn durch das Herbeirufen eines Arztes der Todesgefahr wirksam hätte begegnet werden können. Die erforderliche Garantenstellung soll sich aus pflichtwidrigem Vorverhalten, nämlich dem – gem. § 29 I BtMG strafbaren – Überlassen des Rauschgifts ergeben. Dagegen wird eingewandt, dass damit die für das Begehungsdelikt angenommene Strafflosigkeit auf einem Umweg wieder aufgehoben werde. Mit der eigenverantwortlichen Selbstgefährdung habe der Drogenkonsument den Lieferanten jedoch aus der Verantwortung für das weitere Geschehen entlassen. Auch könne derjenige, der in rechtlich unverbotener Weise an einer Selbstgefährdung mitwirkt, nicht dadurch in eine Garantenposition einrücken, dass die besondere Form der Mitwirkungshandlung unter Strafe steht.<sup>140</sup> In einer späteren Entscheidung hat der BGH betont, der Schutzzweck der Vorschriften des Betäubungsmittelrechts verlange eine Einschränkung des Prinzips der Selbstverantwortung. Da der zu verhindernde Konsum in aller Regel eine Selbstgefährdung bedeutet, könne dieser Gesichtspunkt zur Normbegrenzung nicht herangezogen werden.<sup>141</sup> Das Urteil betrifft allerdings nicht § 222, sondern die Bestimmungen des einschlägigen Nebenstrafrechts (vgl. § 30 I Nr. 3 BtMG). § 222 greife hingegen, wenn die Selbstverantwortlichkeit des Konsumenten durch einen – sorgfaltswidrig nicht verhinderten – Irrtum über den Wirkstoff beeinträchtigt wird (BGHSt 53, 288). Von § 30 I Nr. 3 BtMG soll dann wiederum eine Ausnahme für einen „Freitodbegleiter“ gelten: Das Überlassen eines Betäubungsmittels zum Suizid an einen unheilbar Schwerstkranken erfülle nicht den Tatbestand der Betäubungsmittelüberlassung mit leichtfertiger

<sup>138</sup>A.A. Eisele, in: FS Kühl (2014), S. 159/166; entsprechend im Zivilverfahren des F2 gegen F1 OLG Karlsruhe NJW 2012, 3447/3449 f.

<sup>139</sup>Zum Ganzen Sternberg-Lieben, in: FS Puppe (2011), S. 1283.

<sup>140</sup>Vgl. BGH NStZ 1984, 452 mit Anm. Fünfsinn, StV 1985, 57 und Bespr. Stree, JuS 1985, 179; BGH BGHSt 33, 66 mit Anm. Roxin.

<sup>141</sup>BGHSt 37, 179 mit Anm. Beulke/Schröder, NStZ 1991, 393 und Rudolphi, JZ 1991, 572; ebenso BGH JR 2001, 246 mit Anm. Renzikowski u. Hardtung, NStZ 2001, 206.



Todesverursachung.<sup>142</sup> Insoweit wird aus dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit eine teleologische Reduktion des Leichtfertigkeitssmerkmals hergeleitet.

In anders gelagerten Fällen sind weitere Korrekturen nicht ausgeschlossen. So hat der BGH im Hinblick auf das Opferverhalten bei einer Brandstiftung dem Täter den Todeserfolg als fahrlässige Tötung zugerechnet: Einer Einschränkung des Grundsatzes der Straffreiheit wegen bewusster Selbstgefährdung des Opfers bedürfte es insbesondere dann, wenn der Täter durch seine deliktische Handlung die naheliegende Möglichkeit einer solchen Selbstgefährdung dadurch schafft, dass er ohne Mitwirkung und ohne Einverständnis des Opfers eine erhebliche Gefahr für ein Rechtsgut des Opfers oder ihm nahestehende Personen begründet und damit für dieses ein einsichtiges Motiv für gefährliche Rettungsmaßnahmen schafft;<sup>143</sup> was indes bei Inkaufnahme offensichtlich unvernünftiger Risiken eine Grenze findet.<sup>144</sup> Nähere Einzelheiten gehören wiederum zur Materie des Allgemeinen Teils.

Schließlich ist die Frage nach der Einwilligung in die Fremdgefährdung problematisch.<sup>145</sup> Für die vorsätzliche Fremdtötung schließt § 216 eine rechtfertigende Einwilligung aus. Die vorsätzliche Körperverletzung aber ist gem. § 228 der Einwilligung grundsätzlich zugänglich, fraglich ist das aber bei Körperverletzungen, die zum Zwecke der (einvernehmlichen) Tötung vorgenommen werden (s. § 2 Rn. 71). Zu § 222 besteht Streit.

### Beispiel

- (1) Der etwas angetrunkene A nimmt nachts und ohne Licht auf dessen Bitte den B auf dem Gepäckträger seines Fahrrades mit, gerät ins Straucheln und B stürzt tödlich.
- (2) Im Fall des o.g. Autorennens sitzt B2 freiwillig im Wagen und kommt zu Tode.
- (3) A unterzieht sich nach ordnungsgemäßer Belehrung einer hoch riskanten Herzoperation, die er nicht überlebt.

In allen Fällen hat der Verletzte in die Gefahr eingewilligt. Der BGH lässt eine Einwilligung grundsätzlich zu, nimmt aber bei einer konkreten Lebensgefahr grundsätzlich Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit an (BGHSt 53, 55/62), was bei medizinischen Eingriffen aufgrund ihres Zwecks anders zu beurteilen ist.<sup>146</sup>

<sup>142</sup>BGHSt 46, 279 mit Anm. *Duttge*, NStZ 2001, 546 und *Sternberg-Lieben*, JZ 2002, 153.

<sup>143</sup>BGHSt 39, 322 mit Bespr. *Dersken*, NJW 1995, 240 und *Bernsmann/Zieschang*, JuS 1995, 775; vgl. auch OLG Celle NJW 2001, 2816 (Operationsverweigerung).

<sup>144</sup>OLG Stuttgart NStZ 2009, 331 m. krit. Anm. *Puppe*.

<sup>145</sup>Zum Ganzen *Murmann*, in: FS *Puppe* (2011), S. 767; *Stratenwerth*, in: FS *Puppe* (2011), S. 1017.

<sup>146</sup>Instruktiv *Mitsch*, in: AnwK-StGB, § 222 Rn. 14 sowie die oben zu BGHSt 53, 55 zitierten Nachweise; vertieft zur lebensgefährlichen Operation *Krell*, medstra 2017, 3 ff.

## VII. Aussetzung

- 94 Bei § 221<sup>147</sup> handelt es sich um ein konkretes Gefährdungsdelikt. Das 6. StrRG hat klargestellt, dass als Rechtsgut neben dem Leben auch die körperliche Unversehrtheit anzusehen ist; allerdings wird der tatbestandliche Anwendungsbereich auf die Gefahr einer *schweren* Gesundheitsschädigung des Opfers beschränkt. Der geschützte Personenkreis unterliegt keiner Einschränkung mehr: Während es historisch um ein Delikt der Kindesaussetzung ging (vgl. jetzt noch Abs. 2 Nr. 1), musste bis zur letzten Änderung jedenfalls eine „hilflose Person“ betroffen sein. Nach Ansicht des Gesetzgebers bedürfen jedoch auch Erwachsene und gesunde Personen des Schutzes gegen Aussetzung, z. B. der ortsunkundige Bergsteiger, den der Bergführer im einsamen Hochgebirge allein zurücklässt (BT-Drucks. 13/8587, S. 34).

### 1. Grundtatbestand

- 95 Die Tatmodalitäten des § 221 I unterscheiden sich nach dem Entstehungsgrund der Situation des Opfers: Im Falle der Nr. 1 führt der Täter die hilflose Lage herbei, während er sie bei Nr. 2 bereits vorfindet.<sup>148</sup> Nur für das Imstichlassen ist außerdem eine Obhutspflicht erforderlich. Die Tathandlung muss jeweils einen Gefährdungserfolg bewirken.
- 96 Durch das **Versetzen** (§ 221 I Nr. 1) wird ein Mensch von einer bisher sicheren in eine hilflose Lage gebracht. Es entsteht also ein Zustand der Hilfsbedürftigkeit, in dem sich das Opfer aus eigener Kraft nicht gegen mögliche Lebens- oder Leibesgefahren zu schützen vermag.<sup>149</sup> In einer hilflosen Lage ist mithin, wer der abstrakten Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung ohne die Möglichkeit eigener oder fremder Hilfe ausgesetzt ist; Hilflosigkeit definiert sich hier demnach als das Fehlen hypothetisch rettungsgeeigneter sächlicher Faktoren oder hilfsfähiger (und generell auch hilfsbereiter) Personen (BGH NStZ 2008, 395). Damit sich § 221 n. F. nicht zu einem konturenlosen allgemeinen Gefährdungsdelikt entwickelt, wird man eine gewisse Dauer und Stabilisierung der eingetretenen Situation verlangen müssen.<sup>150</sup> Daran würde es bei Augenblicksgefahren fehlen, wie etwa Steinwürfen von der Autobahnbrücke. Die Tat kann auch durch ein Unterlassen (§ 13) begangen werden, indem ein Garant die Entstehung der hilflosen Lage nicht verhindert.

<sup>147</sup>Zum Ganzen *Ebel*, NStZ 2002, 404; *Hacker/Lautner*, Jura 2006, 274; *Heger*, ZStW 119 (2007), 593; *Küper*, ZStW 111 (1999), 30; *Ladiges*, JuS 2012, 687; *Sternberg-Lieben/Fisch*, Jura 1999, 45; *Wengenroth*, JA 2012, 584.

<sup>148</sup>*Jähnke*, in: LK, § 221 Rn. 2; *Wessels/Hettinger*, Rn. 199.

<sup>149</sup>Vgl. *Horn/Wolters*, in: SK, § 221 Rn. 3; *Rengier*, § 10 Rn. 4.

<sup>150</sup>Zutr. *Sternberg-Lieben/Fisch*, Jura 1999, 45, 46; *Neumann*, in: NK, § 221 Rn. 7; eingehend *Ebel*, NStZ 2002, 404.

Während das „Aussetzen“ (§ 221 a. F.) eine räumliche Trennung verlangte, ist dieses Erfordernis im Hinblick auf das „Versetzen“ (§ 221 n. F.) fraglich geworden. Ein Teil der Literatur hält daran fest, dass die Tathandlung ein Verbringen des Opfers an einen anderen Ort umschreibt.<sup>151</sup> Demgegenüber sehen die h. L. und der BGH (BGHSt 52, 153)<sup>152</sup> eine Veränderung des Aufenthaltsortes nicht mehr als erforderlich an, wenngleich es die regelmäßige und typische Erscheinungsform („verdeckter Regeltypus“) des Delikts bleibe.<sup>153</sup> Dafür spricht – neben dem Gesetzeswortlaut – auch die damit einhergehende Harmonisierung beider Tatbestandsalternativen, weil für das „Imstichlassen“ unstreitig keine Ortsveränderung verlangt wird (vgl. Rn. 99). Ein Versetzen in eine hilflose Lage kann demnach durch nötige Einwirkung auf das Opfer oder hilfsbereite Dritte erfolgen, darüber hinaus durch Beseitigung sächlicher Hilfsmittel.

Das **Imstichlassen** in hilfloser Lage (§ 221 I Nr. 2) setzt zunächst eine Obhuts- oder Beistandspflicht des Täters voraus. Diese bestimmt sich nach den Grundsätzen, die für eine Garantenstellung beim unechten Unterlassungsdelikt gelten,<sup>154</sup> doch ist für das echte Unterlassungsdelikt keine Strafmilderung gem. § 13 II möglich (BGHSt 57, 28).<sup>155</sup> Die Pflicht folgt etwa aus Gesetz, Gewährübernahme oder pflichtwidrigem Vorverhalten (Ingerenz). Für die Annahme eines Obhutsverhältnisses ist allerdings Zurückhaltung geboten: Allein daraus, dass jemand einem anderen zu helfen versucht, ergibt sich noch keine Garantenpflicht. Diese entsteht erst, wenn der Helfer die Situation des Hilfsbedürftigen wesentlich verändert hat.<sup>156</sup> Es muss eine Verschlechterung der Lage eintreten, die sich im Gefährdungserfolg realisiert.

### Beispiel

Nach einem gemeinsamen Zechgelage ist B stark angetrunken. A führt ihn hinaus, lehnt ihn an die Hauswand und kehrt in die Gaststätte zurück. B verliert den Halt und torkelt auf die Fahrbahn, wo er niederfällt und liegenbleibt. Die bloße „Zechgemeinschaft“ zwischen A und B begründet noch keine Garantenstellung. Mit dem Hinausbegleiten hat A jedoch eine gesteigerte Obhutspflicht übernommen, so dass er kraft Gewährübernahme zum Garanten für die Sicherheit des B geworden ist (vgl. BGHSt 26, 35/39).

<sup>151</sup>Vgl. *Hohmann/Sander*, § 5 Rn. 4; *Krey/Hellmann/Heinrich*, Rn. 130; *Nolte*, in: *Bochumer Erläuterungen*, S. 30; unentschieden *Struensee*, in: *Einführung*, 2. Teil, Rn. 30 ff.

<sup>152</sup>M. Anm. *Hardtung*, JZ 2008, 953.

<sup>153</sup>Vgl. *Küper*, ZStW 111 (1999), 30, 40 ff.; *Otto*, § 10 Rn. 2; *Rengier*, § 10 Rn. 7 ff.; *Fischer*, § 221 Rn. 8; *Krey/Hellmann/Heinrich*, Rn. 130.

<sup>154</sup>BGHSt 25, 218/220; 26, 35/37; *Wessels/Hettinger*, Rn. 202.

<sup>155</sup>Diff. dazu *Jäger*, JA 2012, 154; *Krüger/Wengenroth*, NStZ 2013, 101; *Momsen*, StV 2013, 54.

<sup>156</sup>OLG Stuttgart NStZ 2009, 102 sowie bereits BGH NJW 1993, 2628 mit Anm. *Hoyer*, NStZ 1994, 85 und Bespr. *Mitsch*, JuS 1994, 555.

- 99** Der Begriff des Imstichlassens bringt zum Ausdruck, dass diese Ausführungsart nicht nur durch das räumliche Verlassen, sondern auch dadurch verwirklicht werden kann, dass der Beistandspflichtige sich der Hilfeleistung vorsätzlich entzieht, also untätig bleibt.<sup>157</sup> Ebenfalls erfasst wird die Nichtrückkehr des Garanten zum Hilfsbedürftigen, nachdem jener sich zunächst straflos entfernt hat.

#### Beispiel

Die alleinstehende Mutter M versorgt ihr Kleinkind K für eine Nacht und lässt es allein in der verschlossenen Wohnung zurück. Am nächsten Morgen beschließt sie, noch länger abwesend zu bleiben. Als sie einige Tage später zurückkehrt, ist K halb verhungert. Eine Aussetzung durch positives Tun liegt nicht vor; im Zeitpunkt des Verlassens fehlt es (noch) an der hilflosen Lage, zumindest am Gefährdungsvorsatz. Strafbare ist aber die nicht rechtzeitige Rückkehr zum gefährdeten Schützling (vgl. BGHSt 21, 44).

- 100** Infolge der Tathandlung („dadurch“) muss die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung entstehen. Dafür genügt auch die Intensivierung einer bereits vorhandenen Gefahr.<sup>158</sup> Der Begriff der *schweren Gesundheitsschädigung* umfasst zumindest die in § 226 genannten Folgen, geht aber darüber noch hinaus. Es reicht z. B. aus, dass das Opfer in eine ernste langwierige Krankheit verfällt oder seine Arbeitskraft erheblich beeinträchtigt wird.<sup>159</sup> Außerdem werden auch Schädigungen der inneren Organe (z. B. Niere, Lunge) erfasst (and. bei § 226, s. § 2 Rn. 22). Entscheidend ist eine dauernde Beeinträchtigung, die dem Gewicht des § 226 vergleichbar ist. Wegen des Merkmals der „Dauer“ steht auch die schwere Gesundheitsschädigung in Exklusivität zum Tod, setzt also ein zumindest vorübergehendes Weiterleben voraus. Darauf muss sich auch der (Gefährdungs-)Vorsatz erstrecken.
- 101** Die Begehungsweisen des Abs. 1 können gemeinsam vorliegen: Häufig wird zunächst ein Versetzen und sodann ein Imstichlassen gegeben sein, wobei sich die Obhutspflicht aus Ingerenz herleitet. In diesen Fällen tritt die Nr. 2 im Wege der Konsumtion hinter Nr. 1 zurück, weil das Verlassen des ausgesetzten Opfers eine typische Begleiterscheinung des vorherigen Verhaltens darstellt.<sup>160</sup> Zu beachten bleibt allerdings, dass die Aussetzung ein Vorsatzdelikt ist. Führt also der Täter die hilflose Lage anfangs nur fahrlässig herbei, z. B. durch einen Verkehrsunfall, kommt allein § 221 I Nr. 2 zur Anwendung.

<sup>157</sup>BT-Drucks. 13/8587, S. 34; Küper/Zopfs, Rn. 348; and. noch BGHSt 38, 78 zum Merkmal des „Verlassens“ in § 221 a. F.

<sup>158</sup>OLG Zweibrücken NJW 1998, 841; Jähnke, in: LK, § 221 Rn. 9.

<sup>159</sup>So BT-Drucks. 13/8587, S. 28; weiter präzisierend Schroth, NJW 1998, 2861/2865.

<sup>160</sup>Vgl. Hardtung, in: MK, § 221 Rn. 48; Jäger, JuS 2000, 31/33; Hacker/Lautner, Jura 2006, 274/278 ff.; and. Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf, § 36 Rn. 8.

## 2. Qualifizierungen

Die Strafdrohung erhöht sich, wenn der Täter die Tat gegen sein Kind oder eine Person begeht, die ihm zur Erziehung oder zur Betreuung in der Lebensführung – z. B. Pflegeeltern – anvertraut ist (§ 221 II Nr. 1); eine Altersbegrenzung fehlt. Dieselbe Strafe tritt ein, wenn durch die Tat eine schwere Gesundheitsschädigung des Opfers verursacht wird (§ 221 II Nr. 2); hier realisiert sich also die im Grundtatbestand vorausgesetzte Gefahr.

102

Verursacht der Täter durch die Tat den Tod des Opfers und fällt ihm insoweit wenigstens Fahrlässigkeit zur Last (§ 18), so greift die Strafschärfung des § 221 III ein. Die Qualifikation setzt voraus, dass sich in der schweren Folge gerade das dem Aussetzungstatbestand eigentümliche Risiko niedergeschlagen hat.<sup>161</sup> Dieses besteht darin, dass das Opfer in der hilflosen Lage unfähig ist, drohenden Lebensgefahren von sich aus zu begegnen. Von daher kommt als Anknüpfungspunkt nur das *vollendete* Grunddelikt in Betracht. Gegenüber § 222 ist § 221 III das speziellere Delikt. Handelt der Täter mit Tötungsvorsatz, dann tritt das Gefährdungsdelikt subsidiär hinter dem – vollendeten oder versuchten – Verletzungsdelikt zurück.<sup>162</sup>

103

### Kontrollfragen

1. Wonach unterscheiden sich die Tatmodalitäten des § 221 I? (Rn. 95)
2. Was versteht man unter einer hilflosen Lage? (Rn. 96)
3. Welche Anforderungen werden an das „Versetzen“ und „Imstichlassen“ gestellt? (Rn. 97, 99)
4. Woraus folgt die Obhutspflicht des § 221 I Nr. 2? (Rn. 98)

## VIII. Schwangerschaftsabbruch

### 1. Reformgeschichte

In der ursprünglichen Fassung stellte § 218<sup>163</sup> ein Verbrechen dar. Später wurde der Deliktscharakter nach „Fremdabtreibung“ und „Selbstabtreibung“ abgestuft. Durch das 1. StrRG 1969 ist der Schwangerschaftsabbruch insgesamt als Vergehen ausgestaltet worden. Ausnahmen von der Strafbarkeit waren nicht vorgesehen; lediglich die medizinische Indikation hatte die Rspr. als übergesetzlichen rechtfertigenden Notstand anerkannt (RGSt 61, 242).

104

<sup>161</sup>BGH NSTZ 1983, 424; *Küpper*, Zusammenhang, S. 102 ff.

<sup>162</sup>BGHSt 4, 113; BGH NSTZ-RR 1996, 131; s. auch BGH JR 1999, 294 mit Bespr. *Stein*, JR 1999, 265.

<sup>163</sup>Zum Ganzen *Otto*, Jura 1996, 135; *Roxin*, JA 1981, 542; *Satzger*, Jura 2008, 424 sowie in der Examensklausur *Hillenkamp*, JuS 2014, 924.

**105** Die langwierigen Reformüberlegungen gingen durchweg dahin, in gewissen Fällen einen legalen Abbruch der Schwangerschaft zu ermöglichen. Mit der **Fristenlösung** (5. StrRG 1974) sollte die Abtreibung innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen freigegeben werden. Sie wurde jedoch vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt (BVerfGE 39, 1): Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben stehe als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung. Die Schutzpflicht gebiete dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen. Der Lebensschutz dürfe nicht für eine bestimmte Frist außer Kraft gesetzt werden.

**106** Gemäß der daraufhin geschaffenen, zeitlich abgestuften **Indikationenregelung** (15. StÄG 1976) war der Schwangerschaftsabbruch durch einen Arzt nicht strafbar im Falle einer

*medizinischen* Indikation = Gefahr für das Leben oder Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes der Schwangeren;

*embryopathischen* Indikation = Annahme einer nicht behebbaren Schädigung des Kindes infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt;

*kriminologischen* Indikation = Beruhen der Schwangerschaft auf einer rechtswidrigen Tat nach den §§ 176 bis 179;

*sozialen* Indikation = Gefahr einer schwerwiegenden Notlage, die nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann.

**107** Nach der Wiedervereinigung blieb auf dem Gebiet der ehemaligen DDR das dort vorhandene Fristenmodell weiterhin bestehen. Art. 31 IV des Einigungsvertrages verpflichtete den gesamtdeutschen Gesetzgeber, eine Regelung zu treffen, die den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen besser als bisher gewährleistet. Durch das Schwangeren- und Familienhilfegesetz (SFHG 1992) wurde eine Fristenlösung mit Beratungspflicht eingeführt. Danach sollte der Schwangerschaftsabbruch *nicht rechtswidrig* sein, wenn die Schwangere sich vor dem Eingriff hat beraten lassen und seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind. Auch diese Regelung ist vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden (BVerfGE 88, 203): Der Schwangerschaftsabbruch müsse für die ganze Dauer der Schwangerschaft grundsätzlich als Unrecht angesehen und demgemäß rechtlich verboten sein. Schwangerschaftsabbrüche, die ohne Feststellung einer Indikation nach der Beratungsregelung vorgenommen werden, dürften nicht für gerechtfertigt erklärt werden. Sein Ziel könne der Gesetzgeber nur erreichen, indem er diese Sachverhalte aus dem Tatbestand des § 218 ausnimmt.<sup>164</sup>

**108** Ihren Abschluss hat die Entwicklung mit dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG 1995) gefunden.<sup>165</sup> Gem. § 218a I ist der *Tatbestand* des § 218 *nicht verwirklicht*, wenn

<sup>164</sup>Zum „2. Abtreibungsurteil“ des BVerfG s. *Geiger/v. Lampe*, Jura 1994, 20; *Gropp*, GA 1994, 147; *Hermes/Walther*, NJW 1993, 2337; *Schulz*, StV 1994, 38; *Starck*, JZ 1993, 816; *Weiß*, JR 1993, 449.

<sup>165</sup>Krit. dazu *Tröndle*, in: FS Otto (2007), S. 821.

- die Schwangere den Schwangerschaftsabbruch verlangt und nachgewiesen hat, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen,
- der Schwangerschaftsabbruch von einem Arzt vorgenommen wird und
- seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind.
- Nicht rechtswidrig bleibt der Abbruch zur Abwendung einer Lebensgefahr oder der Gefahr einer schwerwiegenden Gesundheitsbeeinträchtigung der Schwangeren (§ 218a II); gleiches gilt für die kriminologische Indikation (§ 218a III).

## 2. Tatbestandsmäßigkeit

Geschütztes Rechtsgut ist das ungeborene Leben (BGHSt 28, 11/15). Der strafrechtliche Schutz beginnt gem. § 218 I 2 mit Abschluss der Einnistung (Nidation) des befruchteten Eies in der Gebärmutter. **Tatobjekt** ist die „Leibesfrucht“, wenngleich das Gesetz diesen Begriff ausdrücklich nur an anderer Stelle (vgl. § 168) verwendet. Die frühere Fassung des § 218 lautete, dass eine Frau ihre Leibesfrucht abtötet oder die Abtötung durch einen anderen zulässt. Nach heutiger Formulierung besteht die **Tathandlung** im Abbrechen der Schwangerschaft, d. h. in jeder Einwirkung, die zum Absterben der Leibesfrucht führt. Mit deren Tod ist die Tat vollendet.

Der Eingriff muss vor dem Beginn der Geburt geschehen, während der Erfolg später eintreten kann. Demgemäß ist § 218 auch dann gegeben, wenn die Frühgeburt eines lebenden Kindes herbeigeführt wird, das nach der Geburt stirbt, weil es noch nicht voll ausgetragen war (BGHSt 10, 5). Die *Vollendung* setzt nicht voraus, dass die Mutter die Abtreibung überlebt (BGHSt 1, 278). Somit kann die vorsätzliche Tötung einer Schwangeren zugleich nach § 218 strafbar sein (BGHSt 11, 15)<sup>166</sup> und soweit § 218 das handlungsleitende Motiv der Tötung gewesen ist, greift § 211 wegen Ermöglichungsabsicht (BGH NStZ-RR 2016, 109).<sup>167</sup> Der *Vorsatz* muss sich auf das Absterben der Leibesfrucht beziehen, wobei der genaue Ursachenverlauf dem Täter nicht bewusst zu sein braucht. Die fahrlässige Abtreibung hat der Gesetzgeber straflos gelassen. Der *Versuch* ist nur für Dritte strafbar (§ 218 IV 1). In Betracht kommt auch ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt (Nichtschwangere) oder mit untauglichen Mitteln.<sup>168</sup>

Die Strafe erhöht sich in besonders schweren Fällen (§ 218 II). Als Regelbeispiele nennt das Gesetz, dass der Täter gegen den Willen der Schwangeren handelt oder leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren verursacht. Daneben kommt ein besonders schwerer Fall der *Nötigung* in Betracht, wenn der Täter eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigt (§ 240 IV Nr. 2).

<sup>166</sup>BGH StraFo 2008, 174.

<sup>167</sup>And. aber BGH NStZ 2015, 693 m. zutr. abl. Anm. *Berster*.

<sup>168</sup>Insg. zur Problematik Versuch und Vollendung *Küper*, ZIS 2010, 197.

109

110

111



## 112 Die Schwangere wird in mehrfacher Hinsicht **privilegiert**:

- Die „Selbstabtreibung“ ist mit geringerer Strafe belegt (§ 218 III).
- Sie wird nicht wegen Versuchs bestraft (§ 218 IV 2).
- Keine Strafbarkeit tritt ein bei der Verletzung von Feststellungspflichten (§ 218b I 3) oder sonstigen ärztlichen Pflichten (§ 218c II).

113 Die Schwangerschaft ist ein besonderes persönliches Merkmal, welches die Strafe mildert oder ausschließt (§ 28 II). Auf die Beteiligung der Schwangeren findet also stets § 218 III bzw. § 218 IV 2 Anwendung. Daraus folgt insb. für den Versuch: Während die Schwangere in allen Beteiligungsformen strafflos bleibt, werden die anderen Beteiligten als Versuchstäter oder -teilnehmer bestraft.<sup>169</sup>

## 3. Erlaubter Schwangerschaftsabbruch

114 Der **Tatbestandsausschluss** des § 218a I setzt zunächst voraus, dass die Schwangere sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen und dies durch eine Bescheinigung nachweist. Entsprechend den Vorgaben des Verfassungsgerichts dient die Beratung dem Schutz des ungeborenen Lebens und hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen (§ 219 I). Der Abbruch muss von einem Arzt vorgenommen werden; dieser ist als Berater ausgeschlossen (§ 219 II 3). Schließlich dürfen seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sein.

115 Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist unter den Voraussetzungen des § 218a II **nicht rechtswidrig**. Insoweit folgt das Gesetz der schon bisher von der h. M. vertretenen „Rechtfertigungsthese“ (vgl. BGHSt 38, 144/158). Eine Frist für die Durchführung des Abbruchs ist nicht vorgesehen.

116 § 218a II hat vor allem die *medizinische* Indikation zum Inhalt. Darüber hinaus umfasst er die – nicht eigenständig geregelte – *embryopathische* Indikation.<sup>170</sup> Dabei wird allerdings nicht mehr auf die befürchtete Fehlbildung oder Erkrankung des Embryos abgestellt, sondern auf die Zumutbarkeit für die Mutter. Rechtfertigend wirkt auch die *kriminologische* Indikation (§ 218a III). Einschränkend gilt hier eine Frist von zwölf Wochen seit der Empfängnis.

117 Niemand ist verpflichtet, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn die Mitwirkung notwendig ist, um von der Frau eine anders nicht abwendbare Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung abzuwenden (§ 12 SchKG).<sup>171</sup>

<sup>169</sup>Vgl. AG Albstadt MedR 1988, 261 mit Bespr. Mitsch, Jura 1989, 193; Kühl, in: Lackner/Kühl, § 218 Rn. 16.

<sup>170</sup>Dazu im Zusammenhang mit der Pränataldiagnostik Hillenkamp, in: FS Amelung (2009), S. 425.

<sup>171</sup>Zu dieser Regelung Hillenkamp, in: FS Schöch (2010), S. 511.

Problematisch ist die **Notwehr** gegen Schwangere. Die (tödliche) Verteidigung gegen eine Schwangere ist zugleich ein Angriff auf das ungeborene Leben, von dem aber kein Angriff ausgeht. Wenn insofern § 34 als alleiniger Rechtfertigungsgrund in Betracht kommt greift, stößt bei fortgeschrittener Schwangerschaft selbst bei einer Verteidigung des Lebens die Wesentlichkeit des Überwiegens an ihre Grenzen.<sup>172</sup> Eine auf § 35<sup>173</sup> beschränkte Abwehr setzt den Verteidiger aber dann seinerseits dem Risiko des § 32 aus. Die Angreiferin wäre also normativ im Vorteil. Anders als bei einem menschlichen Schutzschild, fehlt dem werdenden Leben gerade noch die eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher in der Auseinandersetzung zwischen Individualrechtsgütern als zur Sphäre der Angreiferin gehörig eingeordnet wird. Insofern besteht auch ein Unterschied zu dem alten Streit darum, ob die Zerstörung der für den Angreifer fremden Angriffsmittel von § 32 gedeckt ist, was nach h.M. nicht der Fall ist.<sup>174</sup> Besondere Beachtung findet bei dieser Lösung aber die Gebotenheit, die der Rechtfertigung indes weitaus später entgegensteht als es bei der Abwägung des § 34 der Fall ist.

118

#### 4. Konkurrenzen

Im Verhältnis des § 218 zu einem **Tötungsdelikt** gilt:

119

- Wird eine schwangere Frau getötet und kennt der Täter die Schwangerschaft oder rechnet damit, so besteht Tateinheit zwischen §§ 211 ff. und § 218 (BGHSt 11, 15).
- Wird infolge der Abtreibungshandlung ein lebendes Kind vorzeitig geboren und danach getötet, liegt versuchte Abtreibung in Tateinheit mit einem vollendeten Tötungsverbrechen vor (BGHSt 13, 21, sowie oben Rn. 5).

Das Verhältnis zur **Körperverletzung** stellt sich wie folgt dar:

120

- Die §§ 223, 224 treten hinter § 218 zurück, da jede zur Abtötung der Leibesfrucht führende Handlung zugleich einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Schwangeren bedeutet (BGHSt 28, 11/13), jedoch soll zu § 224 I Nr. 5 Tateinheit bestehen (BGH NStZ 2008, 32).
- Mit §§ 226, 227 ist Tateinheit gegeben, weil sonst der Unrechtsgehalt dieser Verbrechen bei einer Verurteilung lediglich wegen Schwangerschaftsabbruchs nicht erschöpft wäre (BGHSt 28, 11/17).

<sup>172</sup>Diff. Mitsch, JR 2006, 450.

<sup>173</sup>Hierfür als einzig mögliche Lösung Ladiges, JR 2007, 104.

<sup>174</sup>Vgl. Baumann/Weber/Mitsch/Eisele, § 15 Rn. 32 ff.

## 5. Exkurs: Das frühe werdende Leben

- 121 Ohne Schwangerschaft, kein Schwangerschaftsabbruch (§ 218 Abs. 1 S. 2). Mithin waren Einwirkungen auf das werdende Leben vor der Nidation straffrei. Die moderne Medizin- und Gentechnik hat aber die Abtötung um neue Eingriffsmöglichkeiten erweitert.<sup>175</sup> Hierauf haben der Gesetzgeber und die wissenschaftliche Diskussion reagiert. Im Zentrum stehen die Präimplantationsdiagnostik<sup>176</sup> und die Stammzellenforschung. Das ethisch geprägte Meinungsbild ist unübersichtlich und erscheint nicht gänzlich widerspruchsfrei.<sup>177</sup>

### Kontrollfragen

1. Welche Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch gab und gibt es? (Rn. 106, 116)
2. Wie wirkt sich strafrechtlich der Unterschied zwischen „Fremdabtreibung“ und „Selbstabtreibung“ aus? (Rn. 111, 112)
3. Wann ist der Schwangerschaftsabbruch nicht tatbestandsmäßig und wann nicht rechtswidrig? (Rn. 114, 115)
4. Welche Konkurrenzverhältnisse können zwischen § 218 und einem Tötungs- oder Körperverletzungsdelikt bestehen? (Rn. 119, 120)

## IX. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung

- 122 Die neu geschaffene Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung<sup>178</sup> ist mit Blick auf das Rechtsgut klärungsbedürftig, da dem Schutz der gesellschaftlichen Achtung des Lebens, hier in Gestalt der Verhinderung gesellschaftlich etablierten oder gar gebotenen Suizids, ein paternalistischer Eingriff in die Autonomie des Suizids gegenübersteht. Das eröffnet die Frage, ob die Norm verfassungskonform ist (Ablehnung einstweiliger Anordnung: BVerfG NJW 2016, 558).<sup>179</sup> Der

<sup>175</sup>Zum Ganzen *Duttge*, ZStW 125 (2013), 647; *Frommel*, in: FS Hassemer (2010), S. 831; *Günther*, in: FS Krey (2010), S. 105; *Joerden*, ZStW 120 (2008), 11; *Lilie*, in: FS Küper (2007), S. 305; *Sowada*, GA 2011, 389.

<sup>176</sup>Einführend *Kubicieł*, NStZ 2013, 382.

<sup>177</sup>S. pointiert *Fischer*, Vor §§ 211 ff. Rn. 10.

<sup>178</sup>Zum Ganzen statt aller *Berghäuser*, ZStW 2016 (128), 741; *Duttge*, NJW 2016, 120; *Eidam*, medstra 2016, 17; *Engländer*, in: FS Schünemann (2014), S. 583; *Gaede*, JuS 2016, 385; *Grünwald*, JZ 2016, 938; *Hilgendorf*, JZ 2014, 545; *Roxin*, NStZ 2016, 185; *Schöch*, in: FS Kühl (2014), S. 585; *Verrel*, in: FS Paeffgen (2015), S. 331; *Weigend/Hoven*, ZIS 2016, 681 ff.

<sup>179</sup>M. Bespr. *Weißer*, ZJS 2016, 525. Für Verfassungswidrigkeit *Eidam*, medstra 2016, 17; *Gaede*, JuS 2016, 385; *Oglakcioglu*, in: BeckOK StGB, § 217 Rn. 12a; sowie tendenziell *Roxin*, NStZ 2016, 185.

geringe Strafraumen sowie die Ausschöpfung der Möglichkeiten einer restriktiven Auslegung, lassen die Norm mit Blick darauf verfassungskonform erscheinen, als das Ziel der Vermeidung eines sozialen Drucks zum Suizid neben dem Wert des menschlichen Lebens an sich letztlich auch die Autonomie des einzelnen schützt. Es ist legitim anzustreben, dass sich in unserer Gesellschaft niemand aus Rücksicht auf andere Menschen oder gar aus Kostengründen dazu entschließt, seinem Leben ein Ende zu setzen.<sup>180</sup> Die Beurteilung, dass andere Regulierungsmechanismen als das Strafrecht vorzugswürdig gewesen wären,<sup>181</sup> ist bei dieser verfassungsrechtlichen Beurteilung ohne Belang.

Die Norm richtet sich gegen Sterbehilfeorganisationen, die nicht auf Gewinnerzielung angelegt sein wollen. Daher heißt es „geschäftsmäßig“ und nicht „gewerbsmäßig“. Mithin kommt es auf einen gewissen Grad an organisierter, planmäßiger Tätigkeit an, die auf eine Vielzahl von Förderungen gerichtet ist. Hierzu müssen sich nähere Konturen erst noch entwickeln. Umstritten ist, ob (behandelnde) Ärzte mit dem Argument zu schützen sind,<sup>182</sup> dass nicht ihre Haupttätigkeit in der Förderung von Suiziden bestehe.<sup>183</sup> Die Lösung liegt m.E. im subjektiven Tatbestand. Ebenfalls näherer Differenzierung bedürfen die vom Gesetz unter Strafe gestellten drei Handlungsweisen.<sup>184</sup>

Mit Blick auf den eng gesteckten, verfassungskonformen Schutzzweck bietet sich eine restriktive Auslegung des subjektiven Tatbestandes an. Wenn sich die vom Gesetz geforderte Absicht auch auf die „geschäftsmäßige“ Gelegenheit bezieht, was der Wortlaut gestattet, dann wird der Tatbestand auf all jene beschränkt, denen es bei ihren organisatorischen Vorkehrungen gerade um die Förderung der Selbsttötung geht.<sup>185</sup> Das ist bei Ärzten und Hospizen typischerweise nicht der Fall, sehr viel eher aber bei Sterbehilfeorganisationen.

Die Tathandlungen schließen den Suizidenten zwar als Täter aus. Eine straflose Teilnahme sieht § 217 II für den Suizidenten aber ausgerechnet nicht vor. Verfassungsrechtlich und vor dem Hintergrund der Teilnahmedogmatik ist dieses Schweigen des § 217 II in einem Erst-recht-Schluss klarzustellen: Der Suizident ist ungleich mehr betroffen als sein Angehöriger und daher hinsichtlich § 217 erst recht völlig strafflos.<sup>186</sup>

123

124

125

<sup>180</sup>Im Ergebnis auch *Kubiciel*, ZIS 2016, 396; *Roxin*, NStZ 2016, 185; *Magnus*, medstra 2016, 210/212 f.

<sup>181</sup>S. insb. *Roxin*, NStZ 2016, 185.

<sup>182</sup>Zur Dringlichkeit der Zulässigkeit ärztlicher Suizidhilfe *Roxin*, NStZ 2016, 185/189 f. sowie *Duttge*, NJW 2016, 120; *Hillenkamp*, in: FS Kühl (2014), S. 521.

<sup>183</sup>Dazu *Oglakcioglu*, in: BeckOK StGB, § 217 Rn. 24 ff. sowie *Gaede*, JuS 2016, 385/389 f.

<sup>184</sup>Instruktiv *Gaede*, JuS 2016, 385/388 f.

<sup>185</sup>Anders *Gaede*, JuS 2016, 385/390 f.

<sup>186</sup>BVerfG NJW 2016, 558.

## Literatur

- Achenbach, Beteiligung am Suizid und Sterbehilfe – Strukturen eines unübersichtlichen Problemfeldes, Jura 2002, 542
- Albrecht, Das Dilemma der Leitprinzipien auf der Tatbestandsseite des Mordparagraphen, JZ 1982, 697
- Alternativentwurf-Leben (AE-Leben), GA 2008, 193
- AnwaltKommentar StGB, hrsg. *Leipold/Tsambikakis/Zöller*, 2. Auflage 2015
- Arzt, „Gekreuzte“ Mordmerkmale?, Zur Tragweite des § 50 II StGB, JZ 1973, 681
- Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf, Strafrecht, Besonderer Teil, 3. Auflage 2015
- Bachmann/Goeck, Anm. zu BGH, Beschl. v. 7.7.2009 – 3 StR 204/09 – Tötung mit gemeingefährlichen Mitteln durch Unterlassen, NStZ 2010, 510
- M. Bartsch, Sterbehilfe und Strafrecht – eine Bestandsaufnahme, in: FS Achenbach (2011), S. 13
- T. Bartsch, Zur Folgerung von niedrigen Beweggründen aus einer besonders brutalen Tatausführung, Zugleich Anmerkung zu BGH(St), Urt. v. 22.10.2014 – 5 StR 380/14, StV 2015, 691, StV 2015, 718
- Baumann/Weber/Mitsch/Eisele, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 12. Auflage 2016
- Bechtel, Selbsttötung, Fremdtötung, Tötung auf Verlangen, Eine Abgrenzungsfrage von herausragender Bedeutung, JuS 2016, 882
- Beck, Kurzfälle aus dem Medizinstrafrecht – Teil 2, ZJS 2013, 156
- Beck'scher Online Kommentar StGB, hrsg. v. v. *Heintschel-Heinegg*, 32. Edition (Stand: 01.09.2016)
- Berghäuser, Der „Laien-Suizid“ gemäß § 217 StGB – Eine kritische Betrachtung des Verbots einer geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung, ZStW 2016 (128), 741
- Bernsmann, Zur Konkurrenz von „privilegierten“ (§§ 213, 216, 217) und „qualifizierten“ (§ 211) Tötungsdelikten, JZ 1983, 45
- Bernsmann, Der Umgang mit irreversibel bewußtlosen Personen und das Strafrecht, ZRP 1996, 87
- Bernsmann/Zieschang, Zur strafrechtlichen Haftung des Verursachers einer Gefahrenlage für Schäden eines Retters - BGHSt 39, 322, JuS 1995, 775
- Berster, Anm. zu BGH, Urt. v. 3.6.2015 – 2 StR 422/14 – § 218 StGB und Ermöglichungsabsicht bei Mord, NStZ 2015, 694
- Beulke, Anm. zu BGH, Urt. v. 25.7.1989 – 1 StR 479/88 – BGHSt 36, 231, Mord und Totschlag in Mittäterschaft, NStZ 1990, 278
- Beulke/Schröder, Anm. zu BGH, Beschl. v. 25.09.1990 – 4 StR 359/90 – BGHSt 37, 179, Abgabe von Rauschgift und bewußte Selbstgefährdung, NStZ 1991, 393
- Beulke, Opferautonomie im Strafrecht, Zum Einfluss der Einwilligung auf die Beurteilung der einverständlichen Fremdgefährdung, in: FS Otto (2007), S. 207
- Bosch, Niedrige Beweggründe, Jura 2015, 803
- Bosch/Schindler, Ausnutzen der Wehrlosigkeit des Opfers zur Verdeckung einer peinlichen Situation - Heimtücke, Verdeckungsabsicht oder niedriger Beweggrund?, Jura 2000, 77
- Böse, Anm. zu OLG Braunschweig, Beschl. v. 20.03.2013 – Ws 49/13 – Versuchter Totschlag durch Falschangaben gegenüber Transplantationsvermittlungsstellen, ZJS 2014, 117
- Botke, Suizid und Strafrecht, 1982
- Brammsen, Tun oder Unterlassen?, Die Bestimmung der strafrechtlichen Verhaltensformen, GA 2002, 193
- Brandts, Strafrecht BT – Zum Mordmerkmal des Tötens "mit gemeingefährlichen Mitteln", JA 1985, 491
- Brandts/Schlehofer, Die täuschungsbedingte Selbsttötung im Lichte der Einwilligungslehre, JZ 1987, 442
- Braun, Klausur Strafrecht: „Die manipulierte Spende“, JA 2015, 753
- Brocker, Das Tatbestandsmerkmal der Verdeckungsabsicht, MDR 1996, 228
- Brunhöber, Sterbehilfe aus strafrechtlicher und rechtsphilosophischer Sicht, JuS 2011, 401
- Bruns, Anm. zu BVerfG, Beschl. v. 24.4.1978 – 1 BvR 425/7 – Kein Verstoß gegen Bestimmtheitsgebot in § 212 Abs. 2 StGB, JR 1979, 28

- Bruns, Richterliche Rechtsfortbildung oder unzulässige Gesetzesänderung der Strafdrohung für Mord?, JR 1981, 358
- Bülte, Anm. zur Entscheidung des OLG Braunschweig vom 20.03.2013, Ws 49/13 – Zur Manipulation der Zuteilungsreihenfolge im Rahmen der Organspende, StV 2013, 753
- Bundesärztekammer, Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung, DÄBl 2004, A–1298
- Charalambakis, Selbsttötung aufgrund Irrtums und mittelbare Täterschaft, GA 1986, 485
- Coeppicus, Offene Fragen zum „Patientenverfügungsgesetz“, NJW 2011, 2085
- Czerner, Das Abstellen des Respirators an der Schnittstelle zwischen Tun und Unterlassen bei der Sterbehilfe, JR 2005, 94
- Dannecker/A. F. Streng, Neuregelungen des Transplantationsrechts durch den Gesetzgeber und die Bundesärztekammer, in: FS Schiller (2014), S. 127
- v. Danwitz, Die Tötung eines Menschen mit gemeingefährlichen Mitteln, Jura 1997, 569
- Deckers/Fischer/König/Bernsmann, Zur Reform der Tötungsdelikte Mord und Totschlag – Überblick und eigener Vorschlag, NStZ 2014, 9
- Dencker/Struensee/Nelles/Stein, Einführung in das 6. Strafrechtsreformgesetz 1998, Examensrelevante Änderungen im Besonderen Teil des Strafrechts, 1998
- Derksen, Strafrechtliche Verantwortung für fremde Selbstgefährdung, NJW 1995, 240
- Deutsch, Das Transplantationsgesetz vom 5. 11. 1997, NJW 1998, 777
- Dölling, Fahrlässige Tötung bei Selbstgefährdung des Opfers, GA 1984, 86
- Dölling, Suizid und unterlassene Hilfeleistung, NJW 1986, 1011
- Dölling, Zulässigkeit und Grenzen der Sterbehilfe, MedR 1987, 10
- Dölling, Anm. zu BGH, Urt. v. 15.11.1996 – 3 StR 79/96 –, BGHSt 42, 301 – Zum Strafraumen bei Mord aus Habgier und zur Zulässigkeit einer indirekten Sterbehilfe, JR 1998, 160
- Dölling, Zur Strafbarkeit der Mitwirkung am Suizid, in: FS Maiwald (2010), S. 119
- Dölling, Zur Strafbarkeit wegen fahrlässiger Tötung bei einverständlicher Fremdgefährdung, in: FS Geppert (2011), S. 53
- Dölling, Zur gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung, in: FS Puppe (2011), S. 1365
- Drees, Anm. zu BGH, Urt. v. 6.4.2016 – 5 StR 504/15 – Rechtsfolgenlösung beim Mord, NStZ 2016, 471
- Dreier, Grenzen des Tötungsverbotes, JZ 2007, 261 u. 317
- Duttge, Anm. zu BGH, Urt. v. 7.2.2001 – 5 StR 474/00 – BGHSt 46, 279, Überlassen eines Betäubungsmittels zum freien Suizid an einen unheilbar Schwerstkranken, NStZ 2001, 546
- Duttge, Erfolgszurechnung und Opferverhalten, – Zum Anwendungsbereich der einverständlichen Fremdgefährdung –, in: FS Otto (2007), S. 227
- Duttge, Anm. zu BGH, Urt. v. 20.11.2008 – 4 StR 328/08 – Fahrlässige Tötung bei illegalem Autorennen, NStZ 2009, 690
- Duttge, Anm. zu BGH, Urt. v. 25.6.2010 – 2 StR 454/09 – Zulässigkeit der Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch, MedR 2011, 36
- Duttge, Wider den prinzipienvergessenen Zeitgeist bei der rechtsethischen Beurteilung der Präimplantationsdiagnostik, ZStW 125 (2013), 647
- Duttge, Der assistierte Suizid: Ein Dilemma nicht nur der Ärzteschaft, Ein kritischer Kommentar zu den „Reflexionen“ der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP), MedR 2014, 621
- Duttge, Strafrechtlich reguliertes Sterben, Der neue Straftatbestand einer geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung, NJW 2016, 120
- Ebel, Die „hilflose Lage“ im Straftatbestand der Aussetzung, NStZ 2002, 404
- Eidam, Nun wird es also Realität: § 217 StGB n.F. und das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung, medstra 2016, 17
- Eisele, Freiverantwortliches Opferverhalten und Selbstgefährdung, JuS 2012, 577
- Eisele, Objektive Zurechnung bei illegalen Straßenrennen, in: FS Kühl (2014), S. 159 Eisele, Strafrecht BT: Abgrenzung von Fremd- und Selbsttötung, JuS 2016, 947
- Edlbauer, Der Stich ins Herz, JA 2008, 725
- Engisch, Die Strafwürdigkeit der Unfruchtbarmachung mit Einwilligung, in: FS H. Mayer (1966), S. 399

- Engländer*, Anm. zu OLG Nürnberg, Beschl. v. 18.09.2002 – Ws 867/02 – Abgrenzung der fahrlässigen Tötung von einem fahrlässigen Beitrag zum Selbstmord, JZ 2003, 747
- Engländer*, Die Teilnahme an Mord und Totschlag, JA 2004, 410
- Engländer*, Selbsttötung in mittelbarer Täterschaft, Jura 2004, 234
- Engländer*, Die Teilnahme an der Tötung auf Verlangen, Zugleich eine Kritik der Rspr. zur Systematik der Tötungsdelikte, in: FS Krey (2010), S. 71
- Engländer*, Von der passiven Sterbehilfe zum Behandlungsabbruch, Zur Revision der Sterbehilfedogmatik durch den 2. Strafsenat des BGH, JZ 2011, 513
- Engländer*, Strafbarkeit der Suizidbeteiligung, Schließung einer Schutzlücke oder kriminalpolitischer Irrweg?, in: FS Schünemann (2014), S. 583
- Eser*, Gutachten für den 53. DJT (1980), S. 160
- Eser*, Sterbewille und ärztliche Verantwortung, MedR 1985, 6
- Eser*, Neue Impulse zur Reform der Tötungsdelikte: ein kritischer Vergleich, in: FS Kargl (2015), S. 91
- Eser*, Reform der Tötungsdelikte: zum Abschlussbericht der amtlichen Expertengruppe, in: GedS Heine (2016), S. 69
- Fabricius*, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.1.1994 – 3 StR 633/93 – Mordmerkmal Mordlust, StV 1995, 637
- Fahl*, Das Ende der Hemmschwellentheorie – Ein Nachruf, JuS 2013, 499
- Fischer*, Die „Begleiterscheinung“ beim Ermöglichungs- und Verdeckungsmord – Zugleich Besprechung von BGH, Beschluß vom 13. 9. 1995-3 StR 360/95 (NStZ 1996, 81) – und Urt. v. 23.11.1995-1 StR 475/95 (NStZ 1996, 189), NStZ 1996, 416
- Fischer*, Direkte Sterbehilfe – Anmerkungen zur Privatisierung des Lebensschutzes, in: FS Roxin II (2011), S. 557
- Fischer*, Bewerten, Beweisen Verurteilen, Antwort auf *Puppes* Polemik über die „Methoden der Rechtsfindung des BGH“ (ZIS 2014, 66), ZIS 2014, 97
- Fischer*, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen, Kommentar, 64. Auflage 2017
- Freund*, Kein Verdeckungsmord ohne zeitliche Zäsur bei versuchter Tötung als Vortat? - BGH, NStZ 2002, 253, JuS 2002, 640
- Frommel*, Der Streit um die Auslegung des Embryonenschutzgesetzes, in: FS Hassemer (2010), S. 831
- Fünfsinn*, Anm. zu BGH, Urt. v. 27.6.1984 – 3 StR 144/84 – Tötung durch Überlassen von Heroin, StV 1985, 57
- Gaede*, Durchbruch ohne Dambruch – Rechtssichere Neuvermessung der Grenzen strafloser Sterbehilfe, NJW 2010, 2925
- Gaede*, Die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung des Suizids - § 217 StGB, JuS 2016, 385
- Gallas*, Strafbares Unterlassen im Fall einer Selbsttötung, JZ 1960, 686
- Geiger/v. Lampe*, Das zweite Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Schwangerschaftsabbruch, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, Jura 1994, 20
- Geilen*, Euthanasie und Selbstbestimmung, juristische Betrachtungen zum "Recht auf den eigenen Tod", 1975
- Geilen*, Examensklausur Strafrecht, Jura 1979, 201
- Geilen*, Zur Entwicklung und Reform der Tötungsdelikte, Bemerkungen zum Stand der Diskussion, JR 1980, 309
- Geilen*, Bedingter Tötungsvorsatz bei beabsichtigter Ermöglichung und Verdeckung einer Straftat (§ 211 StGB)?, in: FS Lackner (1987), S. 571
- Geilen*, Mitleid von (und mit) „Todesengeln“. Zur Strafbarkeit der eigenmächtigen Euthanasie, in: FS Spandel (1992), S. 519.
- Geppert*, Der Begriff der „Verdeckungsabsicht“ in § 211 StGB, Jura 2004, 242
- Geppert*, Zum Begriff der „heimtückischen“ Tötung in § 211 StGB, vornehmlich an Hand neuerer höchstrichterlicher Rechtsprechung, Jura 2007, 270
- Geppert/Schneider*, Mordmerkmale und Akzessorietät der Teilnahme (§ 28 StGB), Jura 1986, 106
- Gierhake*, Zum „ernstlichen Tötungsverlangen“ i.S. des § 216 Abs. 1 StGB und zum Irrtum über dessen Vorliegen gemäß § 16 Abs. 2 StGB, Zugleich Überlegungen zum Strafgrund der Tötung auf Verlangen, GA 2012, 291
- Gössel/Dölling*, Strafrecht Besonderer Teil 1, Straftaten gegen Persönlichkeits- und Gemeinschaftswerte, 2. Auflage 2004



- Graul, Anm. zu BGH, Urt. v. 9.3.1993 – 1 StR 870/92 –, BGHSt 39, 159, Tötung zur Ermöglichung einer anderen Straftat, JR 1993, 510
- Gropp, Suizidbeteiligung und Sterbehilfe in der Rechtsprechung, NSTz 1985, 97
- Gropp, Das zweite Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform der §§ 218ff - ein Schritt zurück?, GA 1994, 147
- Gropp, Der Embryo als Mensch - Überlegungen zum pränatalen Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, GA 2000, 1
- Gropp, Mord und Totschlag – BGH-Rechtsprechung vor einem Wandel?, in: FS Seebode (2008), S. 125
- Grotendiek/Göbel, Zur Vorwerfbarkeit der Mordlust als niedrigem Beweggrund, NSTz 2003, 118
- Grünewald, Verdeckungsmord durch Unterlassen, GA 2005, 502
- Grünewald, Zur Strafbarkeit eines Mordes durch Unterlassen - erläutert an den so genannten tatbezogenen Mordmerkmalen der 2. Gruppe, Jura 2005, 519
- Grünewald, Tötungen aus Gründen der Ehre, NSTz 2010, 1
- Grünewald, Zur Abgrenzung von Mord und Totschlag – oder: Die vergessene Reform, JA 2012, 401
- Grünewald, Zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung, JZ 2016, 938
- Günther, Lebenslang für "heimtückischen Mord"? - Das Mordmerkmal "Heimtücke" nach dem Beschluß des Großen Senats für Strafsachen, NJW 1982, 353
- Günther, Offene Fragen des Embryonenschutzgesetzes, in: FS Krey (2010), S. 105
- Haas, Zur Erfüllung des Mordmerkmals der Verdeckungsabsicht durch Unterlassen, in: FS Weber (2004), S. 235 ff.
- Haas, Strafbarkeit wegen (versuchten) Totschlags durch Manipulation von Patientendaten im Bereich der Leberallokation?, Zum Urteil des Landgerichts Göttingen vom 6. Mai 2015 (6 Ks 4/13), HRRS 2016, 384
- Haas, Zur Notwendigkeit einer Reform der Tötungsdelikte. Zugleich eine kritische Würdigung des Abschlussberichts der Expertengruppe, ZStW 128 (2016), 316
- Hacker/Lautner, Der Grundtatbestand der Aussetzung (§ 221 Abs. 1 StGB), Jura 2006, 274
- Hardtung, Anm. zu BGH, Urt. v. 11.4.2000 – 1 StR 638/99 – Fahrlässige Tötung durch Abgabe von Heroin, NSTz 2001, 206
- Hardtung, Anm. zu BGH, Urt. v. 5.3.2008 – 2 StR 626/07 – BGHSt 52, 153, Aussetzung ohne Ortsveränderung, JZ 2008, 953
- Hassemer, Anm. zu BGH, Beschl. v. 2.8.1983 – 5 StR 503/83 – Subsidiarität der Rechtsfolgenlösung bei Heimtückemord unter "außergewöhnlichen Umständen", JZ 1983, 967
- Hauf, Rechtsprechung Klassiker, Heimtückemord - Türkischer Onkel-Fall, JA 1996, 546
- Hecker/Witteck, Fahrlässige Tötung oder straflose Mitwirkung am Selbstmord bei Vornahme einer vom Suizidenten gesteuerten Tötungshandlung?, JuS 2005, 397
- Hecker, Strafrecht AT: Totschlag durch Unterlassen, JuS 2012, 755
- Heger, Die Aussetzung als strafrechtsdogmatischer Mikrokosmos, ZStW 119 (2007), 593
- Heinitz, Teilnahme und unterlassene Hilfeleistung beim Selbstmord, JR 1954, 403
- Helgerth, Anm. zu BGH, Urt. v. 13.9.1994 – 1 StR 357/94 –, BGHSt 40, 257 – Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch, JR 1995, 338
- Helmers, Zum Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe (§ 211 Abs. 2 StGB), Der Maßstab der Bewertung; zugleich ein Vorschlag zur geplanten Reform des Mordtatbestands, HRRS 2016, 90
- Hellmann, Strafrecht: Ein Unfall mit unglücklichen Folgen, JuS 1990, L 61
- Hermanns/Hülsmann, Die Feststellung des Vorsatzes bei Tötungsdelikten, JA 2002, 140
- Hermes/Walther, Schwangerschaftsabbruch zwischen Recht und Unrecht, Das zweite Abtreibungsurteil des BVerfG und seine Folgen, NJW 1993, 2337
- Herzberg, Die Quasi-Mittäterschaft bei § 216 StGB - Straftat oder straffreie Suizidbeteiligung? - BGH, NJW 1987, 1092, JuS 1988, 771
- Herzberg, Straffreies Töten bei Eigenverantwortlichkeit des Opfers?, NSTz 1989, 559
- Herzberg, Sterbehilfe als gerechtfertigte Tötung im Notstand?, NJW 1996, 3043
- Herzberg, Vorsätzliche und fahrlässige Tötung bei ernstlichem Sterbebegehren des Opfers, NSTz 2004, 1
- Herzberg, Entlastung des Täters durch freiverantwortliche Selbstgefährdung des Opfers?, in: FS Puppe (2011), S. 497

- Herzberg/Herzberg*, Der Beginn des Menschseins im Strafrecht - Die Vollendung der Geburt, JZ 2001, 1106
- Heyers*, Vormundschaftsgerichtlich genehmigte Sterbehilfe - BGH, NJW 2003, 1588, JuS 2004, 100
- Hilgendorf*, Die Autonomie von Notfallpatienten: Überblick und Forschungsdesiderata, in: FS Kühl (2014), S. 509
- Hilgendorf*, Zur Strafwürdigkeit organisierter Sterbehilfe, JZ 2014, 545
- Hillenkamp*, Schwangerschaftsabbruch nach Pränataldiagnostik, in: FS Amelung (2009), S. 425
- Hillenkamp*, Zum Mitwirkungsverweigerungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch, in: FS Schöch (2010), S. 511
- Hillenkamp*, Ärztliche Hilfe beim Suizid – ver- oder geboten?, in: FS Kühl (2014), S. 521
- Hillenkamp*, (Original-)Referendarexamensklausur – Strafrecht: Ein Schwangerschaftsabbruch mit Folgen, JuS 2014, 924
- Hinderer/Brutscher*, Der Tod war schneller, JA 2011, 907
- Hinz*, Mord bei einverständlicher Tötung in sexueller Motivation?, JR 2016, 576
- Hirsch*, Einwilligung und Selbstbestimmung, in: FS Welzel (1974), S. 775
- Hirsch*, Anm. zu BGH, Urteil vom 18. Juli 1978 – 1 StR 209/78 – Zur Strafbarkeit der Beihilfe zur Selbsttötung, JR 1979, 429
- Hirsch*, Anm. zu BGH, Urt. v. 7.12.1983 – 1 StR 665/83 –, BGHSt 32, 194 – Abgrenzung zwischen fahrlässiger Abtreibung und fahrlässiger Tötung, JR 1985, 336
- Hirsch*, Behandlungsabbruch und Sterbehilfe, in: FS Lackner (1987), S. 597
- Hirsch*, Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis im Strafrecht, in: FS Tröndle (1989), S. 19
- Hirsch*, Die Grenze zwischen Schwangerschaftsabbruch und allgemeinen Tötungsdelikten nach der Streichung des Privilegierungstatbestands der Kindestötung (§ 217 StGB a.F.), in: FS Eser (2005), S. 309
- Hohmann/König*, Zur Begründung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit in den Fällen der aktiven Suizidteilnahme, NSTz 1989, 304
- Hohmann/Matt*, Zum Mordmerkmal der "Verdeckung einer anderen Straftat" - zugleich eine Besprechung von BGHSt 35, 116, JA 1989, 134
- Hohmann/Sander*, Strafrecht, Besonderer Teil II, Delikte gegen die Person und die Allgemeinheit, 2. Auflage 2011
- Horn*, Anm. zu BGH, Urt. v. 14.2.1984 – 1 StR 808/83 – BGHSt 32, 262, Teilnahme an eigenverantwortlicher Selbstgefährdung, JR 1984, 513
- Horn*, Anm. zu BGH, Urt. v. 13.2.1985 – 3 StR 525/84 – Töten "mit gemeingefährlichen Mitteln", JR 1986, 32
- Hörnle*, Zur Relevanz von Beweggründen für die Bewertung von Tötungsdelikten – am Beispiel sog. „Ehrenmorde“, in: FS Frisch (2013), S. 653
- Hoyer*, Anm. zu BGH, Urt. v. 22.6.1993 – 1 StR 264/93 – Aussetzung durch Abbruch der Hilfeleistung, NSTz 1994, 85
- Jäger*, Die Delikte gegen Leben und körperliche Unversehrtheit nach dem 6 Strafrechtsreformgesetz - Ein Leitfaden für Studium und Praxis, JuS 2000, 31
- Jäger*, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.1.2005 – 2 StR 229/04 – Vorsatzfrage bei Anstiftung zum Mord, JR 2005, 477
- Jäger*, Die Patientenverfügung als Rechtsinstitut zwischen Autonomie und Fürsorge, in: FS Küper (2007), S. 209
- Jäger*, Zwei auf einen Streich, Jura 2009, 53
- Jäger*, Einfach hängen gelassen, JA 2012, 154
- Jäger*, Der Kannibale aus dem Erzgebirge, JA 2016, 629
- Jahn*, Strafrecht: Hemmschwellentheorie, JuS 2012, 757
- Jescheck/Weigend*, Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil, 5. Auflage 1996
- Joerden*, Beginn und Ende des Lebensschutzes, ZStW 120 (2008), 11
- Joerden*, Die neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Sterbehilfe und der Knobe-Effekt, in: FS Roxin II (2011), S. 593
- Jung*, Anm. zu OLG Karlsruhe, Beschl. v. 25.04.1984 – 1 Ws 261/83 – Strafbarkeit bei geburtshilflichen Versäumnissen, NSTz 1985, 316

- Kahlo*, Sterbehilfe und Menschenwürde, in: FS Frisch (2013), S. 711
- Kaltenhäuser*, Die Bedeutung der strafrechtlichen Fiktion der Menschwerdung für die Fallbearbeitung, JuS 2015, 785
- Kargl*, Zur kognitiven Differenz zwischen Tun und Unterlassen, GA 1999, 459
- Kargl*, Gesetz, Dogmatik und Reform des Mordes (§ 211 StGB), StraFo 2001, 365
- Kargl*, Zum Grundtatbestand der Tötungsdelikte, JZ 2003, 1141
- Kargl*, Heimtücke und Putativnotstand bei Tötung eines schlafenden Familientyrannen, Jura 2004, 189
- Kaspar*, Das Mordmerkmal der Heimtücke, JA 2007, 699
- Kaspar/Broichmann*, Grundprobleme der Tötungsdelikte, ZJS 2013, 249 u. 346
- Kett-Straub*, Die Tücken der Heimtücke in der Klausur, JuS 2007, 515
- Kienapfel*, Anm. zu BGH, Urt. v. 14.2.1984 – 1 StR 808/83 – BGHSt 32, 262, Teilnahme an eigenverantwortlicher Selbstgefährdung, JZ 1984, 751
- Köhne*, Die Mordmerkmale „Mordlust“ und „zur Befriedigung des Geschlechtstriebes“, Jura 2008, 100
- Köhne*, Die Mordmerkmale „Habgier“ und „sonst aus niedrigen Beweggründen“, Jura 2008, 805
- Köhne*, Die Mordmerkmale „grausam“ und „mit gemeingefährlichen Mitteln“, Jura 2009, 265
- Köhne*, Das Mordmerkmal „heimtückisch“, Jura 2009, 748
- Köhne*, Die Mordmerkmale der dritten Gruppe, Jura 2011, 650
- Köhne*, Totschlag in einem besonders schweren Fall, Jura 2011, 741
- Köhne*, Die Tötungsdelikte – Problemanalyse und Reformausblick, JuS 2014, 1071
- Krell*, Lebensgefährliche Operationen zwischen Heilversuch und Humanexperiment (Teil I), medstra 2017, 3
- Krey/Hellmann/Heinrich*, Strafrecht Besonderer Teil, Band 1: Besonderer Teil ohne Vermögensdelikte, 16. Auflage 2015
- Krüger/Wengenroth*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 19.10.2011 – 1 StR 233/11 – Aussetzung als echtes Unterlassungsdelikt, NSTz 2013, 101
- Kubicel*, Zur Strafbarkeit der passiven Sterbehilfe, ZJS 2010, 656
- Kubicel*, Tötung auf Verlangen und assistierter Suizid als selbstbestimmtes Sterben?, JZ 2009, 600
- Kubicel*, Gott, Vernunft, Paternalismus – Die Grundlagen des Sterbehilfeverbots, JA 2011, 86
- Kubicel*, Grund und Grenzen des Verbots der Präimplantationsdiagnostik, NSTz 2013, 382
- Kubicel*, Zur Verfassungsmäßigkeit des § 217 StGB, ZIS 2016, 396
- Kudlich*, Anm. zu BGH, Urt. v. 22.4.2005 – 2 StR 310/04 – BGHSt 50, 80, „Kannibale von Rotenburg“, JR 2005, 342
- Kudlich*, Na denn Prost! – Tödliches Reinigungsmittel, JA 2012, 470
- Kudlich*, Die strafrechtliche Aufarbeitung des „Organspende-Skandals“, NJW 2013, 917
- Kühl*, „Wer einen Menschen tötet“ – Der objektive Tatbestand des Totschlags gemäß § 212 StGB, JA 2009, 321
- Kühl*, Die drei speziellen niedrigen Beweggründe des § 211 II StGB, JA 2009, 566
- Kühl*, Rechtfertigung vorsätzlicher Tötungen im Allgemeinen und speziell bei Sterbehilfe, Jura 2009, 881
- Kühl*, Beteiligung an Selbsttötung und verlangte Fremdtötung, Jura 2010, 81
- Kühl*, Die sonst niedrigen Beweggründe des § 211 II StGB, JuS 2010, 1041
- Küper*, Die Rechtsprechung des BGH zum tatbestandssystematischen Verhältnis von Mord und Totschlag - Analyse und Kritik, JZ 1991, 761, 862 u. 910
- Küper*, Zur Problematik der Verdeckungsabsicht bei "außerstrafrechtlichem" Verdeckungszweck, JZ 1995, 1158
- Küper*, Grundfragen des neuen Aussetzungsdelikts, ZStW 111 (1999), 30
- Küper*, „Heimtücke“ als Mordmerkmal – Probleme und Strukturen, JuS 2000, 740
- Küper*, Mensch oder Embryo? Der Anfang des "Menschseins" nach neuem Strafrecht, GA 2001, 515
- Küper*, Motiv-Intentionalität und Zweck-Mittel-Relation, Zur Analyse der Tötung „aus Habgier“, in: GedS Meurer (2002), S. 191
- Küper*, § 16 Abs. 2 StGB: eine Irrtumsregelung im Schatten der allgemeinen Strafrechtslehre, Jura 2007, 260
- Küper*, Über grausames Töten, Zur tatbestandlichen Koordination von „Tötung“ und „Grausamkeit“, in: FS Seebode (2008), S. 197

- Küper*, Vollendung, Versuch und Rücktritt im „Interferenzbereich“ zwischen Schwangerschaftsabbruch und allgemeinem Tötungsdelikt – Ein imaginäres Lehrgespräch, ZIS 2010, 197
- Küper*, Das „Beruhen“ der Arglosigkeit auf Wehrlosigkeit beim Heimtücke-Mord, in: FS Beulke (2015), S. 467
- Küper/Zopfs*, Strafrecht, Besonderer Teil, Definitionen mit Erläuterungen, 9. Auflage 2015
- Küpper*, Der „unmittelbare“ Zusammenhang zwischen Grunddelikt und schwerer Folge beim erfolgsqualifizierten Delikt, 1982
- Küpper*, Grenzen der normativierenden Strafrechtsdogmatik, 1990
- Küpper*, Mord und Totschlag in Mittäterschaft, JuS 1991, 639
- Küpper*, Die Probleme des Mordtatbestandes als Folge der absoluten Strafdrohung, in: FS Kriele (1997), S. 777
- Küpper*, Der Täter als "Werkzeug" des Opfers? - BGH NJW 2003, 2326, und OLG Nürnberg, NJW 2003, 454, JuS 2004, 757
- Kutzer*, Strafrechtliche Grenzen der Sterbehilfe, NSTz 1994, 110
- Kutzer*, Überlegungen zur Suizidrechtsprechung des Bundesgerichtshofes, in: FS Schöch (2010), S. 481
- Laber*, Die neuere Rechtsprechung zum Mordmerkmal der Verdeckungsabsicht, MDR 1989, 861
- Lackner*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 19.05.1981 – GSSt 1/81 – BGHSt 30, 105, Strafrahen bei Heimtücke, NSTz 1981, 348
- Lackner/Kühl*, StGB, bearbeitet v. *Kühl/Heger*, 28. Aufl. 2014
- Ladiges*, Nochmals: Notwehr gegen Schwangere, Echo zu Wolfgang Mitsch (JR 2006, 450 ff.), JR 2007, 104
- Ladiges*, Erlaubte Tötungen, JuS 2011, 879
- Ladiges*, Die Aussetzung nach § 221 StGB, JuS 2012, 687
- Lange*, Eine Wende in der Auslegung des Mordtatbestandes, in: GedS Schröder (1978), S. 217
- Langer*, Euthanasie im Krankenhaus, Tötungskriminalität zwischen Sterbehilfe und Mord, JR 1993, 133
- Laubenthal*, § 57a StGB - Aussetzung des Strafrestes der lebenslangen Freiheitsstrafe, JA 1984, 471
- Leipziger Kommentar StGB, hrsg. v. *Jähnke/Laufhütte/Odersky*, Band 5 (§§ 146-222), 11. Auflage 2005
- Leipziger Kommentar StGB, hrsg. v. *Laufhütte/Tiedemann/Rissing-van Saan*, 12. Auflage 2006 ff.
- Lilie*, Neue Probleme des Embryonenschutzgesetzes, in: FS Küper (2007), S. 305
- Lindner/Huber*, Widerruf der Patientenverfügung durch den einwilligungsunfähigen Patienten?, NJW 2017, 6
- Lüttger*, Geburtsbeginn und pränatale Einwirkungen mit postnatalen Folgen, Bemerkungen zu BGH – 3 StR 25/83 vom 22. 4. 1983
- Magnus*, Gelungene Reform der Suizidbeihilfe (§ 217 StGB)?, medstra 2016, 210
- Mandla*, Anm. zu BGH, Urt. v. 26.6.2010 – 2 StR 454/09 – Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch, NSTz 2010, 698
- Maurach/Schroeder/Maiwald*, Strafrecht Besonderer Teil, Teilband 1: Straftaten gegen Persönlichkeits- und Vermögenswerte, 10. Auflage 2009
- Merkel*, Tödlicher Behandlungsabbruch und mutmaßliche Einwilligung bei Patienten im apallischen Syndrom, ZStW 107 (1995), 545
- Merkel*, Hirntod und kein Ende, Jura 1999, 113
- Merkel*, Aktive Sterbehilfe, Anmerkungen zum Stand der Diskussion und zum Gesetzgebungsvorschlag des „Alternativ-Entwurfs Sterbebegleitung“, in: FS Schroeder (2006), S. 297
- Meurer*, Strafaussetzung durch Strafzumessung bei lebenslanger Freiheitsstrafe, JR 1992, 441
- M.-K. Meyer*, Zu den Begriffen der Heimtücke und der Verdeckung einer Straftat, JR 1979, 485
- Miebach*, Anm. zu OLG Hamburg, Beschl. v. 8.6.2016 – 1 Ws 13/16 – Sterbehilfe, NSTz 2016, 536
- Mitsch*, Mitwirkung am versuchten Schwangerschaftsabbruch (an) einer Nichtschwangeren im Ausland – AG Albstadt, Urt. v. 1.6.88 – 3 Ds 102/88 = MedR 1988, 261 –, Jura 1989, 193
- Mitsch*, Unvollendete Hilfeleistung als Straftat - BGH, NJW 1993, 2628, JuS 1994, 555
- Mitsch*, Grundfälle zu den Tötungsdelikten, JuS 1996, 213

- Mitsch*, Straftatverdeckung mit bedingtem Tötungsvorsatz als Mordversuch - BGHSt 41, 358, JuS 1997, 788
- Mitsch*, Notwehr gegen Schwangere, JR 2006, 450
- Mitsch*, Der Kannibalen-Fall, ZIS 2007, 197
- Mitsch*, Die Verfassungswidrigkeit des § 211 StGB, JZ 2008, 336
- Mitsch*, Heimtückische Tötung von Neugeborenen, Säuglingen und kleinen Kindern, JuS 2013, 783
- Mitsch*, Konsequenzen der Abschaffung des § 211 StGB, StV 2014, 366
- Mitsch*, Mehrfachtötung als Mord, ZStW 2016 (128), 629
- Momsen*, Der besonders schwere Fall des Totschlags (§ 212 II StGB) - zwischen Mord und Totschlag?, NStZ 1998, 487
- Momsen*, Der Mordtatbestand im Bewertungswandel?, Abweichende soziokulturelle Wertvorstellungen, Handeln auf Befehl und das Mordmerkmal der „niedrigen Beweggründe“ (§ 211 StGB), NStZ 2003, 237
- Momsen*, Das Im-Stich-Lassen in hilfloser Lage i.S.v. § 221 Abs. 1 Nr. 2 StGB: Ein echtes Unterlassungsdelikt? – Zugleich Anmerkung zu BGH, Beschl. v. 19.10.2011 – 1 StR 233/11, StV 2013, 54
- Momsen/Jung*, Der „Kannibale von Rotenburg“ – Ein vorläufiges Resümee, ZIS 2007, 162
- Mosbacher*, Anm. zu BGH, Urt. v. 10.11.2004 – 2 StR 248/04 – Heimtückische Tötung eines Menschen, NStZ 2005, 690
- Müller-Dietz*, Mord, lebenslange Freiheitsstrafe und bedingte Entlassung, Jura 1983, 628
- Münchener Kommentar zum StGB, hrsg. v. *Joecks/Miebach*, 2. Auflage 2011 ff.
- Murmann*, Zur Einwilligungslösung bei der einverständlichen Fremdgefährdung, in: FS Puppe (2011), S. 767
- Murmann*, Anmerkung zu BGH, Urt. v. 21.12.2011 – 2 StR 295/11 – Totschlag durch Unterlassen, NStZ 2012, 387
- Nehm*, Blutrache – ein niedriger Beweggrund?, in: FS Eser (2005), S. 419
- Neumann*, Abgrenzung von Teilnahme am Selbstmord und Tötung in mittelbarer Täterschaft – BGHSt 32, 38, JuS 1985, 677
- Neumann*, Die Strafbarkeit der Suizidbeteiligung als Problem der Eigenverantwortlichkeit des „Opfers“, JA 1987, 244
- Neumann*, Anm. zu BGH, Urt. v. 19.10.2001 – 2 StR 259/01 – BGHSt 47, 128, Mord aus niedrigen Beweggründen, JR 2002, 471
- Neumann*, Sterbehilfe im rechtfertigenden Notstand (§ 34 StGB), in: FS Herzberg (2008), S. 575
- Neumann*, Das sogenannte Prinzip der Nichtdispositivität des Rechtsguts Leben, in: FS Kühl (2014), S. 569
- Neumann*, Standards valider Argumentation in der Diskussion zur strafrechtlichen Bewertung von Maßnahmen der „Sterbehilfe“, in: FS Paeffgen (2015), S. 317
- NomosKommentar Strafgesetzbuch, hrsg. v. *Kindhäuser/Neumann/Paeffgen*, 4. Auflage 2013
- Otto*, Selbstgefährdung und Fremdverantwortung - BGH NJW 1984, 1469, Jura 1984, 536
- Otto*, Die Mordmerkmale in der höchstrichterlichen Rechtsprechung, Jura 1994, 141
- Otto*, Die strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, Jura 1996, 135
- Otto*, Die strafrechtliche Problematik der Sterbehilfe, Jura 1999, 434
- Otto*, Anm. zu BGH, Urt. v. 19.10.2001 – 2 StR 259/01 – BGHSt 47, 128, Mord aus niedrigen Beweggründen, JZ 2002, 567
- Otto*, Neue Entwicklungen im Bereich der vorsätzlichen Tötungsdelikte, Jura 2003, 612
- Otto*, Anm. zu BGH, Urt. v. 22.4.2005 – 2 StR 310/04 – BGHSt 50, 80, „Kannibale von Rotenburg“, JZ 2005, 799
- Otto*, Grundkurs Strafrecht, Die einzelnen Delikte, 7. Auflage 2005
- Paeffgen*, Einmal mehr - Habgier und niedrige Beweggründe, GA 1982, 255
- Paehler*, Die Abgrenzung von Beihilfe zum Selbstmord und Tötung auf Verlangen, MDR 1964, 647
- Pawlik*, Erlaubte aktive Sterbehilfe? Neuere Entwicklungen in der Auslegung von § 216 StGB, in: FS Wolter (2013), S. 627
- Puppe*, BGH, Zum Verhältnis von Mord und Totschlag – die Strafbarkeit des Anstifters, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.1.2005 – 2 StR 229/04, JZ 2005, 902

- Puppe*, Anm. zu OLG Stuttgart, Beschl. v. 20.2.2008 – 4 Ws 37/08, NStZ 2009, 333
- Puppe*, Mitverantwortung des Fahrlässigkeitstäters bei Selbstgefährdung des Verletzten, Zugleich Besprechung von BGH, Urt. v. 20.11.2008 – 4 StR 328/08, GA 2009, 486
- Puppe*, Anm. zu BGH, Urt. v. 22.3.2012 – 4 StR 558/11 – Zur Frage der Anwendung der Hemmschwellentheorie bei Tötungsdelikten, JR 2012, 477
- Puppe*, Anmerkung zu BGH, Urt. v. 21.12.2011 – 2 StR 295/11 – Totschlag durch Unterlassen, ZIS 2013, 46
- Puppe*, Tötungsvorsatz und Affekt – Über die neue Rechtsprechung des BGH zum *dolus eventualis* in Bezug auf den möglichen Todeserfolg bei offensichtlich lebensgefährlichen Gewalthandlungen, NStZ 2014, 183
- Puppe*, Beweisen oder Bewerten, Zu den Methoden der Rechtsfindung des BGH, erläutert anhand der neuen Rechtsprechung zum Tötungsvorsatz, ZIS 2014, 666
- Puppe*, Neue Entwicklungen in der Rechtsprechung des BGH zum Tötungsvorsatz bei lebensbedrohlicher Gewalt, NStZ 2016, 575
- Quentin*, Kein „Heimtückemord“ bei objektiv gegebener Notwehrlage?, Zum Urteil des BGH vom 12.2.2003-1 StR 403/02, NStZ 2005, 128
- Reichenbach*, Die Rechtsfolgenlösung des BGH als Weg zur schuldangemessenen Strafe beim Mord, Jura 2009, 176
- Rengier*, Das Mordmerkmal der Heimtücke nach BVerfGE 45, 187 (II), MDR 1980, 1
- Rengier*, Der Große Senat für Strafsachen auf dem Prüfstand, NStZ 1982, 225
- Rengier*, Das Mordmerkmal "mit gemeingefährlichen Mitteln", StV 1986, 405
- Rengier*, Totschlag oder Mord und Freispruch aussichtslos? - Zur Tötung von (schlafenden) Familien tyrannen, NStZ 2004, 233
- Rengier*, Zur aktuellen Heimtücke-Rechtsprechung 30 Jahre nach BVerfGE 45, 187, in: FS Küper (2007), S. 473
- Rengier*, Sicherungspflichten und Rettungspflichten – zum „Cleanmagic-Fall“ BGH NStZ 2012, 319, FS Kühl (2014), S. 383
- Rengier*, Strafrecht Besonderer Teil II, Delikte gegen die Person und die Allgemeinheit, 17. Auflage 2016
- Renzikowski*, Anm. zu BGH, Urt. v. 11.4.2000 – 1 StR 638/99 – Fahrlässige Tötung durch Abgabe von Heroin, JR 2001, 248
- Renzikowski*, Eigenverantwortliche Selbstgefährdung, einverständliche Fremdgefährdung und ihre Grenzen, Besprechung von BGH, Urt. 20.11.2008 – 4 StR 328/08 (BGH HRRS 2009 Nr. 93), HRRS 2009, 347
- Rissing-van Saan*, Strafrechtliche Aspekte der aktiven Sterbehilfe, Nach dem Urteil des 2. Strafsenats des BGH v. 25.6.2010 – 2 StR 454/09, ZIS 2011, 544
- Rissing-van Saan*, Der bedingte Tötungsvorsatz und die Hemmschwellentheorie des Bundesgerichtshofs, in: FS Geppert (2011), S. 497
- Rissing-von Saan*, Der sog. „Transplantationsskandal“ – eine strafrechtliche Zwischenbilanz, NStZ 2014, 233
- Rönnau*, Sterbehilfe - Grenzen ärztlicher Behandlungspflichten, JA 1996, 108
- Rosenau*, Die Neuausrichtung der passiven Sterbehilfe, Der Fall *Putz* im Urteil des BGH vom 25.6.2010 – 2 StR 454/09, in: FS Rissing-van Saan (2011), S. 547
- Rosenau*, Aktive Sterbehilfe, in: FS Roxin II (2011), S. 577
- Rosenau*, Strafbarkeit bei der Manipulation der Organallokation, in: FS Schünemann (2014), S. 689
- Rotsch*, Die Tötung des Familientyrannen: heimtückischer Mord? - Eine Systematisierung aus aktuellem Anlass, JuS 2005, 12
- Roxin*, Probleme beim strafrechtlichen Schutz des werdenden Lebens, JA 1981, 542
- Roxin*, Anm. zu BGH, Urt. v. 5.7.1983 – 1 StR 168/83 – Abgrenzung der Tötungstäterschaft von Selbsttötungsteilnahme („Sirius-Fall“), NStZ 1984, 71
- Roxin*, Anm. zu BGH, Urt. v. 14.2.1984 – 1 StR 808/83 – BGHSt 32, 262, Teilnahme an eigenverantwortlicher Selbstgefährdung, NStZ 1984, 411
- Roxin*, Anm. zu BGH, Urt. v. 9.11.1984 – 2 StR 257/84 – BGHSt 33, 66, Tod durch Abgabe von Betäubungsmitteln, NStZ 1985, 319



- Roxin*, Die Sterbehilfe im Spannungsfeld von Suizidteilnahme, erlaubtem Behandlungsabbruch und Tötung auf Verlangen - Zugleich eine Besprechung von BGH, NStZ 1987, 365 und LG Ravensburg NStZ 1987, 229, NStZ 1987, 345
- Roxin*, Anm. zu BGH, Urt. v. 8.5.1991 – 3 StR 467/90 – BGHSt 37, 376, Sterbehilfe aus Mitleid mit Patienten, NStZ 1992, 35
- Roxin*, Die Entsprechungsklausel beim unechten Unterlassen, in: FS Lüderssen (2002), S. 577
- Roxin*, Strafrecht Allgemeiner Teil, Band II, Besondere Erscheinungsformen der Straftat, 2003
- Roxin*, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.2.2003 – 1 StR 403/02 – BGHSt 48, 207, Zur Notwehr gegen einen Erpresser, JZ 2003, 966
- Roxin*, Selbstmord durch Einschaltung eines vorsatzlosen Tatmittlers, in: FS Otto (2007), S. 441
- Roxin*, Zur normativen Einschränkung des Heimtückemerkmals beim Mord, in: FS Widmaier (2008), S. 741
- Roxin*, Zur einverständlichen Fremdgefährdung, Zugleich Besprechung von BGH, Urt. v. 20.11.2008 – 4 StR 328/08, JZ 2009, 399
- Roxin*, Der Streit um die einverständliche Fremdgefährdung, GA 2012, 655
- Roxin*, Tötung auf Verlangen und Suizidteilnahme, Geltendes Recht und Reformdiskussion, GA 2013, 313
- Roxin*, Täterschaft und Tatherrschaft, 9. Auflage 2015
- Roxin*, Die geschäftsmäßige Förderung einer Selbsttötung als Straftatbestand und der Vorschlag einer Alternative, NStZ 2016, 185
- Rudolphi*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 25.09.1990 – 4 StR 359/90 – BGHSt 37, 179, Abgabe von Rauschgift und bewußte Selbstgefährdung, JZ 1991, 572
- Saliger*, Zum Mordmerkmal der Verdeckungsabsicht, ZStW 109 (1997), 302
- Saliger*, Anm. zu BGH, Urt. v. 23.11.1995 – 1 StR 475/95 – BGHSt 41, 358, Voraussetzung des Verdeckungsmordes, StV 1998, 22
- Saliger*, Sterbehilfe mit staatlicher Genehmigung, JuS 1999, 16
- Saliger*, Sterbehilfe und Betreuungsrecht, MedR 2004, 237
- Satzger*, Der Schwangerschaftsabbruch (§§ 218 ff. StGB), Jura 2008, 424
- Scheinfeld*, Das „Bestimmt-worden-Sein“ in § 216 Abs. 1 StGB, Zugleich zum „Bestimmen“ in § 26 StGB, GA 2007, 695
- Schiemann*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 27.8.2013 – 2 StR 148/13 – Bedingter Vorsatz bei äußerst gefährlichen Gewalthandlungen, NStZ 2014, 35
- Schlüchter* (Hrsg.), Bochumer Erläuterungen zum 6. Strafrechtsreformgesetz, 1998
- Schmidhäuser*, Strafrecht, Besonderer Teil, 2. Auflage 1983
- Schmidhäuser*, Anm. zu BGH, Urt. v. 5.7.1983 – 1 StR 168/83 –, BGHSt 32, 38 – Zur Frage von Teilnahme am Selbstmord und Tötungsherrschaft, JZ 1984, 195
- Schmidhäuser*, Der Verdeckungsmord und das Urteil BGH - 2 StR 559/87, NStZ 1989, 55
- Schmitt*, Der Arzt und sein lebensmüder Patient, Zugleich eine Besprechung des Urteils des BGH vom 4.7.1984-3 StR 96/84, JZ 1984, 866
- Schneider*, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.2.2003 – 1 StR 403/02 – BGHSt 48, 207, Zur Notwehr gegen einen Erpresser, NStZ 2003, 428
- Schöch*, Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen - Zugleich eine Besprechung der Sterbehilfeentscheidung des BGH vom 13. 9. 1994, NStZ 1995, 153
- Schöch*, Die erste Entscheidung des BGH zur sog. indirekten Sterbehilfe - Zum Urteil des BGH vom 15.11.1996-3 StR 79/96 -, NStZ 1997, 409
- Schöch*, Strafbarkeit der Förderung der Selbsttötung, in: FS Kühl (2014), S. 585
- Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 29. Auflage 2014
- Schreiber*, Das Recht auf den eigenen Tod - zur gesetzlichen Neuregelung der Sterbehilfe, NStZ 1986, 337
- Schreiber*, 10 Jahre Transplantationsgesetz – Notwendigkeit einer Weiterentwicklung?, in: FS Amelung (2009), S. 487
- Schreiber*, Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuordnung des Rechts der Lebendorganspende, in: FS Maiwald (2010), S. 785
- Schroeder*, Grundgedanken der Mordmerkmale, JuS 1984, 275



- Schroeder*, Bedingter Tötungsvorsatz bei zweckbestimmter Tötung - BGHSt 39, 159, JuS 1994, 294
- Schroeder*, Beihilfe zum Selbstmord und Tötung auf Verlangen, ZStW 106 (1994), 565
- Schroeder*, Anm. zu BGH, Urt. v. 23.11.1995 - 1 StR 475/95 - BGHSt 41, 358, Voraussetzung des Verdeckungsmordes, JZ 1996, 688
- Schroeder*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 2.11.2007 - 2 StR 336/07 - Rücktritt von Tötungsversuch; Abgrenzung von Tötung und Schwangerschaftsabbruch, JR 2008, 252
- Schroeder*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 6.5.2008 - 5 StR 92/08 - Mord aus Heimtücke bei Bewusstlosigkeit, JR 2008, 392
- Schroth*, Die strafrechtlichen Tatbestände des Transplantationsgesetzes, JZ 1997, 1149
- Schroth*, Zentrale Interpretationsprobleme des 6. Strafrechtsreformgesetzes, NJW 1998, 2861
- Schroth*, Der bedingte Tötungsvorsatz im Spiegel der Rechtsprechung, in: FS Widmaier (2008), S. 779
- Schroth*, Die strafrechtliche Beurteilung der Manipulationen bei der Leberallokation, NStZ 2013, 437
- Schroth/Hoffmann*, Die strafrechtliche Beurteilung der Manipulation bei der Leberallokation - kritische Anmerkungen zu einem Zwischenbericht -, NStZ 2014, 486
- Schroth/Hoffmann*, Zurechnungsprobleme bei der Manipulation der Verteilung lebenserhaltender Güter, Ein Beitrag zur normativen Aufarbeitung des Organverteilungsskandals, in: FS Kargl (2015), S. 523
- Schulz*, Verschlungene Wege des Lebensschutzes - Zum zweiten Abtreibungsurteil des BVerfG, StV 1994, 38
- Schütz*, „Niedrige Beweggründe“ beim Mordtatbestand, Eifersucht als niedriger Beweggrund?, JA 2007, 23
- Seebode*, Anm. zu BGH, Urt. v. 4.12.2003 - 5 StR 457/03 - Anforderungen an die subjektive Tatseite beim Mordmerkmal Heimtücke, StV 2004, 596
- v. *Selle*, Zur Strafbarkeit des politisch motivierten Tötungsverbrechens, NJW 2000, 992
- Sowada*, Strafbares Unterlassen des behandelnden Arztes, der seinen Patienten nach einem Selbstmordversuch bewußtlos auffindet? - BGH, Urt v 4.7.84-3 StR 96/84 = BGHSt 32, 367 -, Jura 1985, 75
- Sowada*, Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt, Jura 1986, 399
- Sowada*, Der strafrechtliche Schutz am Beginn des Lebens, GA 2011, 389
- Spindel*, „Heimtücke“ und gesetzliche Strafe bei Mord, Zum Urteil des BGH v. 26.8.1982 - 4 StR 357/82, JR 1983, 269
- Starck*, Der verfassungsrechtliche Schutz des ungeborenen menschlichen Leben, JZ 1993, 816
- Stein*, Garantenpflichten aufgrund vorsätzlich-pflichtwidriger Ingerenz - Zugleich Besprechung des Urteils des BGH vom 24.10.1995 - 1 StR 465/95 -, JR 1999, 265
- Stein*, Anm. zu BGH, Urt. v. 12.12.2002 - 4 StR 297/02 - Verdeckungsmord durch Unterlassen, JR 2004, 79
- Steinberg*, Der Tötungsvorsatz in der Revision des BGH, NStZ 2011, 177
- Steinhilber*, Streifzug durch zentrale Rechtsfragen der „direkten Sterbehilfe“ (216 StGB), JA 2010, 430
- Sternberg-Lieben*, Tod und Strafrecht, JA 1997, 80
- Sternberg-Lieben/Fisch*, Der neue Tatbestand der (Gefahr-)Aussetzung (§ 221 StGB n. F.), Jura 1999, 45
- Sternberg-Lieben*, Anm. zu BGH, Urt. v. 7.2.2001 - 5 StR 474/00 - BGHSt 46, 279, Überlassen eines Betäubungsmittels zum freien Suizid an einen unheilbar Schwerstkranken, JZ 2002, 153
- Sternberg-Lieben*, Rechtliche Grenzen einer Patientenverfügung, in: FS Seebode (2008), S. 401
- Sternberg-Lieben*, Strafbarkeit nach §§ 222, 229 StGB durch Rauschgiftüberlassung an freiverantwortlichen Konsumenten, in: FS Puppe (2011), S. 1283
- Sternberg-Lieben*, Gesetzliche Anerkennung der Patientenverfügung: offene Fragen im Strafrecht, insbesondere bei Verstoß gegen prozedurale Vorschriften der §§ 1901a ff. BGB, in: FS Roxin II (2011), S. 537
- Stratenwerth*, Einverständliche Fremdgefährdung bei fahrlässigem Verhalten, in: FS Puppe (2011), S. 1017
- Stree*, Beteiligung an vorsätzlicher Selbstgefährdung - BGHSt 32, 262 und BGH, NStZ 1984, 452, JuS 1985, 179

- Stree*, Neue Probleme der Aussetzung einer lebenslangen Freiheitsstrafe, Besprechung der BVerfG-Entscheidung vom 3. 6. 1992-2 BvR 1041/88, 2 BvR 78/89, NStZ 1992, 464
- Streng*, Strafloße „aktive Sterbehilfe“ und die Reichweite des § 216 StGB, in: FS Frisch (2013), S. 739
- Streng*, Hemmschwellentheorie, Vorsatz und Schuldfähigkeit, in: FS Kühne (2013), S. 47
- Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. v. *Rudolphi/Horn/Samson/Günther*, Band III (§§ 123-211 StGB), Band IV (§§ 212-266b StGB), 8. Auflage, Loseblatt (Stand: Dezember 2016)
- Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. v. *Wolter*, 9. Auflage 2016 ff.
- Taupitz*, Um Leben und Tod - Die Diskussion um ein Transplantationsgesetz, JuS 1997, 203
- Theile*, Verdeckungsabsicht und Tötung durch Unterlassen, JuS 2006, 110
- Tröndle*, Das „Beratungsschutzkonzept“, Die Reglementierung einer Preisgabe des Lebensschutzes Ungeborener, in: FS Otto (2007), S. 821
- Trück*, Die Problematik der Rechtsprechung des BGH zum bedingten Tötungsvorsatz, NStZ 2005, 233
- Valerius*, Der sogenannte Ehrenmord: Abweichende kulturelle Wertvorstellungen als niedrige Beweggründe?, JZ 2008, 912
- Verrel*, Ein Grundsatzurteil? – Jedenfalls bitter nötig! Besprechung der Sterbehilfeentscheidung des BGH vom 25.6.2010 – 2 StR 454/09 (Fall Fulda), NStZ 2010, 671
- Verrel*, Anm. zu BGH, Beschl. v. 10.11.2010 – 2 StR 320/10 – Sterbehilfe bei Patientenverfügung, NStZ 2011, 274
- Verrel*, Vereine und Ärzte helfen nicht, nimm Dir selbst den Strick!, Anmerkungen zur Diskussion über die Kriminalisierung von Suizidbeihilfe, in: FS Paeffgen (2015), S. 331
- Vietze*, Gekreuzte Mordmerkmale in der Strafrechtsklausur, Jura 2003, 394
- Vogel*, Die versuchte "passive Sterbehilfe" nach BGH MDR 1995, 80, MDR 1995, 337
- Walter S.*, Anm. zu BGH, Urt. v. 21.08.1996 – 2 StR 212/96 – Mord aus niedrigen Beweggründen, NStZ 1998, 36
- Walter T.*, Sterbehilfe: Teleologische Reduktion des § 216 StGB statt Einwilligung! Oder: Vom Nutzen der Dogmatik, Zugleich Besprechung von BGH, Urt. v. 25.6.2010 – 2 StR 454/09, ZIS 2011, 102
- Walter T.*, Vom Beruf des Gesetzgebers zur Gesetzgebung – Zur Reform der Tötungsdelikte und gegen Fischer et al. in NStZ 2014, 9, NStZ 2014, 368
- Walther*, Rechtsprechung Klassiker, Die lebenslange Freiheitsstrafe, JA 1996, 755
- Weigend/Hoven*, § 217 StGB – Bemerkungen zur Auslegung eines zweifelhaften Tatbestands, ZIS 2016, 681
- Weiß*, Das Lebensrecht ungeborener Kinder und ihr strafrechtlicher Schutz in der Schwangerschaft, Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, JR 1993, 449
- Weißer*, Strafrecht am Ende des Lebens – Sterbehilfe und Hilfe zum Suizid im Spiegel der Rechtsvergleichung, ZStW 128 (2016), 106
- Welzel*, Das deutsche Strafrecht: eine systematische Darstellung, 11. Auflage 1969
- Wengenroth*, Grundprobleme der Aussetzung, § 221 StGB, JA 2012, 584
- Wessels/Hettinger*, Strafrecht Besonderer Teil 1, Straftaten gegen Persönlichkeits- und Gemeinschaftswerte, 40. Auflage 2016
- Wilhelm*, Verdeckungsmord durch Unterlassen nach bedingt vorsätzlicher Totschlagshandlung - Besprechung von BGH, Urteil vom 12.12.2002-4 StR 297/02 -, NStZ 2005, 177
- Wohlers*, Die Abgrenzung des Verdeckungsmordes vom Totschlag - BGHSt 35, 115, JuS 1990, 20
- Zabel*, Zur Annahme des Mordtatbestandes bei einer Kindstötung, Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des BGH nach Wegfall des § 217 a.F. StGB, HRRS 2010, 403
- Zaczyk*, Das Mordmerkmal der Heimtücke und die Notwehr gegen eine Erpressung, JuS 2004, 750
- Zieschang*, Das Mordmerkmal „mit gemeingefährlichen Mitteln“, in: FS Puppe (2011), S. 1301

Strafrecht Besonderer Teil 1

Delikte gegen Rechtsgüter der Person und  
Gemeinschaft

Küpper, G.; Börner, R.

2017, XVI, 321 S., Softcover

ISBN: 978-3-662-53988-0